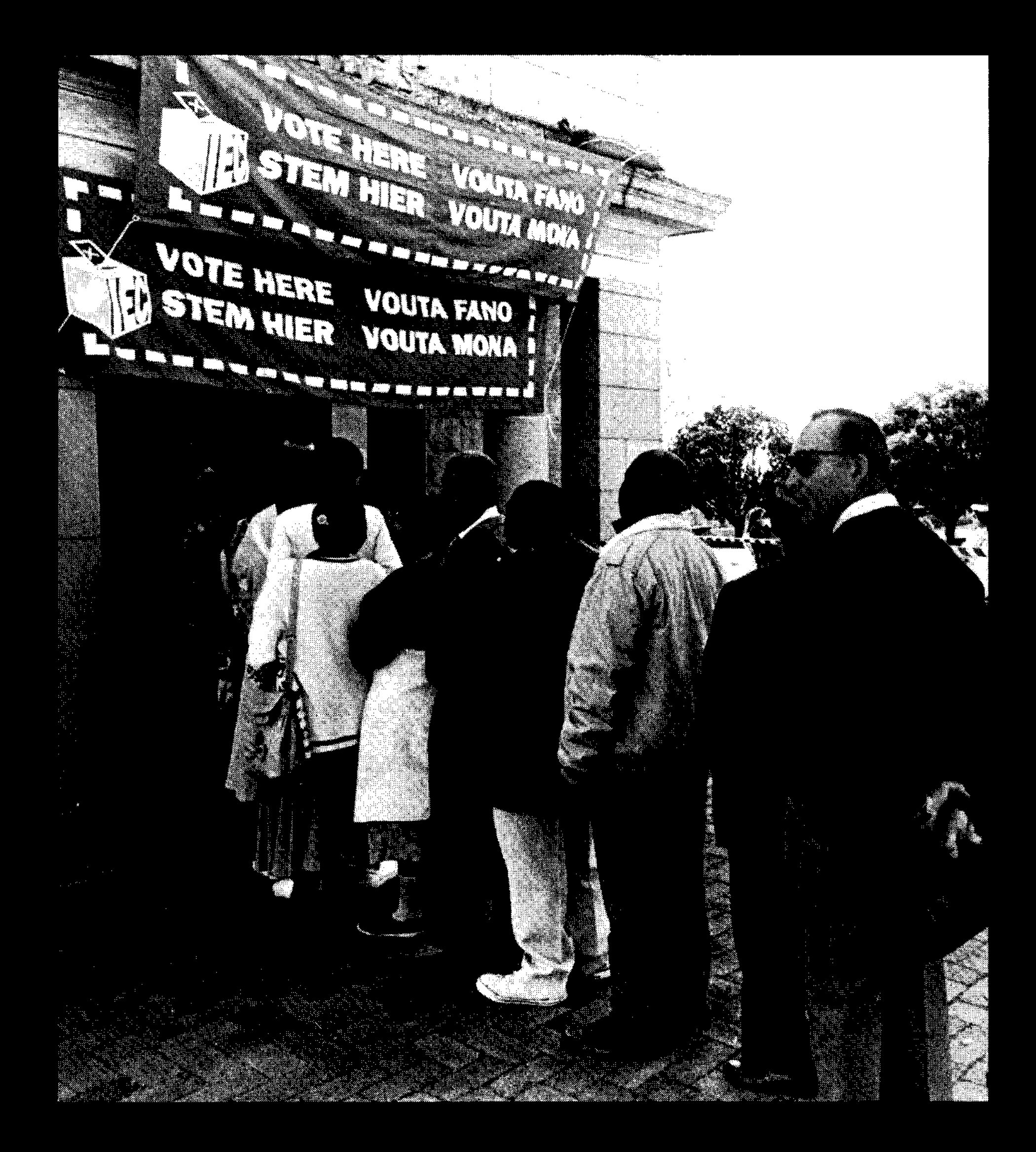




Fallstricke des Wahlbooms

Zur Demokratisierung im Süden

außerdem: **Südkurdistan** Bewegung an der Basis
Musik und Politik Sozialgeschichte der Salsa
Neue Reihe Diskursverschiebungen nach '89

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
Fax: 0761/709866
Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Monika Bierwirth, Uwe Jungfer, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Jochen Müller, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Nivien Saleh, Ann Stafford, Jörg Später, Stefanie Theil, Bernhard Thill, Sigrid Weber, Udo Wolter.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod)
Telefon: (06 41) 4 30 71
Redaktionsschluß für Nr. 206:
8.5.1995
Anzeigenschluß für Nr. 206:
(Druckfertige Vorlagen) 22.5.1995
Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 54,- (für RentnerInnen, Arbeitslose, SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende 46,- DM) Förderabonnement: DM 100,-, im Ausland: Europa +7,- DM, Welt + 24 ,- DM Porto/Jahr), Kündigung bis zum Erhalt des letzten Heftes möglich. Ansonsten autom. Verlängerung.
Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110
Titelfoto: Don Edkins

Einem Teil der Auflage liegt ein Prospekt von „Argument" bei.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Themenschwerpunkt 206
Von GATT zu WTO:
Das neue Welthandelssystem

Seit dem ersten Januar 1995 ist der provisorische Charakter der GATT-Runden durch die verfaßte WTO (World Trade Organization) abgelöst worden. Über 500 Milliarden Dollar soll das größte Liberalisierungsprogramm aller Zeiten der Welt jedes Jahr an Wohlstandsgewinnen einbringen. Verlierer werden die sein, die schon heute am unbedeutenden Ende der Weltordnung rangieren. Über diese Kritik hinaus richten wir die Aufmerksamkeit in unserem Themenschwerpunkt aber auf auch unter KritikerInnen kontrovers diskutierte Punkte im aktuellen Weltmarktgeschehen. So ist die Frage nach Sinn und Unsinn von Öko- und Sozialklauseln heftig umstritten; ebenso bewegt die These vom unfairen 'fairen' Handel oder der Regionalisierung von Wirtschaftsräumen als Alternative zum alles dominierenden 'Sachzwang Weltmarkt' die Gemüter. Noch Anregungen im Kopf? Dann, liebe Leserin und lieber Leser, schnell das Faxgerät füttern oder zum Telefonhörer greifen.

Inhaltsverzeichnis:

„Operation Stahl"

Die türkische Invasion in den Nordirak: Unterschiedliche Reaktionen im westlichen Lager

Am 20. März 1995, fast vier Jahre nach der Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 688 und dem Beginn der Hilfsoperation „Provide Comfort" für die irakischen Kurden, intervenierte die Türkei mit 35.000 Soldaten in Südkurdistan (Nordirak). Die alliierten Truppen, die mit dem Schutz der irakischen Kurden beauftragt sind, stellten gleich für zwei Tage ihre Überwachungsflüge ein, um die türkischen Luftangriffe nicht zu stören.

Erklärtes Ziel der türkischen Operation ist die Vernichtung der Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Südkurdistan. Doch schon am ersten Tag der Operation unter dem Kommando des in der Türkei als Kontraguerilla-General bekannten Hasan Kundakci überfielen türkische Soldaten Siedlungen von Flüchtlingen aus Nordkurdistan (Südosttürkei), die vor eben dieser Armee geflohen waren - ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), dessen Mandat die Flüchtlinge unterstehen, protestierte zwar, doch mußten nicht die türkischen Truppen zurückweichen, sondern mehrere tausend kurdische Flüchtlinge, die per Bus aus dem Operationsgebiet in das UNHCR-Lager Atrush gerettet wurden.

Seit dem 20. März feuern türkische Kampfflugzeuge und Artillerie wie wild in die Berge, durchkämmen Spezialeinheiten Dörfer und vertreiben ihre Bewohner. Nicht wenige dieser Dörfer wurden von deutschen Hilfsorganisationen wiederaufgebaut, doch diese schweigen oder stellen gar ihre Projekte in Südkurdistan ein. Die PKK-Kämpfer haben sich Berichten zufolge vor der Operation zurückgezogen oder weichen den Invasoren aus. Statt dessen demonstrierte die PKK-Guerilla Stärke auf der anderen Seite der Grenze, wo sie mehrfach Straßensperren auf der Hauptstrecke Richtung Irak errichtete und UN-Fahrzeuge kontrollierte [1].

Für einen Angriff gegen die Stützpunkte der PKK in Kurdistan (Nordirak) hatte die Türkei wohl grünes Licht und auch Informationen der AWACS-Radarüberwachung erhalten.[2] Doch sofort nach Beginn der Operation forderte die USA einen raschen Truppenabzug. Die europäische Außenministertroika fand bei ihrem Besuch in Ankara in der ersten Woche der Invasion noch versöhnliche Worte, wenig später jedoch kam der Stimmungsumschwung: ein deutsches Waffenembargo, erzürnte türkische Reaktionen, ein Aufschrei der chauvinistischen türkischen Presse in der Bundesrepublik, deren Flaggschiff 'Hürriyet' zu Spenden für die „Operation Stahl", zum Boykott deutscher Waren und zum Abzug türkischer Guthaben von deutschen Banken aufrief.



Das türkische Militär sagt Ministerpräsidentin Ciller, wo's lang geht: diesmal Richtung Arbil.

Zu Beginn der Invasion verfolgten die Militärs die Absicht, die Autorität der irakischen Zentralregierung über Kurdistan wiederherzustellen, um die Kurdenpolitik beider Länder, sprich Verfolgung und Vernichtung, als interne Angelegenheit fortsetzen zu können. Als Modell sollte das irakische Autonomiegesetz von 1974 gelten - das auch galt, als das irakische Regime in den 80er Jahren Völkermord an den Kurden verübte.

Ankara verfolgte ferner das Ziel, der internationalen Rehabilitierung des irakischen Regimes näher zu kommen. Daran hängt die Wiederaufnahme der lukrativen türkisch-irakischen Handelsbeziehungen und die Wiedereröffnung der irakischen Ölpipeline zum Mittelmeer.

Eine ähnliche Strategie verfolgen Rußland, Deutschland und Frankreich, die sich mit unterschiedlicher Intensität für die Aufhebung des UN-Embargos gegen Irak einsetzen. Kurdischer Verbündeter dieses Anliegens ist die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) von Masoud Barzani, der für Verhandlungen mit dem Regime in Bagdad eintritt und von deutscher Seite speziell mit Hilfsgeldern aus dem sozialdemokratisch regierten Bundesland NRW unterstützt wird.

Die USA lehnt eine Rehabilitierung des irakischen Regimes zum gegenwärtigen Zeitpunkt und zu diesen Bedingungen entschieden ab - sie unterstützt den Irakischen Nationalkongreß (INC) als Opposition zu Saddam Hussein und die Patriotische Union Kurdistans (PUK), die Verhandlungen mit Bagdad derzeit ausschließt. Die USA will die Kurden als Manövriermasse in ihrer Auseinandersetzung mit dem irakischen Regime nutzen. INC und PUK waren in den vergangenen Wochen in Gefechte mit irakischen Truppen verwickelt, die im Gebiet von Kirkuk und Mossul aufmarschiert waren - just zum Zeitpunkt der letzten Abstimmung im UN-Sicherheitsrat über die Verlängerung des UN-Embargos gegen den Irak.

Gegen die anfängliche Zielsetzung der türkischen Invasion hat die USA wohl hinter den Kulissen ernsthaft interveniert, nachdem türkische Truppen auch das Gebiet von Fishkhabur besetzten, durch das die Erdölpipeline Kirkuk-Yumurtalik läuft. Weil selbst das Militär eine Konfrontation mit den USA nicht wollte, wurde die türkische Linie geändert und erstmals auch die Politiker einbezogen. Die wurden ausgeschickt, die neue Linie den Bündnispartnern zu erklären[3]. Die erste Erklärung Demirels, die Operation könne bis zu einem Jahr dauern, wurde zurückgenommen, von der Rückkehr des irakischen Regimes in den kurdischen Norden war nicht mehr die Rede. Statt dessen wurden Verhandlungen mit Barzani und Talabani propagiert, die nach dem Abzug der türkischen Armee die Sicherung der türkischen Südgrenze nach dem Vorbild des in Türkisch-Kurdistan praktizierten Dorfschützersystems übernehmen sollen[4].

Vielleicht resultierte aus diesem Umschwung die Verärgerung des Herrn Kinkel, der die restliche Militärhilfe für die Türkei sperren ließ. Sorge um die Zivilbevölkerung und die Menschenrechte wirken da nur vorgeschoben, denn dem Vernichtungskrieg der Armee innerhalb der türkischen Grenzen und der Vertreibung von Millionen von KurdInnen, bei dem systematisch ein ganzes Arsenal deutscher Waffen eingesetzt wird, entzog er seine Unterstützung nicht.

Das Ergebnis der Operation ist nicht abzusehen. Die PKK ist als militärische Kraft innerhalb der türkischen Grenzen organisiert. Fraglich ist, ob die Türkei den Konflikt zwischen Barzani und Talabani schlichten kann, um sie als Dorfschützer für die türkische Grenze zu gewinnen - dazu bedarf es schon eines Wunders, meint Kamran Qaradaghi in Al-Hayat[5].

Die jüngste Invasion und die internationalen Reaktionen zeigen allerdings deutlich, daß die Regionalstaaten, Europa und die USA trotz ihrer Differenzen jede ernsthafte Lösung der kurdischen Frage, sowohl im Norden als auch im Süden, ablehnen, die die sozialen, politischen und kulturellen Rechte der Kurden auch nur im entferntesten verwirklicht. Dies ist ein zusätzliches Argument für jene Position im Spektrum der kurdischen Bewegung, die davon ausgeht, daß diese Rechte nur von den Kurden selbst erkämpft werden können.

Ronald Ofteringer

Anmerkungen:

1) Badische Zeitung, 5.4.1995

2) Laut 'Cumhuriyet' vom 25.3.1995 halfen AWACS-Flugzeuge direkt bei der Koordination des Funkverkehrs für die Einsätze der türkischen Armee.

3) In einem Interview mit der Tageszeitung 'Milliyet' erklärte Cank Duatepe, für die Kurdenpolitik zuständiger Staatssekretär im Außenministerium, daß die zivilen Stellen in die Zeit- und Maßnahmenplanung der Invasion nicht einbezogen waren (Milliyet, 9.4.1995).

4) Im Dorf Shalishkan bei Zakho sollen bereits Dorfschützer rekrutiert worden sein (Al-Hayat, 8.4.1995). Zur Rolle von Barzani und Talabani s. auch den folgenden Beitrag.

5) Al-Hayat, 5.4.1995



Hader der Kader

Der Machtkampf der Parteien blockiert südkurdische Basisbewegungen

Bis 1991 prangte das Porträt von Saddam Hussein über dem kurdischen Parlamentsgebäude in Arbil.

Vor knapp einem Jahr begannen die beiden großen Parteien Südkurdistans, die bis dahin zusammen in Arbil regiert hatten, ihre Fehde. Der Einmarsch der türkischen Armee hat nun die kritische Lage im irakischen Südkurdistan noch verschärft. Droht der kurdischen Selbstverwaltung, die vor vier Jahren als demokratisches Experiment begrüßt wurde, das Ende? Der folgende Artikel zeigt, daß auf der Ebene von Basisorganisationen hoffnungsvolle Ansätze entstehen. Das anschließende Interview gibt Einblick in die Situation der Bauern in Südkurdistan und beleuchtet aus ihrer Perspektive die Auseinandersetzungen zwischen Barzanis Demokratischer Partei (KDP) und der Patriotischen Union Talabanis (PUK).

Die türkische Regierung, die sich in der Zeit zuvor auf einzelne militärische Aktionen gegen PKK-Stellungen auf südkurdisch-nordirakischem Gebiet beschränkt hatte, hat mit ihrem Einmarsch die Situation dort weiter destabilisiert. Lieber heute als morgen würde Ankara die Truppen Saddam Husseins wieder in der Region sehen. Aber nicht nur die Nachbarländer haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie kein Interesse an einem wie auch immer gearteten autonomen Kurdistan im Nordirak haben. International wurde die Regierung in Arbil nie anerkannt, geschweige denn unterstützt. Die von den Alliierten eingerichtete Schutzzone ist genausowenig eine Sicherheitsgarantie für die Bevölkerung, wie sie ein Schutz vor den Übergriffen der türkischen und iranischen Armeen darstellt. Die humanitäre Hilfe im „Flüchtlingslager" Kurdistan ist an die Stelle politischer Lösungen getreten und hat kaschiert, daß es kein politisches Interesse an einer eigenständigen Zukunft Irakisch-Kurdistans und an der irakischen Opposition gibt.

Jetzt stehen die kurdischen Parteien und Politiker, genauso wie die Hilfsorganisationen, die internationale Solidaritätsbewegung und wohlgesonnene westliche Politiker vor einem Scherbenhaufen. Es ist mehr als zweifelhaft, daß sich die beiden Parteiführer Talabani und Barzani noch einmal einigen können. Selbst eine Intervention



Heute möchte die Türkei die Autorität des Irak über Südkurdistan wiederhergestellt sehen.
Foto: R. Maro, Dez. '89

seitens der USA, die im Winter 1994 noch zu einem vorübergehenden Friedensabkommen geführt hatte, fruchtete diesmal nicht. Die Atmosphäre ist vergiftet von Haß und Mißtrauen und gegenseitigen Beschuldigungen in den parteieigenen Medien. Selbst während der türkischen Invasion liefern sich KDP und PUK in der Nähe der Hauptstadt Arbil und anderenorts heftige Kämpfe.

Insgesamt fünf Parteienkämpfe hat es in Irakisch-Kurdistan seit Ende 1993 gegeben. Im Dezember 1993 bekriegten sich die Demokratische Partei Kurdistans (KDP) und die Sozialistische Partei. Kurz darauf brachen Kämpfe zwischen Patriotischer Union (PUK) und den Islamisten aus, und im Mai 1994 schließlich begannen die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden größten Parteien KDP und PUK, die - mit kurzen Unterbrechungen - bis heute anhalten.

Bündnisse jenseits der beiden großen Parteien

Wer auf eine wie auch immer geartete dritte Kraft aus der Bevölkerung hoffte, die diesen selbstzerstörerischen Wahnsinn beenden könnte, verzweifelt angesichts der kurdischen Realität. Zwar gab und gibt es in der Bevölkerung immer wieder Versuche, eine effektive Antikriegsbewegung zu etablieren, doch die Demonstrationen und Massenkundgebungen, an denen sich auch Parlamentarier beteiligen, haben bisher keinen nennenswerten Erfolg gehabt und fanden auch international keinerlei Unterstützung. Trotzdem sind die Friedensbemühungen verschiedener Gruppen äußerst positiv einzuschätzen. 17 kleinere Parteien, vor allem der Linken, haben sich geeinigt und ein Antikriegskomitee gegründet, in Suleymaniah wurde eine 'Woche des zivilen Ungehorsams' mit großer Resonanz durchgeführt. In Arbil entstanden spontan Antikriegs-Komitees, in denen sich die Studenten- und Frauenorganisationen genauso wie Bauernkomitees und sogar einzelne Mitglieder der großen Parteien engagieren. Auch befinden sich seit dem Beginn der Auseinandersetzung 59 Parlamentarier beider Parteien im Streik; allerdings sind sie untereinander völlig zerstritten. 47 namhafte Intellektuelle und Künstler wurden nur durch eine Massendemonstration daran gehindert, sich aus Protest selbst zu verbrennen. Seitdem sind sie teilweise im Hungerstreik gegen den Krieg. „Langsam begreifen viele Menschen, daß sie gemeinsame Interessen verbinden, die nichts mit den Parteien zu tun haben" meint Mahdi Mahmood, Mitveranstalter der 'Woche des zivilen Ungehorsams' in Suleymaniah.

Aber auch wenn Kriegsüberdruß und die Angst vor dem absehbaren Ende Irakisch-Kurdistans die Stimmung beherrschen, erreicht die Antikriegsbewegung noch lange nicht alle Teile der Bevölkerung. Die militantere Alternative, auf die Schnelle den Konflikt militärisch zu lösen, hat vor allem in den ländlichen Gebieten und den Parteihochburgen immer noch Hochkonjunktur. Daß aber eine der beiden Parteien die militärische oder politische Oberhoheit über das ganze Gebiet gewinnen könnte, ist illusorisch. Die Kräfteverteilung ist zu ausgeglichen. Deshalb gewinnt mit dem wachsenden Unmut über die militärischen Konflikte der Parteien die Fraktion derer, die parteiunabhängig den Waffenstillstand fordern, an Stärke. „Die beiden großen Parteien haben bisher kein einziges soziales oder politisches Problem gelöst. Durch den Bürgerkrieg können sie den entstehenden Widerstand und die neuen Forderungen der Menschen hier unterdrücken, die genug von dem Ganzen haben. Dieser Krieg wird, solange es nur nach dem Willen der beiden Parteien geht, andauern, auch wenn gerade keine Schüsse zu hören sind", beschrieb ein Friedensaktivist schon im September 1994 treffend die Situation.

Seit März bombardiert die irakische Armee wieder verstärkt Städte und Dörfer an der innerirakischen Demarkationslinie, alleine in Kifri starben dabei mindestens zehn Menschen. Als Antwort starteten kurdische Peschmergaverbände Attacken auf irakische Armeeposten. PUK, die KP-Kurdistan/Irak und der Iraqi National Congress (INC)[1] und sogar die Islamistische Partei beteiligten sich an den Kämpfen. Schnell breitete sich in den südlichen Städten Euphorie aus: „Die Bevölkerung macht einen zweiten Aufstand. Es kann wie 1991 werden".[2] Bestätigt ist, daß reihenweise irakische Soldaten übergelaufen sind, während die Peshmerga-Verbände und der INC einige kleine Siege erringen konnten. Auch aus dem Südirak wurden Gefechte gemeldet, es gab Unruhen in Bagdad und zwei Anschläge auf Saddam Hussein. Daß es Absprachen zwischen Kurden, INC und der irakischen Opposition im Südirak gegeben habe, ist allerdings nur Spekulation. Der Versuch jedenfalls, eine kurdische Einigung durch die Konfrontation mit dem gemeinsamen Feind Saddam Hussein zu erreichen, ist offensichtlich gescheitert, denn die innerkurdischen Kämpfe gehen weiter.

Modernisierte Stammesorganisationen ohne politisches Konzept

Die Hoffnung, Talabani und Barzani könnten eine tragfähige Einigung erzielen, ist in weite Ferne gerückt. Denn dann müßten sie bestehende Ansätze aufgreifen oder eigene entwickeln, die sich der Lösung der sozialen Probleme Kurdistans widmen, anstatt diese durch die anhaltenden Kämpfe gegeneinander in den Hintergrund zu drängen. Die soziale Lage der Bevölkerung fand schon im letzten „Allianz"-Abkommen vom November 94[3] keine Erwähnung: Noch immer leben Hunderttausende in künstlichen Sammelstädten, die drängende Landfrage ist völlig ungeklärt, noch immer existiert keine gesetzliche Gleichstellung der Frauen, die Löhne und Gehälter der staatlich angestellten Lehrer und Krankenschwestern sind seit Monaten nicht gezahlt worden, bis zu 90% der irakischen Kurden sind arbeitslos, und die Verelendung der rund 50.000 innerkurdischen Flüchtlinge nimmt katastrophale Ausmaße an.

Aber das Problem ist nicht nur, daß den beiden großen Parteien ein soziales Konzept fehlt. Auch für Basisbewegungen und Gewerkschaften stellt sich die Situation äußerst schwierig dar. Unter der Baath-Diktatur war jede Art der Selbstorganisation verboten. Auch in Irakisch-Kurdistan werden die Gruppen und Komitees, die sich meist als konkrete Interessenvertretungen gründen, nicht gerne gesehen. Immer wieder haben die großen Parteien versucht, diese Bewegungen zu vereinnahmen, und sie machten im Zweifelsfall auch vor Repressionen nicht halt. In Suleymaniah zum Beispiel ließ der Gouverneur im vergangenen Sommer in

eine Demonstration von Kirkuk-Flüchtlingen schießen, die gegen ihre drohende Vertreibung aus der Stadt demonstrierten. Kurze Zeit später wurden die Hütten der Flüchtlinge mit Planierraupen eingerissen.

Es existieren quasi keine unabhängigen Frauenorganisationen. Die Frauenverbände der Parteien, die mehr oder weniger die Rolle frauenspezifischer Wohlfahrtsvereine übernehmen, sind oftmals stärker damit beschäftigt, sich gegenseitig zu blockieren, als die schreiende Ungleichbehandlung von Frauen zu bekämpfen. Nach über zwanzig Jahren Baath-Herrschaft haben zudem die wenigsten AktivistInnen in Kurdistan organisatorische Erfahrung mit dem Aufbau von NGOs oder Grass-Root-Movements. Ein weiteres, schier unlösbares Problem ist die strukturelle Schwäche der Regierung in Arbil. Sie stellt keinen geeigneten Adressaten für soziale Forderungen oder Gesetzesänderungen dar, denn das Parlament ist im Prinzip handlungsunfähig. „Die wollen doch die Lage der Frauen gar nicht ändern. Und selbst wenn die ein Gesetz verabschieden würden, würde sich niemand daran halten", erklärte eine Mitarbeiterin der 'Liga der Frauen Kurdistans' im letzten Sommer.

Ein schwerwiegendes Dilemma ist, daß es eigentlich keinen Staat gibt, sondern nur Hoheitsgebiete von Parteien. Irakisch-Kurdistan ist faktisch in zwei Teile aufgeteilt; seit den Parteienkämpfen im Frühjahr 1994 wird der Norden (Badian) von der KDP kontrolliert, der Süden (Soran) von der PUK. Einzig in der Region Arbil waren bis vor kurzem noch beide Parteien vertreten. In ihrem jeweiligen Herrschaftsgebiet erfüllen die Parteien Regierungsfunktionen, die Verwaltung ist von Mitgliedern einer Partei besetzt bzw. dominiert, während bis dahin ein striktes fifty-fifty Prinzip bei der Vergabe aller Ämter galt. Folglich sind staatliche Organe von Parteiämtern nicht zu trennen.[4] Diese Übereinstimmung schwächt auch die linke Opposition. Denn auch ihr fehlt in gewissem Sinn der Adressat für Forderungen, wenn sie sich aus dem Bann zwischenparteilicher Anschuldigungen lösen will. Die Parteien PUK und KDP - die modernisierten Stammesorganisationen ähneln, deren Hauptinteresse Machterhalt ist - versuchen, jedes Konfliktfeld zu instrumentalisieren und damit auf die zwischenparteilichen Auseinandersetzungen zu übertragen.

Es gibt zwar gewisse inhaltliche Unterschiede zwischen beiden Parteien. So ist geschichtlich gesehen die PUK eher einer urbanen Schicht zuzurechnen, die für Modernisierung eintritt, die KDP als die klassische kurdische Partei dagegen eher konservativ und in Stammesform organisiert. Doch keine der beiden Parteien hat ein klar abgrenzbares soziales Potential, alle gesellschaftlichen Gruppen sind in ihnen vertreten. Teilweise wechseln sogar Stämme komplett die Partei. Da in beiden Aghas, Scheichs und andere traditionell einflußreiche Persönlichkeiten wichtige Posten innehaben, sind gesellschaftlich unterprivilegierte Schichten eher unbedeutend.[5] Die oben genannte Territorialbezogenheit und der überspitzte Personenkult, der in beiden Parteien extrem ausgeprägt ist, führen zudem dazu, daß ihre Strukturierung auch von kurdischen Intellektuellen mit Stammesverbänden verglichen wird. Die augenblickliche Polarisierung zwischen beiden ist zu der ungeheuerlichen Logik fortgeschritten, daß, wer die eine kritisiert, der anderen Partei das Wort redet.

Unterstützenswerte Ansätze an der Basis

Als Antwort auf diese Krise versuchen gerade jüngere Mitglieder in der Kommunistischen Partei, die alten hierarchischen Strukturen aufzubrechen und eng mit sozialen Bewegungen zusammenzuarbeiten. „Wir müssen aufhören, immer nur an die Partei zu denken. Früher haben wir die sozialen Bewegungen vereinnahmt,[6] jetzt sollten wir sie aber vor allem unterstützen und uns für sie einsetzen, ohne an die Partei zu denken," erklärte ein Vertreter der KP-Linken.[7] Da die Arbeiterklasse einen verschwindend geringen Teil der kurdischen Bevölkerung ausmacht, diskutiert man in linken Oppositions- und Intellektuellenkreisen über neue Strategien, die alle sozial unterpriviligierten und marginalisierten Gruppen vernetzen können. Die wichtigste Frage ist, wie die unterschiedlichen Gruppen mit ihren verschiedenen Forderungen so kooperieren können, daß eine breite Bewegung von unten entsteht. Ob ein derartiges Konzept sich in der Linken durchsetzt, bleibt abzuwarten. Die radikalen Arbeiterkommunisten und andere Oppositionsorganisationen halten bis jetzt noch relativ dogmatisch an der zentralen Bedeutung der Arbeiter für soziale Veränderungen fest.

Diese Diskussionen, die von verschiedenen Gruppen in Kurdistan geführt werden, müßten auch von den internationalen Solidaritätsgruppen dringend aufgegriffen werden. Anstatt wie bisher hauptsächlich rein humanitäre Wiederaufbauhilfe zu unterstützen, muß man sich fragen, wie Selbstorganisation etwa der Bauern, Arbeitslosen oder Flüchtlinge konkret unterstützt werden kann. Wichtig ist es hierbei, humanitäres Engagement, das nicht aufgrund der katastrophalen Situation eingestellt werden darf, mit sozialem und politischem Anspruch zu verknüpfen. Solidarische, politische Unterstützung der Bevölkerung sollte genau da ansetzen, wo diese sich organisiert, um in einer hoffnungslos erscheinenden Lage Perspektiven zu entwickeln. Viele positive Ansätze sind zu verzeichnen. So hat beispielsweise die Arbeitslosenunion in Suleymaniah (Lissy Schmidt berichtete in den 'blättern' vom Mai 1993, Nr. 189) ein Verkaufssystem organisiert, bei dem Arbeitslose Produkte zum Selbstkostenpreis erhalten. Auch haben sich im Sommer die Frauenorganisationen der PUK und KP zu begrenzter Zusammenarbeit entschlossen. Seitdem werden Alphabetisierungsschulen, die von beiden Parteien eingerichtet wurden, unter einem einheitlichen Namen geführt. Gerade die Überparteilichkeit der Projekte hat große Resonanz bei den Frauen gefunden. Auch gab es Diskussionen, ob nicht die Bauernkomitees billig ihre Produkte an gleichgesinnte städtische Organisationen verkaufen, anstatt an Zwischenhändler, die hohe Preisaufschläge durchführen.

All diese Ansätze werden übersehen, wenn das Bild einer Bevölkerung gezeichnet wird, die zur Selbstverwaltung nicht in der Lage sei. Ebenso wie vergessen wird, daß die internationale Politik maßgeblich Schuld an der Lage der irakischen Kurden trägt. Bei aller Kritik an der Politik der kurdischen Parteien muß klar sein, daß die katastrophalen Rahmenbedingungen Irakisch-Kurdistans ursächlicher Auslöser der momentanen Situation sind. Langfristig können nur internationale Anerkennung und gezielte Aufbau- und Wirtschaftshilfe das Gebiet vor dem totalen Chaos retten. Sollte Irakisch-Kurdistan jetzt zusammenbrechen, wäre das nicht nur eine unermeßliche Katastrophe für alle Kurden, sondern ein Rückschlag für jedwede demokratische Bewegung im Nahen Osten. Einzige Gewinner wären die Regimes in Bagdad, Teheran und Ankara. Trotz der undurchsichtigen und hoffnungsarmen Lage gilt es, sich weiter für die kurdische Selbstverwaltung einzusetzen. Gerade die faktische Unterstützung der türkischen Invasion in Irakisch-Kurdistan zeigt, daß der Westen weiter an einer militärischen Lösung des Kurdenproblems festhält. Sie hat auch gezeigt, daß die Kurdistansolidarität grenzüberschreitend sein muß.

Thomas von der Osten-Sacken/
Thomas Uwer

Die beiden Autoren sind Mitarbeiter der Hilfsorganisation WADI e.V., die seit zwei Jahren in Irakisch-Kurdistan tätig ist.

Anmerkungen:

1) Der INC ist ein Dachverband verschiedener irakischer Oppositionsgruppen, mit dem vor allem in der Zeit nach dem Golfkrieg die USA und Großbritannien als zukünftige irakische Regierung liebäugelten.

2) Aus dem Bericht eines Mitarbeiters von WADI aus Suleymaniyah.

3) Das Allianz-Abkommen sollte das Ende des Parteienkriegs vom Sommer '94 besiegeln. Einen Monat später ging's dann in die nächste Runde....

4) Selbst die Gefängnisse werden von den Parteien verwaltet.

5) So saßen im kurdischen Parlament beispielsweise mehr Aghas als Frauen

6) Die ICP war bis zum Zeitpunkt ihrer Zusammenarbeit mit der Baath-Partei (1972 - 1978) die größte Massenorganisation des Iraks.

7) Aus einem Fax von Majdi Mahmoud an WADI, Februar '95.

„Es gibt mehr zu tun, als die Aghas rauszuschmeißen"

Interview mit Mitgliedern einer südkurdischen Bauernorganisation

In Irakisch-Kurdistan spielt die Bauernbewegung aufgrund der völlig ungelösten Landfrage eine besondere Rolle. Sie tritt dementsprechend radikal auf. Im südlichen Teil der Region, dem Soran, haben sich unter dem militärischen Druck der Feudalherren viele Bauern zu bewaffneten Verbänden zusammengeschlossen. Immer wieder ist es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Bauern und Aghas (Großgrundbesitzer) gekommen. Seit 1993 entzündeten sich an diesen Landkonflikten immer wieder offene Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Parteien, weil beide Seiten versuchen, sich unter den Schutz einer Partei zu stellen. In einigen Regionen des Sorans konnten die Bauernkomitees die Feudalherren besiegen und vertreiben. Anfang 1995 hat die Bauernbewegung nach langen Diskussionen eine eigene Partei gegründet. Ob dies ein richtiger Schritt war, bleibt abzuwarten.
Die kurdischen Bauernkomitees stellen sich bewußt in die Tradition der linken Bauernbewegung und -gewerkschaft im Gesamtirak. Für dessen städtische Regime stellte die Bauernbewegung schon immer einen Risikofaktor dar.[1] Die extreme Polarisierung zwischen Stadt- und Landbevölkerung infolge einer rasanten Modernisierung des Iraks[2] hatte schon vor der Revolution von 1958 dazu geführt, daß administrative Schritte in den ländlichen Gebieten oft nur polizeilich und militärisch durchgeführt werden konnten. Unter dem Einfluß der kommunistischen Massenbewegungen gründete sich Ende der fünfziger Jahre eine gesamtirakische Bauerngewerkschaft.



Dorfkomitee von Germaserj bei Qala Dize, September 94. Foto: Thomas Uwer

Frage: Die unabhängige Bauernbewegung ist bei Kämpfen mit den Großgrundbesitzern hier in Qala Dize, in Shamschamal und in Darbandikhann immer wieder in Erscheinung getreten. Wie kann man sich diese Organisation der Bauern vorstellen?
Antwort: Zuerst einmal sollte es niemanden verwundern, daß in Kurdistan gerade die Bauern anfangen, sich zu organisieren. Denn einerseits waren wir Bauern immer der harte Kern der Aufstände, da wir in besonderem Maße unterdrückt wurden. Im Kampf seit 1975 haben wir Bauern die meisten Opfer gebracht. Ohne uns hätte es die kurdische Intifada nie gegeben.
Andererseits wurden die Hoffnungen der Bauern nach der Befreiung bitterst enttäuscht. Zwar sind auch andere Menschen in Kurdistan deprimiert angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage. Wir aber mußten feststellen, daß unsere alten Unterdrücker, die Aghas, plötzlich wieder zurückkehrten - dieselben Aghas, die in der Saddam-Zeit schon maßgeblich an der Unterdrückung der Bevölkerung beteiligt waren.

Wann brach der Konflikt zwischen Euch und den Aghas erneut aus?
Die meisten von uns lebten seit der Dorfzerstörung durch Saddam Hussein in Sammelstädten. Als wir nach der Befreiung 1991 in unsere Dörfer zurück wollten, waren die Aghas schon dort. Wir wurden mit Gewalt daran gehindert, in unsere Dörfer und auf unser Land zurückzukehren. Deshalb mußten wir etwas unternehmen.

Eure Organisation wurde also als Reaktion auf das Verhalten der Aghas gegründet?
Ja und Nein. Nein, weil es wesentlich mehr zu tun gibt, als nur die Aghas rauszuschmeißen. Ja, weil sie der Auslöser waren. Wir hätten keine eigene Organisation gegründet, wenn die Parteien uns damals Rückendeckung gegeben hätten. Wir haben an das kurdische Parlament geglaubt und glauben auch jetzt noch daran. Die Parteien aber haben nie die Interessen der Bauern vertreten.

Die Bauernkomitees sind die wichtigste Stütze der Bauern in den meisten Regionen. Hier in der Region Pishder haben wir fast alle Aghas rausgeworfen. Sie sitzen jetzt an der iranischen Grenze und unternehmen immer wieder militärische Aktionen gegen einzelne Dörfer. Mittlerweile haben sie vereinzelt sogar begonnen, die Felder zu verminen. Deshalb ist die Bauernbewegung lebensnotwendig für die Dörfer. Über die dörflichen und regionalen Komitees wird die Verteidigung der Dörfer organisiert; wenn ein Dorf angegriffen wird, bekommt es Unterstützung aus den anderen Dörfern.

Wie lief die Organisierung genau ab und wie seit ihr jetzt organisiert?
Als immer mehr Bauern hier in die Region Pishder zurückkamen und die Probleme größer wurden mit den Aghas, haben wir uns in mehreren Dörfern, aber vor allem hier in Qala Dize, zusammengesetzt. Wir haben Briefe an das Parlament geschrieben und

versucht, eine Öffentlichkeit für das Problem zu schaffen. Dann kam es aber zu immer heftigeren Konflikten. Die Aghas setzten Waffen ein, um Bauern daran zu hindern, in ihre Dörfer zurückzukehren. Deshalb haben wir angefangen, Waffen an die Bauern zu verteilen. Unsere Vertreter sind in die Dörfer der Region gegangen und haben mit den Bauern geredet. Danach wurden überall Versammlungen abgehalten. Anfang 1993 wurde eine große Versammlung organisiert, zu der aus jedem Dorf der Pishder-Region zwei oder drei Vertreter kamen. Wir haben ein Komitee gewählt. Das gleiche geschah auch in anderen Regionen und wir konnten im April 1994 eine Art Kongreß abhalten, mit Bauern aus allen Teilen Irakisch-Kurdistans. Seitdem gibt es die Organisation der Bauernbewegung.

Wie haben Parlament und Parteien darauf reagiert?

Anfangs haben nur die linken Parteien reagiert. Unter anderem haben die Kommunistische Partei und die PKK uns unterstützt, obwohl wir von Anfang an klargemacht haben, daß wir nicht der Bauernverein einer dieser Parteien werden wollen. Wir haben dann Druck auf das Parlament ausgeübt. Als Ergebnis hat die Regierung am 19.5.94 einen Beschluß veröffentlicht, nach dem alle Bauern das Recht haben, in ihre Dörfer zurückzukehren und alle Bauern Felder erhalten. Die Aghas haben diesen Beschluß ignoriert, d.h., sie haben uns mit Gewalt daran gehindert, in unsere Dörfer zurückzukehren. Deshalb gab es dann den Ärger.

Die beiden großen Parteien haben nicht direkt interveniert, indirekt aber machen sie Politik gegen uns. Sie haben die Bauernbewegung nie als eine parteiunabhängige Interessenvertretung akzeptiert. Entweder du gehörst zu einer Partei, oder du bist nicht existent. Sie haben viele Aghas in ihren Reihen und vertreten deren Interessen. Gleichzeitig haben sie mittlerweile erkannt, daß ihnen die Bauern davonlaufen. Jetzt versuchen sie, die Bauern wieder zu binden. Wer das nicht mit sich machen läßt, bekommt ganz andere Seiten zu spüren.

Der Bürgerkrieg dieses Sommers hat hier in Qala Dize begonnen, angeblich als Aghas der KDP ihre Besitzansprüche mit Gewalt durchsetzen wollten und die PUK zugunsten der Bauern interveniert hat...

Das ist nicht ganz richtig. Es gibt so viele Darstellungen über den Beginn des Konfliktes, daß einem richtig schwindlig werden kann. Wir wissen, daß nicht nur die KDP, sondern auch die PUK Aghas in ihren Reihen hat und sie auch massiv unterstützt. Der Kampf der Bauern war nicht der Auslöser des Krieges, ganz im Gegenteil. Während des Konfliktes haben wir wiederholt versucht, zwischen den Parteien zu vermitteln. Wir sind sogar mit einer Delegation zu den Islamisten gelaufen. Wir sind gegen diesen Krieg, weil wir wissen, daß es ein reiner Machtkonflikt zwischen den beiden Parteien ist, die es beide nicht fertiggebracht haben, in den vergangenen Jahren irgendein politisches Programm zu entwickeln. Der Konflikt spielt sich nicht nur auf militärischer Ebene ab. Es ist auch ein psychologischer und finanzieller Krieg. Wir haben damals die Bauern dazu aufgerufen, sich nicht an den Kämpfen zu beteiligen. Viele Bauern haben daraufhin tatsächlich den Krieg verweigert. Das hat unser Ansehen bei den Parteien nicht gerade gehoben.

Ihr sagt, daß es noch andere Dinge zu tun gibt, als sich gegen die Aghas zu verteidigen. Was meint ihr damit?

Aufbau der Dörfer und Rückkehr der Bauern haben absolute Priorität. Aber noch immer sind grundlegende Rechte nicht geklärt. Offiziell besteht in Kurdistan das Landwirtschaftsreformgesetz aus dem Irak noch weiter fort[3]. Im Alltag aber wird es nicht durchgesetzt. Für uns wäre das aber ein wichtiger Schritt, da das Gesetz eine relativ progressive Regelung der Landverteilung darstellt. Gleichzeitig wollen wir mehr, als nur das bestehende Gesetz reaktivieren. Die landwirtschaftliche Produktion darf nach der Erfahrung, die wir mit dem Baathstaat gemacht haben, nicht im vollen Besitz des Staates sein. Dörfer und Kommunen sollen über die Art und Weise der Produktion entscheiden. Letztlich war das wohl auch der entscheidende Punkt, an dem das Gesetz im Irak gescheitert ist.

Welche Rolle spielen Ideen von Kollektiv- oder Kolchoswirtschaft?

Ein wichtiger Programmpunkt der Baath-Partei war die Verstaatlichung des Bodens und die Förderung von Kooperativen, was generell ja sehr progressiv ist. Das Gesetz wurde aber nur selektiv durchgeführt, die Kooperativen der Partei unterstellt und Bauern vertrieben. In Kurdistan hat die damalige Baath-Regierung trotz Kooperativen politisch das alte Feudalsystem unterstützt.

Über Kollektivlandwirtschaft wird heute viel diskutiert, und auch in der Praxis wird ansatzweise kooperativ gewirtschaftet. Bauern, die nicht in der Lage sind, die Ernte einzubringen, bekommen die Felder von der Dorfgemeinschaft bewirtschaftet. Der Häuserbau, die Organisation der Ernte und die militärischen Aufgaben werden von den Dorfkomitees als kollektive Aufgaben verstanden.

Das Ganze aber wird von einem viel dringlicheren Problem überschattet. Im Moment stellen die Aghas die größte Gefahr für uns dar, und viele Dörfer leben noch heute unter der Knute ihrer Feudalherren. Deshalb gehören diese Ideen in Kurdistan noch der Zukunft an.

Welche Rolle spielen Stammesbindungen noch in Kurdistan?

Die Stammesbeziehungen stellen ein großes Problem dar. In unseren Augen dienen sie nur dazu, die Bauern klein und abhängig zu halten. Bauern, die ihre Ernte zurückfordern, werden von den Aghas mißhandelt, ihnen wird die Nase[4] abgeschnitten. Die Stammesbindungen hindern sie daran, sich zur Wehr zu setzen. Dennoch haben viele Bauern auf Kongressen immer wieder klargemacht, daß sie nicht wollen, daß bewaffnete Bauern aus einer anderen Region bei ihnen intervenieren. In diesen Fällen ist die Stammesbindung immer noch stärker als der Wunsch, sich von den Feudalherren zu befreien. Schon die Baath-Partei hat diese Bindung taktisch genutzt: Wenn sie einen Stammeschef auf ihre Seite ziehen konnte, war sie sich der Gefolgschaft des ganzen Dorfes gewiß.

Die kurdischen Parteien benutzen diese Bindungen genauso. Wir sind absolut gegen diese Art der Stammesbeziehungen. Die Bauern leiden unter den Aghas, nicht unter anderen Stämmen, im Südirak genauso wie in Kurdistan. Daß wir das erkannt haben, ist vielen hier ein Dorn im Auge.

Habt ihr Kontakt zu anderen sozialen Bewegungen?

Wir versuchen immer wieder, Kontakte auch in die Städte zu knüpfen, da wir unser Problem nicht als ein spezielles Problem der Bauern begreifen. Soziale Problemgruppen werden von den Parteien nicht vertreten. Aber wer in Kurdistan gehört nicht zu einer Problemgruppe? Deshalb ist es wichtig, daß sich soziale Gruppen nach ihren Interessen organisieren. Zum Beispiel wissen wir, daß die Lehrer in den Städten unglaubliche Probleme haben, mit ihren monatlichen 200 Dinar zu überleben. Deshalb haben wir einen Teil der diesjährigen Weizenernte der Komitees an die Lehrer hier in der Stadt verteilt. Das reicht natürlich nicht aus.

Wir haben an einem Kongreß über die Situation der Frauen in Kurdistan teilgenommen und einen Aufruf an das Parlament gerichtet, endlich die Rechte der Frauen zu garantieren. Wir können uns aus diesen Problemen nicht raushalten, auch wenn wir nur Bauern sind.

Das Interview führte
Thomas Uwer im Herbst 1994

Anmerkungen:

1) So wurde bei der ersten Legalisierung linker Gewerkschaften im Januar 1959 die Bauerngewerkschaft ausgeschlossen und erst nach blutigen Auseinandersetzungen im März desselben Jahres legalisiert.

2) Die schnelle Entstehung städtischer Zentren, relativ späte, erzwungene Seßhaftwerdung der vielfach nomadischen Stämme (und Zerstörung autochtoner Strukturen), die Privatisierung des Grundbesitzes (1932) führten zu einer enormen Verelendung der ländlichen Massen auf der einen, zu einem sprunghaften Aufstieg der Feudalherren in die städtische Oberschicht auf der anderen Seite. Die Beziehungen zwischen der staatlichen Administration, die mit den Städten gleichzusetzen ist, und der ländlichen Bevölkerung liefen niemals ohne Konflikte ab.

3) Das Landwirtschaftsreformgesetz Nr. 90 von 1975 sah die bis heute weitestgehende Verstaatlichung des Bodens vor sowie eine Förderung staatlicher Kooperativen. Das Gesetz wurde nie umfassend umgesetzt.

4) Tatsächlich ist das Abschneiden der Nase eine gängige Bestrafung.

Vorwort

Es ist eine verzwickte Angelegenheit mit der Demokratie: Auf der einen Seite ist die „Herrschaft des Volkes" ein Ideal, das universale Gültigkeit beanspruchen darf. Auf der anderen Seite stellt Demokratie ein Konzept dar, das die Herrschaft des Volkes von der Definitionsmacht derjenigen abhängig macht, die bestimmen, wer das Volk ist. Auf die Rechte eines Wahlvolkes reduziert, kann die Demokratie so zu einem Herrschaftsinstrument werden - dann nämlich, wenn nur die Stimmen derjenigen zählen, die ein Interesse am Erhalt der jeweils bestehenden Ordnung und Machtverteilung haben. Demokratisch legitimierte Herrschaft verhindert zudem kein Unrecht: Ein Volk, das sich des Staates bemächtigt, ist noch lange kein Gutvolk; es (oder er) beutet aus, unterdrückt und straft.

Ein Streifzug durch die Geschichte offenbart die Ambivalenz der Demokratie. Eine Mitbestimmung des Volkes in der Politik findet sich, folgt man der europäischen Geschichtsschreibung, zuallererst im antiken Athen. Bürger Athens war jedoch nur, wer über Haus und Hof verfügte. Das Recht auf Wahl und Mitbestimmung über die Dinge des Staates besaßen nur einige Auserwählte. Die französische Revolution setzte gegen das absolutistische „L'État c'est moi" den Ruf nach „Liberté, Égalité, Fraternité" und der Dritte Stand wurde nunmehr zur Nation erklärt. Bald aber mündet der Sturm der Straße in den institutionellen Terror und am Ende steht die formal-demokratisch verkleidete monarchische Idee: Als Volkstribun sichert Bonaparte die Freiheit der Besitzenden gegen die Forderung von Intellektuellen und Habenichtsen nach Staatswirtschaft und sozialer Gleichheit.

Das Festhalten am Drei-Klassen-Männer-Wahlrecht gegen Arbeiter und radikale Demokraten charakterisiert das deutsche Besitzbürgertum der Industrialisierung. Die Forderung nach dem gleichen Wahlrecht rüttelte an ihrem Rang. Mitbestimmen dürfen sollte daher nur, wer Verantwortung und ein reales Interesse an den Dingen des Staates hatte - und solches hatten diesem Demokratieverständnis nach nur diejenigen, die etwas zu verlieren hatten. Ganzer Mensch war nur, wer hatte. Später hatten fast alle etwas zu verlieren und die - inzwischen auch von Frauen - gewählte Sozialdemokratie zog in den Krieg, im nationalen Taumel und voller Begeisterung, endlich zu beweisen, daß sie nunmehr dazugehörte und keine Nestbeschmutzerin war.



In der jüngeren Geschichte wurde noch einmal die Einheit der Freiheit vorgezogen. „Wir sind das Volk" hieß diesmal die Parole. Aus der Kritik des Volkes am Regime wurde schnell der Ruf nach „Deutschland einig Vaterland". Die Wahl der Menschen fiel auf Nation und Wohlstand.

Der Exkurs in die Geschichte zeigt, wie wenig es sich lohnt, auf das Wahlrecht zu schielen - ein Wahlrecht, das erst dann gewährt wird, wenn sich nichts mehr zur Wahl stellt; und er zeigt, daß die Macht des Volkes, einmal errungen, lange nicht für Freiheit und Gerechtigkeit garantiert. Zunächst sind nämlich Wahlen genau solange verboten (oder eingeschränkt), solange sie womöglich Grundlegendes verändern könnten. Demokratie herrscht unter denen, die sich grundsätzlich einig sind, die Veränderungen fürchten und die ihren (Wohl-)Stand schützen wollen - alle anderen bleiben ausgeschlossen, bis sie sich integrieren. Dann erweist sich auch, wie Wahlfreiheit in Macht und Unterdrückung münden kann.

Trotzdem dient das Wahlrecht immer wieder als Gradmesser für demokratische Verhältnisse und Befreiung. Und am Wahlrecht gemessen ist die Demokratisierung in vielen Staaten des Südens seit Anfang der 80er Jahre sicher vollzogen - dürfen doch in diesen Staaten weitgehend überall alle BürgerInnen den Gang an die Urnen antreten, nach dem Prinzip 'One man, one vote'.

Tatsächlich sind in vielen Staaten Menschenrechte, Meinungsfreiheit und auch Wahlen Ausdruck für positive Veränderungen der realen Lebensverhältnisse vieler Menschen. Jedoch: Auch hier verändern Wahlen selber nichts. Sie werden eingeführt, wenn die Gefahr der Umwälzung der Verhältnisse nicht mehr besteht; oder sie dienen geradezu als Instrument zur Sicherung des status quo: Die Illusion der Partizipation durch Wahlen nimmt einem Umsturz den Wind aus den Segeln. So sichert Demokratie die Ungleichheit der Güter- und Machtverteilung - innerhalb der demokratischen Staaten (auch des Nordens) und zwischen Nord und Süd.

Die Machtverteilung zwischen Nord und Süd zwingt dazu, Demokratie global zu sehen. Im Norden besteht ein Grundkonsens der Wohlstandssicherung und die Macht, ihn durchzusetzen; die Menschen im Süden dürfen zwar wählen, bestimmen und verändern aber können sie nichts. Eindrücklich demonstrieren dies die Verhältnisse in den internationalen Organisationen und Gremien (wie zuletzt die Klimakonferenz). Allerdings gilt Machtverteilung nicht nur international: In den sich derzeit demokratisierenden Staaten dürfen vielleicht alle gemeinsam wählen gehen - zu sagen haben aber große Teile der Bevölkerung weiterhin nichts.

In den Beiträgen unseres Themenblocks wollen wir fortschrittliche Aspekte der Demokratisierung für die Menschen nicht negieren. Es gibt einige Beispiele für Entwicklungen der letzten Jahre, die unter dem Strich positiv ausfallen mögen: Argentinien, Chile, Uruguay, Benin. Hier sind formale Gleichheit, Rechtssicherheit etc. ein klarer Fortschritt für die Menschen. Wir wollen aber die Begeisterung anderen über- und die Geschichte lehren lassen. Es gilt demokratische Wirklichkeit kritisch zu hinterfragen. Maßstab ist hier die reale Veränderung der Eigentums- und Lebensverhältnisse und weniger das formale Wahlrecht.

Wir fragen nach den Interessen, die hinter einer moralisch unangreifbaren Demokratisierungswelle nach dem Kalten Krieg stehen; und wir begründen, warum in Tansania 15 Jahre nach Beginn der Demokratisierung in diesem Jahr die alte Staatspartei die ersten Wahlen gewinnen wird. Das Beispiel von Frauen in demokratisierten Männerordnungen macht deutlich, daß eine über Institutionen und Wahlen hinausgehende Sicht auf Partizipationsformen notwendig ist. Dabei kommt auch die Motivation vieler Frauen, sich als Mütter zu engagieren, ans Licht - eine Rolle, die vielen bei uns nicht sonderlich behagt. Am Beispiel Chiles zeigt sich zudem, wie und welche Frauen im demokratischen Chile von der Teilhabe an Mitbestimmung und Güterverteilung ausgeschlossen werden. Als Konsequenz stellt sich die Frage nach Möglichkeiten realer Partizipation und Selbstbestimmung jenseits vom Blick auf Wahlen. Wir befassen uns noch einmal mit den Möglichkeiten und Grenzen der Zivilgesellschaft. Anhand der Analyse von Entwicklungen im südlichen Afrika stellt sich die Frage, ob die Demokratisierung dort nicht schon gescheitert ist.

Die Redaktion

Freie Wahl für freien Markt



Die Demokratie boomt. Das Ende des Kalten Krieges ermöglichte es dem Westen, einen Diskurs durchzusetzen, der nicht nur Westen mit Demokratie, sondern auch Demokratie mit Marktwirtschaft gleichsetzt. In diesem Sinn dient die Demokratisierung dem Norden dazu, seine Herrschaft über den Süden auszudehnen. Wie das funktioniert, analysiert Jochen Hippler.

Seit dem Ende des Kalten Krieges beobachten wir bei einigen Regierungen in Europa und Nordamerika die Tendenz, die Dritte Welt demokratisieren zu wollen. Entwicklungshilfe wird von demokratischen Reformen abhängig gemacht, südliche Diktatoren müssen sich Belehrungen und Druck gefallen lassen.

Dieser Missionseifer trifft auf ähnliche Tendenzen im Süden, wo ehemals marxistisch-leninistische Befreiungsbewegungen über den Wert freier Wahlen und den Nutzen einer *civil society* diskutieren, vormalige Militärdiktatoren ihren Ländern neue Versionen von Demokratisierung verordnen, nationale Konferenzen in Afrika ihre Diktatoren sanft entmachten und Nichtregierungsorganisationen (NROs) zu neuen Hoffnungsträgern eines demokratischen Frühlings gemacht werden.

„Demokratie" bedeutet jedoch für eine NRO in Mindanao etwas anderes als für die *National Endowment for Democracy* in Washington, und für einen arbeitslosen Jugendlichen in Algerien etwas anderes als für die Weltbank. Die Tatsache, daß sich fast alle relevanten Akteure heute sehr positiv auf „Demokratie" beziehen, bedeutet eben nicht, daß sie damit etwas ähnliches im Sinn hätten.

Identitätsstiftung nach dem Kalten Krieg

Der ideologische Ausgangspunkt des westlichen Kreuzzuges für die Demokratie ist relativ einfach: Während des Kalten Krieges hatte man sich selbst und die eigene Politik immer wieder damit legitimiert, daß man „demokratisch" in Form und Inhalt sei und sich darin vom Gegner Sowjetunion unterscheide. Demokratie versus Kommunismus, das war die grundlegende Losung des Westens. Dabei handelte es sich einerseits um eine außenpolitische Parole, um eine ideologische Waffe im Ost-West-Konflikt: Die Demokratie gegen das Prinzip einer kommunistischen Diktatur zu vertreten legitimierte die eigene Existenz, die eigene Politik, selbst die eigenen Verbrechen - wenn sie nur dem Kampf gegen den 'antidemokratischen' Kommunismus nützten. Die Unterstützung Pinochets oder Mobutus oder die Putsche in Guatemala und dem Iran sind nur einige der bekanntesten Beispiele aus vier Jahrzehnten dieser Praxis. Andererseits war die Demokratie ein wichtiger Bestandteil westlicher Selbstperzeption und Identität. Der Ost-West-Konflikt war auch eine Krücke, die den politischen Systemen und zahllosen Individuen eine bequeme und positive Selbstdefinition gestattete. Anti-Kommunismus und Demokratie begründeten sich gegenseitig.

Mit dem Zerbrechen der Sowjetunion und dem Verschwinden des Kommunismus kann der Antikommunismus kaum noch zur Selbstdefinition dienen. Trotz des Verlustes seiner antikommunistischen Substanz wird der Demokratiebegriff nunmehr vielleicht noch bedeutsamer für die eigene, positive Identitätsstiftung, da er zumindest einen Teil der Identitätslücke füllen muß, die durch das Verschwinden der negativen Selbstdefinition entstanden ist. Auch deshalb ist es wenig überraschend, daß in den Ländern des Nordens eine Tendenz existiert, Demokratie mit sich selbst zu identifizieren. Westlich und demokratisch werden zu Synonymen.

Nachdem nunmehr alte Schemata nicht mehr gelten, haben neue Identitätsdefinitionen und Freund-Feind-Zurechnungen Hochkonjunktur. Das gilt nicht nur auf der Straße, beim Wiederaufleben des Nationalismus und rassistischer Politik, sondern auch im politischen und politikwissenschaftlichen Diskurs. Samuel Huntington

hat seinen berüchtigten Autsatz zum „Kampf der Zivilisationen" genau auf diese Marktlücke hin geschrieben. Er postuliert einen Kampf „des Westens gegen den Rest der Welt" („The West against the rest"), was ja an sich schon Identität definiert, und benennt die „westlichen Ideen" als Substanz westlicher politischer Identität. Westliche Ideen sind für ihn: „Individualismus, Liberalismus, Verfassungsmäßigkeit, Menschenrechte, Gleichheit, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, der freie Markt, die Trennung von Kirche und Staat."[1]

Diese „Ideen" (ist der Freie Markt eine „Idee", ein „Wert", eine moralische Kategorie?) zu westlichen zu erklären heißt, sie anderen Kulturen abzusprechen und zu verweigern. Denn wenn es sich um *universelle* Werte handeln würde, ergäbe ja ein „Kampf der Zivilisationen" keinen Sinn, denn der ist ja gerade durch die Verschiedenheit der Kulturen bedingt. Freiheit und Demokratie sind also, neben den anderen Substantiven, Kerne westlicher Identität, und die Menschen im Süden werden so intellektuell vor die Scheinalternative gestellt, entweder sich selbst für „westlich" halten zu müssen, wenn sie für Freiheit und Demokratie sind, oder gegen beide Werte opponieren zu müssen, wenn sie nicht westlich sein wollen. Über solchen intellektuellen Imperialismus könnte man sich durchaus lustig machen, wenn er nicht in breiten Kreisen ernstgenommen worden wäre.

Demokratie und Marktwirtschaft

Nun wäre es voreilig, die publizistischen und akademischen Zielvorgaben mit den Auffassungen politischer Entscheidungsträger automatisch gleichzusetzen, auch wenn in den USA die Kluft zwischen Universitäten, *think tanks* und Politik wesentlich geringer ist als in der Bundesrepublik. Und so wie Wissenschaftler in Nordamerika ihre Rolle oft in der direkten Beratung und Zuarbeit zur Politik sehen, so fühlen Politiker nicht selten den Drang, ihre Praxis ideologisch zu überhöhen, wobei sie gern auf die gängigen intellektuellen Moden zurückgreifen.

Anthony Lake ist der Nationale Sicherheitsberater Präsident Clintons und gehört in dieser Funktion gemeinsam mit dem Außenminister zum engsten außenpolitischen Machtzirkel. Lake faßt die Perspektive der US-Regierung folgendermaßen zusammen: „Wir betrachten die Individuen als gleich geschaffen und mit einem von Gott gegebenen Recht auf Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück ausgestattet [Begriffe aus der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung; J.H.]. Deshalb vertrauen wir der Weisheit freier Individuen, diese Rechte zu verteidigen. Sie tun es durch die Demokratie, als den besten Prozeß zur Erfüllung der gemeinsamen Bedürfnisse trotz konkurrierender Wünsche; und durch den Markt als den Prozeß, der die privaten Bedürfnisse am besten auf eine Weise erfüllt, die die Möglichkeiten aller ausweitet".[2]

Und Lake weiter: „ Während des Kalten Krieges verstanden selbst Kinder unsere Sicherheitspolitik. Wenn sie auf diese großen Landkarten in den Klassenzimmern sahen, dann wußten sie, daß wir die Ausbreitung dieses großen, roten Bereichs einzudämmen versuchten. Heute könnte man - um den Preis der Übervereinfachung - die Aufgabe unserer Sicherheitspolitik als die Ausdehnung dieser blauen Gebiete der marktwirtschaftlichen Demokratien kennzeichnen. Der Unterschied besteht natürlich darin, daß wir nicht versuchen, die Reichweite unserer Institutionen durch Gewalt, Subversion oder Unterdrückung auszudehnen." (ebd.)

Das Bemerkenswerte an Lakes Formulierungen besteht darin, daß nicht nur die Ausdehnung der Reichweite der amerikanischen Institutionen und der Export der Demokratie zum Ziel gemacht wird, sondern die der *marktwirtschaftlichen Demokratien.* Der Grund liegt darin, daß dies „unsere Interessen und unsere Sicherheit schützt und zugleich Werte reflektiert, die zugleich amerikanisch und universal sind". Die Politik, den eigenen Bereich und marktwirtschaftliche Demokratien *(market democracies)* auszudehnen, soll also zugleich interessegeleitet und moralisch sein - wobei die amerikanischen moralischen Werte allgemeingültig sind.

„Das ist kein demokratischer Kreuzzug", stellt Lake weiterhin klar, „es ist eine pragmatische Verpflichtung, die Freiheit dort verankern zu helfen, wo uns das am meisten nützt". Da hat Lake recht. Die Strategie läuft darauf hinaus, Demokratie allgemein mit Sympathie zu betrachten, sie dann aber mit Marktwirtschaft zu verknüpfen und beides zum Begriff der *market democracies* zu verschmelzen. Diese seien wiederum dort zu unterstützen, wo es im strategischen Interesse der USA liege.

Drei Monate nach seiner Rede und mit der Rückendeckung des Präsidenten ging Lake noch einen Schritt weiter. Er machte klar, auf welche Art seiner Meinung nach Demokratie und Markt miteinander verknüpft sind. Er erläuterte erneut das Konzept von *enlargement,* der Ausdehnung der Marktdemokratien: „Die Vorteile für Amerika sind klar. Wenn alte Kommandoökonomien sich dem Markt zuwenden, führt das zu einem großen Bedürfnis nach amerikanischen Exporten. Außerdem schaffen freie Märkte eine Mittelschicht. Mittelschichten begünstigen die Herausbildung demokratischer Regierungen, die für ethnische Unterschiede Raum haben, die Rechte ihrer Bürger schützen und Stabilität fördern."[3]

Damit ist die Priorität geklärt: Die Marktwirtschaft ist die Grundkategorie, die Ausgangsposition. Die Märkte schaffen einen sozialen Akteur, der wiederum die Demokratie schaffen soll. Märkte und Demokratie sind danach nicht gleichgewichtig, sondern Demokratie ist die nachgeordnete Kategorie, die durch wirtschaftliche Reformen erst ermöglicht wird. Demokratie ist die wünschbare Folge von Kapitalismus.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Offensive der Demokratisierung, wie sie von der Clinton-Administration verkündet und betrieben wird, nicht zum Hauptziel hat, Menschen in der Dritten Welt die Bestimmung ihres eigenen Schicksals zu ermöglichen. Sie hat auch nicht die marginalisierte, arme Bevölkerungsmehrheit im Blick, die meist am Rande oder außerhalb des politischen Prozesses steht, sondern die Mittelschichten. Und schließlich ist Demokratisierung hier nur eine instrumentelle Übung, die marktwirtschaftliche Reformen flankiert und ergänzt und im wesentlichen auch nur dort unterstützt wird, wo es den US-Interessen nützlich erscheint.

Demokratie als Herrschaftstechnik

Wenn der Demokratieexport ein Element von Dominanzpolitik sein soll, bedeutet das nicht automatisch, daß dies auch wirksam der Fall ist. Es stellt sich die Frage, ob es sich um eine bloß ideologische Offensive handelt oder ob es westlichen Regierungen gelingt, eine Demokratisierung der Dritten Welt auch praktisch und konkret als Herrschaftsinstrument zu nutzen. In diesem Kontext sind zwei Ebenen von Interesse: Demokratisierung als Element von Strategien von Kriegsführung niedriger Intensität *(low-intensity warfare),* vor allem bei akuter oder vorbeugender Aufstandsbekämpfung, und in Verbindung mit Weltbankprogrammen wirtschaftlicher Strukturanpassung.

Militärische Planer sind sich darüber einig, daß Aufstandsbekämpfung keine rein militärische Aufgabe darstellt, sondern ganz wesentlich von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen abhängt. Ansatzpunkt muß daher sein, der Bevölkerung das Gefühl zu vermitteln, daß sie im Rahmen der bestehenden Ordnung ihre Situation verbessern kann. Es geht letztlich darum, ihr die Hoffnung zu geben, daß sie auch ohne bewaffneten Widerstand eine Zukunftsperspektive hat. Das ist kaum jemals durch bloße Propaganda möglich, es erfordert Reformen. Eine Verbesserung der Menschenrechtssituation, eine Landreform und demokratische Veränderungen sind Standardelemente solcher Konzeptionen.

Bei der Einleitung von Demokratisierungsprozessen sind zwei Elemente entscheidend. Einmal die Überwindung einer verhaßten Diktatur: Repressive Diktatoren haben einen Mobilisierungseffekt, sie bündeln und einigen den Widerstand in einem betroffenen Land und können Konflikte wesentlich verschärfen. Eine Befriedung der

Philippinen setzte Mitte der achtziger Jahre den Sturz der Marcos-Diktatur voraus, sonst wäre die Massenmobilisierung eskaliert und hätte sich radikalisiert. „Demokratisierung" - hier nur im Sinne des Sturzes eines verhaßten Diktators - beugt in diesem Sinne politischer Radikalisierung vor, zumindest dann, wenn dieser Sturz kontrolliert erfolgt. Entscheidend ist dabei natürlich, daß die Macht aufgrund einer eigenständigen Dynamik des Prozesses nicht an die radikale Opposition übergeht, sondern an „gemäßigte" Kräfte. Zweitens ist es erforderlich, nach diesem notwendigen Reinigungsprozeß Wahlmechanismen zu institutionalisieren, die glaubwürdig sind und gewissen Mindeststandards entsprechen. Anderseits dürfen sie natürlich nicht zu einem Wahlsieg derjenigen Kräfte führen, die man gerade von der Macht fernhalten möchte: Einer Guerillabewegung, die man besiegen möchte, die Macht per Wahl zu überantworten wäre für die Planer solcher Kampagnen selbstverständlich unsinnig.

Standardverfahren zur Organisierung solcher Wahlen sind unter anderem: die Spaltung der Opposition in kooperationsfähige („gemäßigte") Gruppen und „militante", die von der Wahlteilnahme grundsätzlich oder praktisch ausgeschlossen werden; die Formulierung von Bedingungen für eine Wahlteilnahme (etwa das Niederlegen der Waffen durch die Opposition, obwohl die Regierungsarmee ihre Waffen behält); Entführungen und „Verschwindenlassen" von oder politische Morde an Oppositionsführern, um der Opposition die Führung eines Wahlkampfes zu erschweren oder ihn zu verhindern; die Einschränkung der Medienberichterstattung über die Opposition; die Nichtregistrierung von Flüchtlingen oder Bewohnern bestimmter Gebiete als Wähler; oder ein Wahlrecht, das Gebiete unter Regierungskontrolle oder die Regierungsparteien begünstigt. Die Restriktionen zielen in der Regel vor allem auf die ärmeren oder marginalisierten Bevölkerungsgruppen und ihre Organisationen, während die Mittelschichten in wesentlich geringerem Maße betroffen werden. Kleinbauern, Landarbeiter, Arbeitslose und *squatter* (illegale Siedler) werden durch massive Militärpräsenz in den entsprechenden Wohngebieten oder am Wahltag zusätzlich eingeschüchtert; während den gebildeten und wohlhabenderen Sektoren der Bevölkerung eine möglichst saubere Wahl geboten wird. So soll nicht nur die Opposition gespalten (möglichst in Wahlteilnehmer und Boykottfraktionen), sondern auch eine soziale Trennung zwischen den unteren Schichten der Gesellschaft und den potentiellen Führungselementen der Mittelschicht gezogen werden.

Diese Maßnahmen werden in der Regel wirksam genug sein, um die Opposition entscheidend zu schwächen, aber jeweils einzeln keinen ausreichenden Anlaß bieten, sich von den Wahlen zurückzuziehen. Geschieht das doch, läßt sich die Opposition als „undemokratisch" diffamieren oder man kann behaupten, sie habe deshalb nicht teilgenommen, weil sie die Wahlen verloren hätte.[4]

Zusammengenommen kann das Ergebnis darin bestehen, daß eine vermutlich gespaltene und geschwächte Opposition die Wahlen verliert (soweit sie diese nicht boykottiert), während Beobachter zwar Kritik an zahlreichen Einzelpunkten äußern mögen, einen technisch sauberen Ablauf aber bestätigen können. Auch wenn viele Bürger Zweifel an der Sauberkeit des Prozesses haben mögen, so können sie doch der Meinung sein, daß die Demokratie zumindest einen Anfang gemacht habe.

Ein zentrales Ziel eines solchen Wahlprozesses besteht einmal in der Entfremdung der Mittelschichten von den harten Kernen der Opposition und in sozialer Demobilisierung. Es kommt darauf an, den Mobilisierungsgrad und die politische Partizipation vor allem der ärmeren Bevölkerung zu reduzieren und die Politik möglichst auf den Wahlakt zu beschränken. Wenn dies gelingt, haben die herrschenden Eliten einen Erfolg zu verbuchen: Je geringer die soziale Mobilisierung, um so sicherer können sie sich fühlen. Und nach der Geburt dieser Demokratie ist es wesentlich schwerer als zuvor, militanten Widerstand zu rechtfertigen, da er jetzt ja gegen eine gewählte Regierung erfolgen würde.

Strukturanpassung

Eine vermutlich noch wichtigere Ebene, auf der Demokratisierung zum Herrschaftsinstrument lokaler Eliten und nördlicher Regierungen (beides hängt in der Regel eng zusammen) wird, besteht in der Koppelung von Demokratisierungsprozessen mit Programmen wirtschaftlicher Strukturanpassung, wie sie vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank betrieben wird.

Innenpolitisch bedeuten die Strukturanpassungsprogramme für die Dritte Welt eine neue Ordnungspolitik: wirtschaftliche Liberalisierung, Privatisierung, Öffnung zum Weltmarkt und damit Zugang der großen internationalen Unternehmen zum lokalen Markt auf der einen und Abbau, Zurückdrängung und Schwächung des Staates als die Kehrseite dieser Medaille. Beides erfolgt nicht als eigene Politikentscheidung, sondern ist durch Weltbank und IWF von außen verordnet. Völlige Marktorientierung ist das offensichtliche Ziel dieses Maßnahmenpaketes und befindet sich damit in völliger Übereinstimmung mit entsprechenden Forderungen aus London, Bonn und Washington.

Wie aber steht es in diesem Zusammenhang mit der Demokratie? Die offizielle Ideologie macht es sich einfach: Danach sind Markt und Demokratie ja Zwillinge, und eine Stärkung des Marktes führt - via Förderung der Mittelschichten - direkt oder indirekt zur Stärkung der Demokratie, wenn auch vielleicht mit zeitlicher Verzögerung. In der Realität stellt sich das leider anders dar. Die Strukturanpassungsprogramme zielen auf den Abbau bzw. die Schwächung des Staatsapparates in der Dritten Welt.[5] Aber dabei geht es nicht so sehr um eine vernünftige Entbürokratisierung, eine Reduzierung aufgeblähter und inkompetenter Staatsapparate. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Den Staatsapparaten der Dritten Welt,



Stabiler als jeder Diktator: Die gewählte Violetta Chamorro von der nicaraguanischen Rechtsregierung

etwa in Afrika, werden stattdessen wichtige Funktionen entzogen, die das Überleben und die Bedürfnisse von Millionen von Menschen schützen - etwa durch staatlich gestützte Gesundheitsversorgung, das Erziehungswesen, durch Lebensmittelsubventionen und Nahrungsmittelproduktion. Darf der Staat dafür kein Geld mehr ausgeben, sinkt z.B. der Standard der Gesundheitsversorgung, im Bereich von Bildung und Erziehung können Eltern den Schulbesuch ihrer Kinder nicht mehr bezahlen und die Unterernährung steigt an.

Es handelt sich aber nicht allein um die sozialen Auswirkungen in der Dritten Welt, wenn die internationalen Finanzinstitutionen - hinter denen sich ja als Entscheidungsträger die Regierungen der USA, Westeuropas und Japans verbergen - die Regierungen im Süden zum Zwangssparen verurteilen. Es geht darum, daß IWF und Weltbank den Staat aus ideologischen Gründen aushöhlen und ihm seine klassischen, wichtigsten Funktionen nehmen. Eine Reihe der ökonomischen Staatsfunktionen wird privatisiert, also dem Privatsektor in der Dritten Welt und internationalen Konzernen übertragen. Andere Funktionen, vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik (die natürlich andere Politikfelder wie die Sozialpolitik bestimmt), werden internationalisiert, also direkt oder indirekt in Washington oder London ausgeübt, meist durch internationale Finanzinstitutionen. Die zentralen wirtschaftlichen Variablen eines armen, verschuldeten Staates der Dritten Welt werden heute nicht selten zwischen dem lokalen Finanzminister und der Weltbank und IWF (beide mit Sitz in Washington) ausgehandelt, wobei der Finanzminister immer am kürzeren Hebel sitzt. Das lokale Parlament, selbst der Ministerpräsident, bleibt meist vom Entscheidungsprozeß oder sogar von Informationen ausgeschlossen. Sogar über den eigenen Staatshaushalt wird in vielen Fällen auf diese Art im Ausland bestimmt - von Weltbank- und IWF-Bürokraten, die nie demokratisch gewählt wurden und kaum jemandem rechenschaftspflichtig sind.

Die Koppelung von Privatisierung und Internationalisierung der ehemaligen Staatsfunktionen führt dazu, daß nur eine leere Hülle des Staates übrigbleibt - etwas, das Staaten im Norden sich niemals gefallen lassen würden, so sehr ihre Ideologen auch von Privatisierung und Markt schwärmen mögen. Dem Staat bleiben in weiten Bereichen des Südens nur die Polizei, das Militär und die Geheimdienste: das Repressionsinstrumentarium. Die „Demokratisierung" solcher staatlichen Gebilde ist dann eine reine und risikolose Formsache, da die in möglicherweise sogar freien und fairen Wahlen gewählten Vertreter nicht mehr über die Macht verfügen, eine aktive und gestaltende Politik für ihr eigenes Land zu betreiben.

Selbstbestimmung und der Kampf um den Staat

Das Problem besteht nun eben nicht darin, daß die westlichen Regierungen gegen die Demokratie in der Dritten Welt wären. Von einer allgemeinen ideologischen Sympathie abgesehen ordnen sie Demokratie im Süden mit großer Selbstverständlichkeit ihren eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen unter und versuchen, Demokratie so zu formen, daß sie auf eine legitime Art des Managements freier Märkte zurechtgestutzt wird. Für sie ist Demokratie ein reales Problem, aber ein Managementproblem.

Für die Menschen im Süden stellt sich das offensichtlich anders dar: Für sie geht es bei der Frage der Demokratie darum, ihr Schicksal selbst zu bestimmen und nicht von einheimischen Diktatoren oder ausländischen Finanzbehörden fremdbestimmt zu werden. Es geht also nicht um die Frage 'Demokratie - ja oder nein'[6], sondern darum, ob Demokratie die grundlegende Kategorie von Selbstbestimmung und Kontrolle über das eigene Schicksal sein soll oder eine Herrschaftstechnik zur Sicherung der Kontrolle einheimischer Eliten und internationaler Hegemonie.

Aus der Position sozialer Bewegungen im Süden stellt sich die Lage unerfreulich und kompliziert dar. Sie sehen sich häufig einer Situation gegenüber, in der diktatorische oder oligarchische Systeme der Herrschaft tatsächlich geschwächt oder überwunden werden, in denen Wahlprozesse stattfinden, deren Sinn es aber nicht selten gerade ist, sie an den Rand zu drängen. Demokratie gilt vor allem für die sozialen Eliten und die Mittelschichten, während der größte Teil der Gesellschaft in einer Zuschauerrolle verbleibt. Und der kann kaum direkt dagegen aufbegehren, da er sich sonst leicht in einem Boot mit den alten Kräften der Diktatur und Repression wiederfinden würde. Dieser Teil der Bevölkerung kann aber mit der Entwicklung auch nicht zufrieden sein, da sie direkt gegen ihn gerichtet ist. Die Versuchung, sich vom Kampf um die staatliche Macht zurückzuziehen und das als Stärkung der *civil society* noch positiv zu verklären, ist beträchtlich. Aber damit würde man der Instrumentalisierung von Demokratie als Herrschaftstechnik gerade in die Hände spielen.

So wichtig eine lebendige *civil society* auch ist - Demokratie bezieht sich auf den Staat. Es geht heute nicht allein darum, wer den Staatsapparat kontrolliert, obwohl das weiter wichtig bleibt. Es geht auch darum, welche Vision vom Staat progressive Bewegungen, NROs und die *civil society* entwickeln. Der Kampf muß um den Staat geführt werden, um Einfluß und Partizipation der ärmeren und der marginalisierten Schichten der Bevölkerung im Staatsapparat. Er darf nicht den Eliten und Mittelschichten überlassen werden. Während die Bevölkerungsmehrheit und vor allem die unteren sozialen Klassen Demokratie brauchen, um überhaupt Einfluß auf die Gesellschaft zu haben, ist für die Machteliten Demokratie eine Herrschaftsoption neben anderen, die nach Opportunität bevorzugt oder fallengelassen werden kann.

Der Kampf um den Staat muß auch in einem Sinne geführt werden, der auf seine Stärkung zielt, auf die Herstellung seiner Funktionsfähigkeit. Es muß darum gehen, ihn vor seiner Aushöhlung zu bewahren und ihn in vielen Ländern der Dritten Welt überhaupt erst zu einer funktionsfähigen sozialen Instanz auszubauen. Ein Staat, der seine Funktionen nicht erfüllen kann, lohnt auch keine Wahlen. Die Politik der Schwächung -

und anschließenden mittelschichtorientierten Demokratisierung - des Staates in der Dritten Welt durch nördliche Akteure hat auch damit zu tun, im Süden die einzige Instanz schwächen zu wollen, die nördlicher Dominanzpolitik mit minimaler Aussicht auf Erfolg entgegentreten könnte. Die tendenzielle Auflösung des Staates im Süden bedeutet auch die weitere Atomisierung der Dritten Welt, die dann dem Weltmarkt und den dominierenden Mächten des Nordens nur noch als Objekt, nicht als handelndes und sich verteidigendes eigenständiges Subjekt entgegenträte.

Demokratisierung hat zwei wichtige Aspekte. Einmal ist nicht zu bestreiten, daß bestimmte Formen der Demokratie unverzichtbare und wertvolle Errungenschaften sind. Freie und faire Wahlprozesse, die Geltung der Bürger- und Menschenrechte und damit zusammenhängende Verfahren oder juristische Vorgaben können und dürfen nicht aufgegeben oder geringgeschätzt werden, weil sie in einem bestimmten politischen Kontext so instrumentalisiert werden, daß sie nördlichen Dominanzinteressen (und der Stabilisierung südlicher Eliten) dienen. Aus der nördlichen Demokratisierungsoffensive trotzig den Schluß zu ziehen, jetzt selbst gegen freie Wahlen und andere Formen von Demokratie zu sein - wie es bei manchen Strömungen der Islamisten oder einigen autoritären Herrschern Asiens zur Zeit beliebt ist -, wäre fatal. Es kommt darauf an, diese oft als formal abqualifizierten Demokratieelemente zu stärken, zu verteidigen, auf ihrer Einhaltung zu bestehen und sie weiterzuentwickeln.

Die soziale Substanz der Demokratie

Aber dabei sollte man nicht stehenbleiben. Wenn man Demokratie nicht nur als Sammlung nützlicher formaler Techniken des Regierungswechsels, sondern als Organisationsform der Selbstbestimmung von Menschen und Gesellschaften über ihr eigenes Schicksal begreift und anstrebt, muß man sich um den zweiten Aspekt von Demokratie kümmern, um ihre soziale Substanz. Jenseits formaler oder juristischer Gleichheit und der Fiktion oder Realität, daß alle Bürger vor dem Gesetz und an der Wahlurne - also im Staat - dieselben Rechte hätten, kommt es darauf an, die reale Möglichkeit, und nicht nur das Prinzip, von Partizipation, für die ganze Bevölkerung zu erzwingen. „Demokratie für wen" - das ist die entscheidende Frage. Hat nur eine gebildete oder bemittelte Minderheit die reale Chance, an der Gestaltung der Gesellschaft aktiv teilzunehmen, oder kann dies auch die große Mehrheit der Bevölkerung der Dritten Welt, die am Rande oder außerhalb der globalen Marktwirtschaft steht. Haben Frauen, landlose Tagelöhner, Marginalisierte, ethnische Minderheiten, Analphabeten, Arbeiter



Stimmabgabe: El SAlvador 1994. Foto: U. Rzadkowski

und Arbeitslose eine realistische Chance, in der Politik ihres Landes zuerst einmal gehört zu werden und auch reale Macht auszuüben?

Edelberto Torres-Rivas beschreibt die Situation für Mittelamerika so: „In Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua wird die Demokratie in den Zentren praktiziert, den Hauptstädten und einigen anderen Städten. An der ländlichen Peripherie ist sie schwächer. Die oberen Klassen nehmen an ihr Teil und erfreuen sich direkter Partizipation, während es für die Kleinbauern immer noch die Politik der Klientelbeziehungen gibt, die rein formale Übung der Stimmabgabe, und die Repression."[7]

Genau gegen die Teilnahme der Bevölkerungsmehrheit zielt ja die westliche Version von Demokratie für den Süden. Der praktische Ausschluß der Mehrheit bei gleichzeitig funktionierender Demokratie - das ist der Kern der *market democracies*. Wer aus dem Markt herausfällt oder nicht konkurrenzfähig ist, der hat praktisch auch keinen Einfluß, selbst wenn er theoretisch und juristisch über dieselben Rechte verfügen mag.

Ökonomische Marginalisierung führt zu politischer Marginalisierung. Menschen am Rande oder unterhalb des Existenzminimums können ihre demokratischen Rechte nicht wirksam wahrnehmen, selbst wenn man es zuließe. Und eine demokratische Entwicklung im Sinne breiter Bevölkerungsschichten ist schwer durchführbar, wenn man zugleich das Erziehungswesen privatisiert und so den meisten Menschen aus finanziellen Gründen vorenthält. Wer Gesellschaften durch die ungezügelte Freisetzung der Marktkräfte nach dem Prinzip des Sozialdarwinismus organisiert, kann trotz aller demokratischen Formen und Abläufe keine Chancengleichheit in der politischen Auseinandersetzung erwarten.

Die gesellschaftlichen und ökonomischen Grundstrukturen - der freie Markt - fördern die Macht sozialer Eliten. Die arme Bevölkerungsmehrheit hat nur die Wahl, ihre Marginalisierung zu akzeptieren und ihre Partizipation auf gelegentliche Wahlakte zu begrenzen oder durch Organisierung und Mobilisierung zum Machtfaktor zu werden, die *civil society* zu prägen zu versuchen. Aber dieser Dualismus ist nur eine halbe Demokratie: die Eliten haben die Macht, und die Gruppen der *civil society* das Recht, diese zu kritisieren. Das ist besser als nichts, aber es ist nicht die Struktur einer tatsächlich und real demokratisch verfaßten Gesellschaft. Die soziale Substanz von Demokratie wird erst erfüllt, wenn die *civil society* der Machtstruktur nicht äußerlich bleibt, sondern sie prägt.

Das würde aber Demokratie statt *market democracy* bedeuten, und es würde die politischen und wirtschaftlichen Interessen im Norden beeinträchtigen.

Jochen Hippler

Der Autor ist Direktor des Transnational Institute in Amsterdam (TNI). Der Beitrag wurde - von der Redaktion gekürzt und leicht überarbeitet - entnommen aus dem vom Autor herausgegebenen Band „Demokratisierung der Machtlosigkeit".

Anmerkungen:

1) Samuel P. Huntington, The Clash of Civilizations, in: Foreign Affairs, Vol. 72, No.3, Sommer 1993, S.40

2) Lake says U.S. Interests Copel Engagement Abroad (Redetext), in: USIS, US Policy - Informations and Texts, 23. September 1993, S.7

3) Effective Enlargement in a Changing World , by A. Lake, in USIS, US Policy, Information and Texts, 20. Dezember 1993, S. 21

4) Klassische Lehrstücke dafür waren die Wahlen in El Salvador von 1982 und 1984, als die Opposition u.a. wegen der Sicherheitslage eine Wahlteilnahme verweigerte.

5) Hier sollte angemerkt werden, daß sich diese Bemerkungen nicht auf alle Regionen der Dritten Welt beziehen. Die erfolgreichen Ökonomien Südostasiens etwa sind davon nicht betroffen.

6) Nützlich ist in diesem Zusammenhang die Unterscheidung von vier Typen des gegenwärtigen Übergangs zur Demokratie bei: Georg Sorensen, Democracy and Democratization, Boulder/Colorado 1993, S.47ff.

7) E. Torres-Rivas, Democracy and Peasants, in: Biekart/Jelsma (Hrsg), Peasants Beyond Protest in Central America, Amsterdam/TNI 1994, S.54. Fallstudien zu Wahlprozessen in Mittelamerika bei: John A. Booth/Mitchell A. Seligson (Hg.), Elections and Democracy in Central America, Chapel Hill 1989.

Euphorie und Skepsis

Zwei Sammelbände zu Demokratie spiegeln den Diskussionsstand

Obwohl die Beiträge in den von Hippler und Oberreuter/Weiland herausgegebenen Bänden zur Demokratisierung im Trikont ihrem Anliegen nach eine ganz unterschiedliche Sprache sprechen, gibt es dennoch eine wichtige Gemeinsamkeit: die Hilflosigkeit, wenn es um die Entwicklung alternativer Konzepte innerhalb der Demokratisierungsdebatte geht. Die Unterschiede zeigen sich im Demokratieverständnis, das von Hippler et al. hinterfragt wird, während Oberreuter et al. parlamentarische Demokratie mehr oder minder einstimmig als die beste aller möglichen Regierungsformen voraussetzen. Beide Bände zusammengenommen spiegeln so den gegenwärtigen Stand der Debatte zwischen Demokratisierungseuphorie und -skepsis.

Die Autoren (die Herren bleiben unter sich) aus dem Umfeld des Freiburger Arnold-Bergsträsser-Instituts um Oberreuter und Weiland bieten zunächst die kontinentübergreifende Analyse der Demokratisierungsprozesse in Afrika (Heribert Weiland), Asien (Jürgen Rüland) und Lateinamerika (Ulrich Fanger). Dem demokratischen „Sonderfall" Indien ist eine detaillierte Fallanalyse gewidmet (Jacob Rösel). Die Autoren kommen dabei zu mehr oder minder optimistischen Schlußfolgerungen für die Perspektiven der Demokratisierung in der Dritten Welt. Fanger etwa problematisiert die in einigen la-teinamerikanischen Ländern feststellbare Politik- und Wahlmüdigkeit der Bevölke-rung und hält eine Reform der politischen Institutionen für eine wichtige Voraussetzung für die Stabilisierung von Demokratie. Rüland kommt in seiner Analyse der Entwicklungen in Asien zu einer pessimistischen Einschätzung: „Dort, wo die historischen, wirtschaftlichen, institutionellen und politischen Rahmenbedingungen nicht oder nur unzureichend vorhanden sind, wird das demokratische Nirwana Illusion bleiben (...)."(S.60). Gelesen als einführendes, empirisch orientiertes Kompendium zur Demokratisierung im Trikont ist der Band von Oberreuter/ Weiland durchaus brauchbar, zumal, wenn keine kritischen und/oder theoriegeladenen Ausführungen erwartet werden. Die Autoren grenzen sich deutlich von Stimmen aus der Debatte ab, die behaupten, daß Demokratie im Trikont nicht realisierbar sei. Allerdings verstellt ihr klares, normatives Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie den Blick für die kritischen Nachfragen, die in dem von Jochen Hippler herausgegebenen Band gestellt werden.

Unter dem Titel „Demokratisierung der Machtlosigkeit" wird Demokratisierung von Jochen Hippler als Herrschafts- und Kontrollinstrument des Nordens verstanden, das mit der Gleichsetzung von liberaler Demokratie und marktwirtschaftlicher Ordnung die weitere kapitalistische Durchdringung des Südens als Kampf für Menschenrechte und Demokratie maskiert. Unter den AutorInnen besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß das neue demokratische Engagement des Nordens mit Skepsis betrachtet werden muß . Die Demokratisierungsoffensive des Nordens, so Hippler, müsse als „instrumentelle Übung" verstanden werden, die sich nicht auf die Herstellung demokratischer Selbstbestimmung im Süden und die Einbeziehung der verarmten marginalisierten Massen, sondern auf einheimische Eliten und die Mittelschicht be-ziehe. Ähnlich argumentieren auch Susan George und Baker Vashee in ihren Beiträgen zur Politik und Ideologie von IWF, Welt-bank, EU und USA. Franz Nuscheler und Liisa Laakso stellen theoretische Überlegungen zur Übertragbarkeit westlicher Demokratiemodelle und zum Zusammenhang von kapitalistischer Rationalität und instrumentellem Demokratieverständnis im Süden an.

Ein für alle AutorInnen wichtiges Thema ist der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung , Staatsfunktion und den Perspektiven von Demokratisierungsprozessen. Die Koppelung von Strukturanpassungsprogrammen und Demokratisierungsauflagen hat nicht nur gravierende soziale Folgen, sondern führt auch zu einer Schwächung des Staates. Maßnahmen zum Abbau der Bürokratie und zur Reduzierung des Staatseinflusses auf die Wirtschaft, die von den internationalen Finanzorganisationen an den nationalen Parlamenten vorbei verordnet werden, schwächen genau jene Institutionen, um deren Stärkung und Legitimität es gehen müßte, wenn die Demokratisierungsprozesse im Trikont langfristig erfolgreich sein sollen. Hier klingt ein wenig die alte Staatsfixiertheit der der marxistisch inspirierten Linken an, die stets um einen funktionierenden starken Staat besorgt war.

Ein weiteres Problem ist die Verschärfung der Armut, die zu einer immer weiterreichenden Marginalisierung der (ländlichen) Bevölkerungsmehrheit in den jeweiligen Staaten führt. Diese wird von Claude Aké als Grundpfeiler der afrikanischen Demokratisierung bezeichnet. Solange die Demokratie den afrikanischen Eliten vorbehalten bleibe und sich an den Weltmachtverhältnissen nichts ändere, handle es sich nur um eine „Demokratisierung der Machtlosigkeit".

Neben Lateinamerika (Joel Rocamora, Xabier Gorostiaga) werden in diesem Band mit der Karibik und dem arabischen Raum zwei Regionen vorgestellt, die bei Oberreuter/Weiland nicht beachtet werden. Joe Stork und Azmi Bishara, zwei profilierte Kenner der Region, diskutieren den Zusammenhang zwischen „Öl, Islam, Israel" und das Verhältnis zwischen „Islam" und Demokratie. Niala Maharaj analysiert die aus ihrer Sicht gescheiterte Geschichte der Demokratie in Trinidad und Tobago im Vergleich zu anderen karibischen Staaten.

Die von Jochen Hippler herausgegebenen Beiträge dokumentieren das Dilemma linker Kritik an den herrschenden Realitäten im Süden, wenn es um Demokratie und Menschenrechte geht. Es ist schwierig und sinnlos, gegen die Forderung nach Einhaltung von Menschenrechten zu protestieren, nur weil sie sich in den Forderungskatalogen von Institutionen befindet, die nicht gerade als progressiv bekannt sind. Ebenso schwierig ist es, sich gegen Demokratisierung zu wenden, nur weil die Clinton-Administration sie auf ihr entwicklungspolitisches Schild gehoben hat.

Allerdings, die Allianzen, die so zumindest verbal entstehen könnten, sind höchst unerfreulich, doch die Suche nach Alternativen und Gegenentwürfen befindet sich erst in den Anfängen. Und so bleibt den linken Kräften wenig mehr, als die Entlarvung von Demokratisierungsrhetorik als Herrschaftsinstrument, der Hinweis auf die unverändert ungerechten und repressiven Wirtschaftsstrukturen und der eindringliche Appell, sich an die Schaffung „wahrer" Demokratie im Sinne von Partizipation der Marginalisierten zu machen. Demokratie als „die grundlegende Kategorie von Selbstbestimmung und Kontrolle über das eigene Schicksal" (Hippler S. 39) wird damit zum Bestandteil des linken Gegenentwurfes zur Demokratie als Herrschaftstechnik des Nordens über den Süden.

Cilja Harders

Jochen Hippler(Hg.): Demokratisierung der Machtlosigkeit. Politische Herrschaft in der Dritten Welt. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1994

Heinrich Oberreuter, Heribert Weiland(Hg.) : Demokratie und Partizipation in Entwicklungsländern. Schöningh, Paderborn 1994

Wer zuerst kommt, herrscht am längsten

Die tansanische Staatspartei sichert sich den Wahlsieg

Wie die Demokratisierung nicht nur als Herrschaftsinstrument des Nordens über den Süden, sondern auch autoritären Regimen zum Machterhalt dienen kann, zeigt der folgende Beitrag am Beispiel Tansanias. Die in diesem Jahr stattfindenden Wahlen werden die Macht der alten Staatspartei bestätigen.

Seit Ende der 80er Jahre sind auf dem afrikanischen Kontinent fast alle Einparteien- durch Mehrparteiensysteme ersetzt worden. Die Wege der 'Demokratisierung'[1] waren sehr unterschiedlich. Sie reichten von erkämpften Reformen (u.a. Benin, Kamerun, Gabun, Elfenbeinküste) bis zur Reform 'von oben', verordnet durch das herrschende Regime und ohne ersichtlichen Druck 'von unten' (Kap Verde, Guinea, Guinea-Bissau, Tansania).

Tansania ist ein Musterfall für die Demokratisierung 'von oben' und damit eher untypisch für Afrika. Jedoch lassen sich an diesem Beispiel Faktoren und Zusammenhänge verdeutlichen, die häufig wenig Beachtung finden und zudem Schlaglichter auf die Entwicklung in anderen Staaten werfen.

Der Beginn des 'Demokratisierungs'prozesses und der Debatte um die Einführung eines Mehrparteiensystems in Tansania kann auf den 21.01.1990 datiert werden. Auf einer Pressekonferenz übte der damalige Staatspräsident Nyerere deutliche Kritik an der Staatspartei CCM (Chama Cha Mapinduzi/Partei der Revolution). Diese habe sich zu sehr von den Massen entfernt. Als Konsequenz aus dem Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus leitete er ab, daß das Einparteiensystem kein Dogma sein dürfe. Die Zulassung von Oppositionsparteien dürfe nicht länger als Landesverrat angesehen werden, denn die Politik der CCM habe den TansanierInnen ein Gemeinschaftsgefühl als Nation vermittelt.

Damit waren bereits Anfang 1990 die Weichen gestellt. Die sich anschließende Periode der Diskussion über den Reformprozeß und die Möglichkeiten seiner Umsetzung dauerte bis 1992, dem Jahr, in dem ein neues Gesetz verabschiedet wurde, das die Zulassung neuer Parteien regelt. Sehr schnell und eindeutig auf Initiative der Staatsführung in der CCM erfolgte also der Schwenk zum demokratischen Parteienpluralismus. Fünf Jahre danach lassen sich in der Rückschau einige Hauptmotive für diese Initiative ausmachen.

Demokratie ohne Wurzeln

Der tansanische Weg ins Mehrparteiensystem hat keine Vorgeschichte im Land. Der Reformprozeß läßt sich hier nicht als Folge einer gesellschaftspolitischen Entwicklung erklären. Während in anderen afrikanischen Staaten insbesondere die wirtschaftliche Krisensitutation - bedingt u.a. durch die unsozialen Folgen der Strukturanpassungsprogramme - zu Legitimitätskrisen der Regime führte und Ausgangspunkt für Oppositionsbewegungen gewesen ist, war Tansania auch in den krisenreichen 80er Jahren eher ein Hort fast gespenstischer Ruhe. Der 'Demokratisierungs'prozeß ist hier allein auf exogene Faktoren zurückzuführen.

So kann im Fall von Tansania nicht von einer Legitimitätskrise, sondern allenfalls von einem Legitimitätsdefizit des Regimes ausgegangen werden. Dieses Defizit erwuchs zwar aus einer sich zuspitzenden wirtschaftlichen Situation, der um sich greifenden Korruption, der Handlungsunfähigkeit der CCM und dem Glaubwürdigkeitsverlust durch das Einschwenken auf die wirtschaftspolitsiche Linie der IWF-Strukturanpassungen, das mit einer sich verschärfenden gesellschaftlichen Polarisierung verbunden war. Zu keinem Zeitpunkt wurde jedoch dieses Defizit von irgendeiner gesellschaftlichen Gruppe als Angriffspunkt gegen die CCM genutzt. Nie wurden die Elemente des Legitimitätsdefizites zu Kristallisationspunkten einer möglichen Opposition. Die Regierung und die CCM hatten all die Jahre der wirtschaftlichen Krise unbeschadet überstanden, als dann auf äußere Faktoren reagiert werden mußte, um nicht von der politischen Bühne geschubst zu werden.

Der Sprung auf den Mehrparteienzug

Die rasanten Veränderungen in Osteuropa hatten in mehrererlei Hinsicht Auswirkungen auf den 'Demokratisierungs'prozeß. Allgemein wurde die Notwendigkeit zur Reform des politisch-institutionellen Rahmens in Tansania mit den Entwicklungen dort begründet. Tatsächlich hatten diese jedoch gar keinen direkten Einfluß auf das Land. Im Gegensatz zu etlichen anderen afrikanischen Staaten und Regimen war Tansania zu keinem Zeitpunkt finanziell und/oder wirtschaftlich von der SU abhängig. Vielmehr wirkte sich der internationale 'Klimawechsel' nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus aus: Die Handlungsspielraüme der Peripherie verengten sich nunmehr insgesamt erheblich. Dies galt schließlich auch für Tansania, dessen Führung die Konsequenzen der veränderten weltpolitischen Bedingungen antizipierte, auch ohne direkt betroffen zu sein.

Ebenso ist die Entscheidung, die Reformdiskussion zu eröffnen, wohl maßgeblich auf die Entwicklungen in Benin, Gabun, auf den Komoren und in anderen Staaten zurückzuführen. Die Prozesse dort waren durch Massendemonstrationen und Streiks gekennzeichnet und führten schnell zu Erfolgen - von Benin ausgehend z.B. zur Einrichtung von 'Runden Tischen' à la DDR, an denen lediglich der formale Übergang von einem Ein- zum Mehrparteiensystem diskutiert wurde, die 'Systemfrage' aber bereits entschieden war.

Eine solche Zuspitzung der Situation, in der die Staatspartei nicht mehr die Kontrolle über die Entwicklungen gehabt hätte, versuchte die CCM in Tansania durch die Vor-

wegnahme und Verordnung von Reformen zu vermeiden. Eben weil dieser Versuch erfolgreich war und kein nennenswerter Druck aus der Bevölkerung die CCM zu Reformen zwang, war es möglich, den Zeitpunkt der ersten landesweiten Parlamentswahlen bis 1995 hinauszuschieben. Damit gehört Tansania zu den Ländern, in denen der Zeitraum zwischen der Diskussion bzw. Forderung nach Reformen und den ersten Wahlen in einem Mehrparteiensystem am längsten andauert.

Entwicklungshilfeentzug als Wegbereiter?

Ein Klimawechsel war auch auf anderer Ebene Beweggrund für die Initiierung des Reformprozesses durch die Staatsführung: Nachdem Tansania in den 60er und 70er Jahren als Experimentierfeld für metropolitane Entwicklungsstrategen gedient hatte, machte die CCM in den 80er Jahren ausreichend Erfahrungen mit der wirtschaftspolitischen Konditionierung von Krediten und 'Entwicklungshilfe'. Tansania büßte letztlich die wirtschaftspolitische Autonomie ein und mußte - zunächst ohne Schirmherrschaft des IWF, dann ab 1985 unter 'Obhut' des Fonds - eines der üblichen Programme über sich ergehen lassen: Einsparungen in den Bereichen Erziehung und Gesundheit, Abwertung des Shilling, Privatisierung staatlicher Betriebe etc..

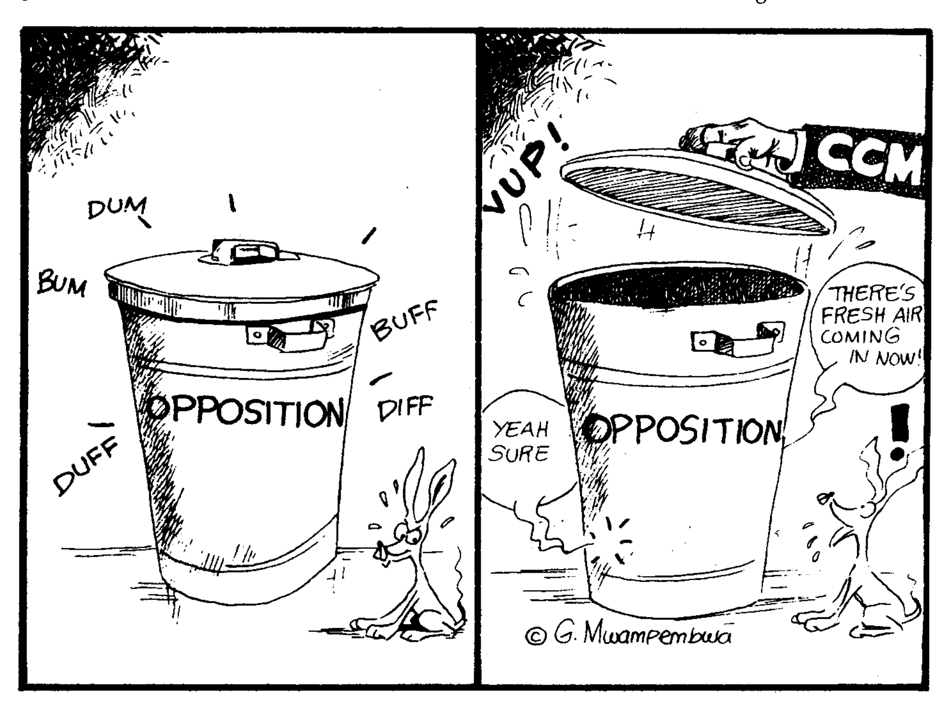
Auf dem Feld der 'Entwicklungshilfe' hatten bis dahin IWF und Weltbank nicht offen auf die politisch-institutionelle Ebene der Empfängerländer einwirken können. 1989 stellte die Weltbank nun in ihrer Langzeitperspektivstudie für Afrika politische Veränderungen als zentrale Voraussetzung für eine positive Entwicklungsperspektive in Afrika heraus. Auch von den 'Geberländern' wurden zunehmend Entwicklungshilfeleistungen an die Einführung von Mehrparteiensystemen geknüpft.

Auch wenn Tansania nicht einem solchen Druck ausgesetzt war wie einige frankophone Länder, so ist davon auszugehen, daß die Verschiebung in der Prioritätensetzung der Weltbank wahrgenommen worden ist. Noch bevor direkter Druck ausgeübt wurde, schwebte die Forderung nach Reformen durch den IWF, die Weltbank und 'Geberländer' bereits wie ein Damoklesschwert über der CCM und der Regierung. Auch in der politischen Konditionierung von 'Entwicklungshilfe' ist somit ein wichtiger Faktor zu sehen, der 1990 zum Beginn der Debatte um die Einführung eines Mehrparteiensystems beitrug.

In dieser doppelten Antizipation - zum einen der Protestbewegung und zum anderen der Forderungen des Nordens - zeigte sich deutlich das Ziel der CCM, auch unter den neuen Bedingungen an der Macht zu bleiben und den Übergangsprozeß ohne Gefährdung der eigenen Position über die Bühne zu bringen.

Demokratische Debatte um Demokratisierung

Vor diesem Hintergrund startete die CCM im April 1990 eine landesweite Diskussionskampagne über die Einführung eines Mehrparteiensystems. In Seminaren und Workshops wurde offen das Für und Wider eines Mehrparteiensystems diskutiert. Einigkeit herrschte innerhalb der CCM jetzt zudem über die Notwendigkeit einer möglichst breit geführten Debatte. So erhielt die maßgeblich von CCM-FunktionärInnen und hohen Staatsbeamten getragene Debatte großen Raum in der (Staats- und Partei-)Presse, vor allem in der Regierungszeitung Daily News.



Auch die nicht-CCM-orientierten Reformkräfte und BefürworterInnen des Mehrparteiensystems jeglicher Couleur bezogen sich zunächst immer wieder auf den Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Allerdings existierten keine einheitlichen Vorstellungen über resultierende Veränderungen. Für das Mehrparteiensystem wurde angeführt, daß die einsetzende Konkurrenz der Parteien zu mehr Verantwortlichkeit beitragen und eine effizientere Politik garantieren würde - etwa durch die Eindämmung von Korruption in einem kontrollierten Staatsapparat.

Von den GegnerInnen des Reformkurses wurde vor allem auf die Verdienste des Einparteiensystems verwiesen. Nur durch das Einparteiensystem hätte Tansania während der letzten 30 Jahre den Prozeß des *nation building* bewältigen und sich als nach innen befriedete Gesellschaft entwickeln können. Auch im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung sei es notwendig, daß nicht partikulare Interessen bei Wahlen miteinander konkurrierten. Zudem stehe zu befürchten, daß das Land mit der Einführung eines Mehrparteiensystems destabilisiert würde, da ethnische, religiöse und separatistische Inhalte von den Parteien befördert werden könnten. Gerade Erfahrungen aus anderen afrikanischen Ländern hätten gezeigt, daß der Parteienpluralismus nicht nur positive Auswirkungen auf die betreffenden Länder und ihre Entwicklungsmöglichkeiten gehabt habe.

Abseits der reformorientierten und der etatistischen Position setzten sich kleine intellektuelle Kreise für eine partizipationsorientierte Demokratisierung ein. Ihre VertreterInnen kritisierten die Einführung eines Mehrparteiensytems als einen Akt, der sich allein auf den politisch-institutionellen Rahmen beziehe. Für sie verband sich Demokratisierung maßgeblich mit Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Gesellschaft. Zur Umsetzung einer umfassenden Demokratisierung hielten sie eine *„popular democratic revolution"* für erforderlich. Deren TrägerInnen sollten *people's organisations* sein, die als freiwillige „Zusammenschlüsse von Arbeitern und Bauern auf der 'grass-roots'-Ebene [...], ihre eigenen unmittelbaren Interessen verteidigen und ihre eigenen demokratischen Praktiken aus konkreten Erfahrungen gewinnen"[2]. Damit sollte, wie schon bei der Konzeptualisierung von Ujamaa in den 60er Jahren, ein (allerdings leicht zu idealisierender) Bezug zu afrikanischen Traditionen hergestellt werden, wie sie z.B. das Palaver und die Konsensentscheidung darstellen.[3] Der Demokratiebegriff wird damit erweitert und der Mythos zerstört, Demokratie sei ein typisch europäisches Produkt.

Eine große, jedoch ebenso schillernde

Bedeutung in der Diskussion erlangte, wie vielfach in Afrika, der Begriff der *'civil society'*. Allgemein wurden in der Diskussion Gruppen, Organisationen und Institutionen als Bestandteile der *civil society* angesehen, in denen sich Menschen selbständig zusammenschließen, um ihre ökonomischen, sozialen oder politischen Interessen zu vertreten. Einige an der öffentlichen Diskussion Beteiligte wiesen der *civil society* die Funktion eines Puffers gegen den Staat zu. Auch im Tansania nach dem Reformprozeß, so die grundlegende Annahme, würden die Interessen der *civil society* mit denjenigen des Staates im Konflikt stehen. Die *civil society* schränke den Staat in seinem ihm unterstellten Streben nach Dominanz in allen Bereichen der Gesellschaft ein und komme eine große Bedeutung für die Umsetzung und Absicherung der Demokratie zu, da hier die Individuen Widerstand gegen Übergriffe und Repressionen des Staates organisieren könnten.

VertreterInnen der partizipationsorientierten Demokratisierung kritisierten die Diskussion in grundsätzlicher Form. Die Gesellschaft werde in der Debatte als zu homogen betrachtet. Der Klassencharakter der einzelnen Gruppen sowie ihre Position und Rolle auf dem Weg zu sozialer Transformation und Emanzipation war ihrer Meinung nach nicht genügend hinterfragt worden.

Eine substantielle Minderheit entscheidet

Bis zum Frühjahr 1991 war die Diskussion über die Reformen dadurch gekennzeichnet, daß sie sich auf die städtischen Gebiete und speziell auf die Hauptstadt Dar es Salaam konzentrierte. Um der Debatte eine breitere Massenbasis zu verschaffen, wurde die Einberufung einer Präsidentenkommission beschlossen. Im Februar 1991 nahm die Kommission ihre Arbeit auf und sammelte im Rahmen einer Tour durch das Land in zahlreichen öffentlichen Treffen und Befragungen Meinungen über das zukünftige politische System.

Die Arbeit der Kommission wurde ständig von der Presse begleitet, die über jeweilige 'Zwischenergebnisse' aus größeren Städten berichtete. Im Februar 1992 wurde der Abschlußbericht schließlich Präsident Mwinyi überreicht. Als Ergebnis der Befragungen und Diskussionen enthielt er die Empfehlung, das Einparteiensystem durch ein Mehrparteiensystem abzulösen. Grundlage dieser Empfehlung war eine 'substantielle Minderheit' von 21% der insgesamt 36.299 befragten Personen, die sich für eine Reform des Einparteiensystems ausgesprochen hatten.

Auch hier zeigten sich wiederum deutliche Unterschiede zwischen ländlichen und urbanen Gegenden. Der Anteil der BefürworterInnen war in den städtischen Zentren wie Dar es Salaam (29,7%) und Mwanza (37,8%) besonders hoch. Als ein weiteres Argument für die Einführung eines Mehrparteiensystems nannte der Bericht den hohen Anteil von Personen, die sich für einschneidende Reformen der CCM ausgesprochen hatten. Solche Reformen waren nach Auffassung der Kommission letztlich nur in einer pluralen Parteienlandschaft umsetzbar.

Bereits lange vor der offiziellen Bekanntgabe des Kommissionsberichtes hatte die CCM begonnen, intern Reformen ihrer Struktur vorzubereiten und durchzuführen. So diskutierte etwa im Mai 1991, einen Monat nachdem die Kommission ihre Befragungsttour überhaupt erst begonnen hatte, das Exekutivkomitee der CCM über die Notwendigkeit, die Massenorganisationen von der Partei zu lösen. Im November wurde dann die Gewerkschaftsbewegung JUWATA, eine der CCM beigeordnete Massenorganisation, aufgelöst und durch den unabhängigen Gewerkschaftsdachverband OTTU (Organisation of Tanzania Trade Unions) ersetzt.

Nachdem dann das Votum der Kommission bekannt gemacht worden war, wurde im Januar 1992 zunächst die Satzung der CCM geändert. Sie gab ihren Monopolstatus auf und gab unter dem Jubel der Delegierten den Weg zu einem Mehrparteiensystem frei. Die dazu notwendige Verfassungsänderung und ein Parteiengesetz wurden im Mai des Jahres verabschiedet. Direkt nach Inkrafttreten des Gesetzes setzte eine Parteigründungswelle ein, und nur zwei Wochen später waren bereits 43 Parteizulassungsanträge eingegangen.

Die Opposition formiert sich

Gesicherte Angaben über die soziale Zusammensetzung der Opposition lassen



„Denke daran, daß die Wahl geheim ist. Nur du und dein Gott wissen warum. Vertraue darauf, daß du mit deiner Stimme Veränderungen in Tansania herbeiführen kannst." - Informationsblatt der tansanischen Kirche

sich für Tansania derzeit nicht machen. So erklären einige Beobachter, daß die nationale Bourgeoisie sich offenbar nicht an den Aktivitäten der Opposition beteiligte und auf Nachfragen eine generelle Übereinstimmung mit der Politik der CCM unterstrich. Andere unterstellen der Bourgeoisie ein objektives Interesse an der Demokratisierung, da sich unter parteipluralistischer Organisation ihre Akkumulationsinteressen besser durchsetzen lassen. Gegen diese Annahme läßt sich im Fall Tansanias jedoch einwenden, daß diese Gruppe durch den wirtschaftlichen Liberalisierungskurs seit Anfang der 80er Jahre durchaus zufriedengestellt werden konnte. So scheint es zumindest angebracht, die Rolle der tansanischen Bourgeosie nicht überzubetonen.

Aus der städtischen Bevölkerung scheinen annähernd alle sozialen Schichten und Berufsgruppen in der Opposition vertreten zu sein, angefangen beim Lumpenproletariat über mittlere Angestellte des öffentlichen Dienstes bis zu den Intellektuellen der Universität. Die Stadtzentriertheit bedeutet allerdings für die Oppositionsbewegung vor allem den Ausschluß der Bäuerinnen und Bauern und ihrer Interessen aus der Diskussion. Auch hier wird deutlich, daß die tansanischen Metamorphosen des politisch-institutionellen Rahmens wenig mit einer emanzipatorischen und partizipationsorientierten Demokratie zu tun haben, da große Teile der Bevölkerung aus diesem Prozeß schlicht ausgeschlossen sind. Dieser Ausschluß großer Teile der Bevölkerung ist einer der Faktoren, die erklären, warum die CCM-Strategie der von oben verordneten Demokratisierung das Klassenziel Machterhalt erreichen und wohl auch über die nächsten 10-20 Jahre aufrechterhalten wird: Der Opposition fehlt zwei Jahre nach ihrer Legalisierung und der Parteienzulassung jegliche Basis auf dem Land. Hier hat die CCM einen organisatorischen und logistischen Vorteil, der fast unaufholbar ist. Größere Teile des Landes werden nicht einmal von der Regierungszeitung erreicht, von Oppositionsblättern ganz zu schweigen. Wenn sich einmal PolitikerInnen aufs Land verirren, dann am allerwenigsten die der Opposition - mit ihren geringen Mitteln haben sie in den Städten schon genug zu tun.

Innerhalb der Opposition hervorzuheben ist die Gruppe der Dissidenten und 'Geschaßten'. Dabei handelt es sich um Ex-Politiker der CCM, die nun durch das Mehrparteiensystem einen neuen Einstieg in die Politik suchen. Sie traten von Beginn des Diskussionsprozesses an wieder an die Öffentlichkeit und besetzten später führende Posten der Oppositionsgruppen und -parteien. Aus einer Liste von 34 Oppositionsparteien geht hervor, daß elf der Vorsitzenden entweder ehemalige CCM-Kader oder Staatsangestellte sind. Insbesondere für diese Staatsklasse der privilegierten Ex-Politiker verbindet sich mit der Oppositionspolitik

persönliches Machtstreben. Nicht zuletzt daran scheiterten Einigungversuche der Opposition, deren Wille zur Zusammenarbeit gering ist und die sich äußerst zersplittert präsentiert.

Der größte Teil der Parteien verfügt über kein Programm und auch daraus resultiert der Frust vieler TansanierInnen, die - teilweise zurecht - in den Oppositionsführern machthungrige Poltiker sehen. Die häufig zu vernehmende Ankündigung, bei den kommenden Wahlen das Kreuz hinter das Kürzel CCM zu setzen, demonstriert indirekt die Enttäuschung über die Opposition: Die CCM habe sich während ihrer Regierungszeit schon so stark bereichert, daß ihre PolitikerInnen einen relativ hohen Sättigungsgrad erreicht hätten. Von der Opposition sei nun lediglich zu erwarten, daß sie nach einem Wahlsieg versuchen würden nachzuholen, wozu die CCM Jahrzehnte gebraucht habe.

Das Verhalten der CCM gegenüber der sich langsam formierenden Opposition war auch nach der formalen Einführung eines Mehrparteiensystems von harter Polemik bis hin zu vereinzelten Veranstaltungsverboten gekennzeichnet. Der Opposition wurde beispielsweise prophezeit, sie würde von der CCM wie ein Mosquito zerquetscht. Auf der anderen Seite wurde auch nur die kleinste polarisierende Äußerung der Opposition genutzt, diese zur Zurückhaltung zu gemahnen. Die Opposition wurde letztlich als unnötiges Ärgernis empfunden. Der CCM ging es darum, die Äußerungsmöglichkeiten der Opposition als immer noch von ihrem Einverständnis abhängig erscheinen zu lassen. Jedoch war die Opposition zu keinem Zeitpunkt des Reformprozesses Repressionen ausgesetzt, die über verbale Verunglimpfung hinausgingen.

Das Verhältnis der CCM zur Opposition läßt einmal mehr Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihres 'Demokratisierungs'willens aufkommen. Selbst die formale Umsetzung des Mehrparteienprinzips wurde offensichtlich widerwillig vollzogen und stellte nur ein Mittel zum Zweck dar.

Parteien kommen und gehen - die CCM aber bleibt bestehen

Dem Regime ging es mit dem Prozeß der Demokratisierung nicht ernsthaft um die Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung - dazu hätten autoritäre Herrschaftsstrukturen durch Herrschaftskontrolle von 'unten', durch Mitbestimmung, Kooperation und möglichst Selbstbestimmung ersetzt werden müssen. Die Einführung des formalen Parteienpluralismus in Tansania war ein auf Machtabsicherung und -erhalt zielender Akt, der durch exogene Faktoren in Gang gebracht wurde. Entscheidend waren hier die weltpolitische Klimaveränderung durch das Ende der Ost-West-Konfrontation, die Gefahr einer innenpolitischen Zuspitzung in Nachahmung der 'Demokratisierungs'bewegungen anderer afrikanischer Länder und der absehbare internationale Druck auf die Regierung, ein Mehrparteiensystem einzurichten. Untypisch an der Entwicklung in Tansania ist der nicht nachweisbare Einfluß der wirtschaftlichen Krisensituation auf den Reformprozeß und das nicht erkennbare Interesse der nationalen Bourgeoisie an der Einführung eines Mehrparteiensystems. Typisch erscheint im Vergleich mit anderen afrikanischen Staaten hingegen die Rolle der Staatspartei, deren Motivation Machterhalt und deren Umgang mit den Reformen taktisch ist.

Es ist eine paradoxe Allianz, wenn diejenigen Akteure des Nordens, die das Projekt 'Demokratie für die Peripherie' mit neokolonialistischen Interessen vorantreiben und diejenigen, die es in ihren Ländern umsetzen, zwar unterschiedliche Ziele verfolgen - nämlich die einen den liberalen und schwachen Staat, die anderen ein Mittel zur Machtabsicherung - sich aber beide in ihrer anti-emanzipatorischen Grundhaltung treffen. Die Frage, ob ein Mehrparteiensystem, das vor dem Hintergrund äußerer Entwicklungen initiiert wird und lediglich den Machterhalt sichern soll, irgendetwas mit Demokratie zu tun hat oder in den nächsten Jahren haben wird, ist einfach zu beantworten: Mitnichten. Der Reformprozeß war gerade nicht auf Partizipation ausgerichtet, und die Opposition wird es schwer haben, überhaupt auf sich aufmerksam zu machen - einmal ganz abgesehen von ihrer eigenen Machtversessenheit und Bündnisunfähigkeit. Zu groß ist allein der organisatorische und logistische Vorsprung der CCM, den sie vermutlich auch über die nächsten 10 Jahre retten wird.

Tansania wird sich nach den Wahlen 1995 einreihen in eine längere Liste von afrikanischen Ländern, in denen sich durch die Einführung von Mehrparteiensystemen nichts geändert hat. Zwar bleibt festzustellen, daß sich die Konstitutionsbedingungen für partizipationsorientierte und emanzipatorische Politik durch die Einführung eines Mehrparteiensystems nicht gerade verschlechtert haben - die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Einfluß auf Politik genommen werden kann, haben sich auch in Tansania verbessert und für andere afrikanische Staaten gilt dies in gößerem Maße. Dennoch zeigt das Phänomen, daß sich auch in Ländern mit einer starken Opposition - wie z.B. in Kenia - unter den gepriesenen Bedingungen der Parteienkonkurrenz erneut das herrschende Regime durchsetzen kann, wie wenig Mehrparteiensysteme mit einer Demokratie zu tun haben, die mehr sein soll als ein bloß formaler Akt zur Besetzung von Positionen. Die Fortführung alter Herrschaften in neuem Gewand zeigt aber auch, daß man sich in den Metropolen verschätzen kann, wenn man meint, mit der Einführung von Mehrparteiensystemen in der Peripherie ein Nachhilfeprogramm für den liberalen Staat ins Leben rufen zu können. Ein zugegeben schwacher Trost, daß das Metropolenprojekt "Demokratisierung der Peripherie" aufgrund seines (im tiefsten marxschen Sinne als notwendig falsches Bewußtsein) ideologischen Charakters scheitern muß.

Stefan Neubacher

Anmerkungen:

1) Demokratisierung in Anführungszeichen soll deutlich machen, daß unter Demokratisierung gemeinhin lediglich die Einführung von Mehrparteiensystemen gemeint ist und andeuten, daß ein anderes Demokratieverständnis vonnöten ist.

2) Rainer Tetzlaff, Afrika auf dem Weg zum Mehrparteiensystem, afrika spectrum, Nr. 90/3, S.335-342.

3) Vgl. E. Wamba-dia Wamba, Das Palaver als Praxis von Kritik und Selbstkritik, in: Peripherie, Nr.35. Das Palaver bezeichnet eine öffentliche Diskussion aller (z.B. DorfbewohnerInnen oder Clanangehörige) zur Lösung von Problemen, Konflikten und Widersprüchen.

Suppenküche und Guerilla

Frauen im Demokratisierungsprozeß



Frauen sind oft maßgeblich in Protestbewegungen engagiert. Während der Demokratisierungsprozesse treten sie dann kaum noch in Erscheinung. Zum einen, weil die Demokratie der Männer sie meist ausschließt. Zum anderen wird die Rolle von Frauen erst gar nicht in den Blick genommen, weil sie einem männerorientierten Politikverständnis nicht entspricht. Feministinnen tun sich allerdings mit Frauen ebenfalls schwer, die sich als Mütter engagieren.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre brachen sich die Wellen der Demokratisierung in fast allen Regionen der 'Dritten Welt' Bahn. Politikwissenschaftler zählen etwa 40 Länder, in denen Diktatoren vertrieben, durch Wahlen aufs politische Altenteil geschickt oder in ihrer Alleinherrschaft erschüttert wurden. Frauen spielten dabei eine wichtige Rolle. Sie demonstrierten gegen die Bluttaten der Militärregime, organisierten Suppenküchen oder kämpften in Guerilla-Bewegungen. Weltweit bekannt wurden die 'Mütter von der Plaza de Mayo' in Argentinien, die jeden Donnerstag nachmittag mit den Bildern ihrer verschollenen Kinder auf die Straße gingen und deren Rückkehr forderten. Ihr Protest wirkte wie ein Katalysator für die Delegitimierung der Militärherrschaft.

Die konventionelle Transitionsforschung, die sich mit dem Übergang von autoritären in demokratische Regime befaßt, hat dies jedoch kaum berücksichtigt. Sie klammert das Geschlechterverhältnis aus und bleibt gegenüber den Politik-Strategien von Frauen blind. Eine geschlechtsspezifische Demokratisierungsanalyse hingegen muß Frauen als Akteurinnen in den Mittelpunkt stellen und herausarbeiten, welche Rolle Frauen bei Transitionsprozessen spielen. Sie muß aber auch kritisch den normativen Gehalt vieler Transitionsansätze hinterfragen, die Demokratisierung als rundum positive Entwicklung werten. In Bezug auf das Geschlechterverhältnis wirft das vor allem die Frage auf, welchen Einfluß die Demokratisierung auf den politischen Alltag von Frauen hat.

Den herrschenden Demokratisierungsansätzen liegt ein Politikbegriff zugrunde, der das politische Geschehen von oben, aus einer 'top-down'-Perspektive beleuchtet. Er ist eng verknüpft mit der Vorstellung kompetitiver Eliten, die an der Spitze von Institutionen und Interessengruppen stehen. Politik stellt sich so vor allem als männerdominierte Partei- und Regierungspolitik dar. Nur wenige Frauen finden Zugang zu den politischen Führungszirkeln. Zugleich blendet der Eliten-Ansatz genau diejenigen politischen Aktivitäten aus, in die Frauen am stärksten involviert sind: soziale Protestbewegungen.

Konstitutiver Ausschluß

Die feministische Auseinandersetzung mit den philosophischen Grundlagen von Demokratie und Partizipation hat deutlich gemacht, daß der Ausschluß von Frauen aus der politischen Sphäre mehr als nur „historische Blindheit" ist, die sich durch eine Ausdehnung des (politischen) Gleichheitsbegriffs leicht beheben ließe. Der Ausschluß von Frauen ist für die westlich-liberale Demokratietheorie geradezu konstituiv. Das Konzept der bürgerlichen Öffentlichkeit impliziert eine getrennt von ihr existierende private Sphäre. Und genau diese Trennung verhindert eine gleichberechtigte Teilhabe der Frauen am öffentlichen Leben. Um den unterschiedlichen Zugriff von Frauen und Männern auf das politische Geschehen erfassen zu können, fordert die feministische Partizipationsforschung daher eine Erweite-

rung des herrschenden Politikbegriffs.

Das heißt, daß das soziale Engagement und Interesse von Frauen, der gesamte Bereich des Nicht-Öffentlichen mitberücksichtigt werden muß. Ebenso wichtig ist die Thematisierung des Geschlechterverhältnisses. In einigen Studien zu sozialen Bewegungen wird zwar mit einem Politikbegriff der 'bottom-up'-Perspektive gearbeitet. Ausgeblendet bleibt aber, daß sich viele Frauen gerade aufgrund ihres sozialen Geschlechts engagieren. Frauen, die ihrem Selbstverständnis nach nicht als politische Aktivistinnen, sondern als Hausfrauen oder Mütter auf die Straße gehen, fallen so durch das Analyseraster.

Der zweite Kritikpunkt der feministischen Theorie richtet sich gegen den engen Gleichheitsbegriff der meisten Demokratisierungsansätze. Sie knüpfen Gleichheit an nur zwei Grundbedingungen: gleiches Wahlrecht und gleiches Recht zu kandidieren. Ungleiche ökonomische und soziale Bedingungen, die Frauen nachweislich in der Ausübung politischer Ämter benachteiligen, spielen keine Rolle. Auch die gesellschaftliche Machtverteilung, insbesondere was das Geschlechterverhältnis anbelangt, bleibt durch das enge Gleichheits- und Demokratieverständnis unberücksichtigt.

In der Regel beziehen sich konventionelle Transitionsansätze auf Varianten des funktionalistischen Demokratiebegriffs Schumpeterscher Prägung. Danach ist Demokratie nurmehr eine „Methode", um politische Führerschaft zu legitimieren. Ihre Minimal-Bedingungen sind freie und regelmäßig wiederkehrende Wahlen, freie Konkurrenz der Kandidaten und allgemeines Wahlrecht. Mit diesem minimalistischen Demokratiekonzept werden nicht nur die Ideale der klassischen Demokratietheorie über Bord geworfen, sondern auch feministische Forderungen nach einer stärker partizipationsbetonten Demokratiedefinition ignoriert.

Die Kritik am konventionellen Partizipations- und Gleichheitsbegriff hat gezeigt, daß eine bloß institutionelle Perspektive gegenüber den Handlungsmöglichkeiten und -beschränkungen von Frauen blind bleibt. Das politisch-soziale Engagement von Frauen kann nur erfaßt werden, wenn Demokratisierungsprozesse als gesamtgesellschaftliche Veränderungen verstanden werden. Eine geschlechtsspezifische Transitionsanalyse kann deshalb auf eine weitergefaßte Demokratisierungs-Definition nicht verzichten.

Georgina Waylen hat für ihre Untersuchung von Demokratisierungsprozessen in Lateinamerika sowie Mittel- und Osteuropa einen Fragenkatalog entwickelt, der Frauen als Akteurinnen in den Mittelpunkt stellt. Vier Fragen dienen im folgenden als Eckpunkte eines Analyse-Rahmens für Demokratisierungsprozesse:

- Unter welchen Bedingungen entstehen Frauenorganisationen?
- Worin unterscheiden sich diese Gruppierungen?
- Welche Rolle spielen sie im Transitionsprozeß?
- Welchen Einfluß hat die Demokratisierung auf das Geschlechterverhältnis in bezug auf die Repräsentation von Frauen in demokratischen Institutionen und in Bezug auf autonome Frauenorganisationen?

Der Staat und die Frauen: Ignoranz als Chance?

Soziale Bewegungen in der 'Dritten Welt' werden in der Regel als Reaktion auf die rücksichtslose Politik autoritärer Regime oder als Folge der miserablen wirtschaftlichen Bedingungen gesehen. So war die 'Vereinigung der Familienangehörigen der verhafteten Verschwundenen', der fast ausschließlich Frauen angehörten, die erste Organisation, die 1974 öffentlich gegen die Dikatur Pinochets in Chile protestierte. In den 80er Jahren, als die Verschuldungskrise in vielen Ländern Lateinamerikas die Reallöhne drastisch sinken ließ und die Arbeitslosenquote nach oben trieb, organisierten Frauen in den Armenvierteln Selbsthilfegruppen zur Subsistenzsicherung. Repression und Rezession - oder, allgemeiner formuliert, die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind der Nährboden, auf dem Frauenorganisationen wachsen können. Ob sie tatsächlich Wurzeln fassen, hängt aber wesentlich auch von den Akteuren in der sozio-politischen Arena ab.

In vielen Ländern Lateinamerikas war es ausgerechnet die konservative katholische Kirche, die Frauen dazu ermutigte, sich in Mütter- oder (Haus-)Frauen-Zirkeln zusammenzuschließen. Zumindest in Chile erwuchsen daraus auch politische Forderungen nach mehr Kindertagesstätten oder anderen Sozialleistungen. Gleichzeitig machten Aktivistinnen und Aktivisten der politischen Linken in den Armenvierteln mobil und organisierten Basisgruppen.

Noch wichtiger waren die Handlungsspielräume, die die autoritären Regime selbst den Frauen gewährten. Dafür gab es zwei Gründe: Zum einen schätzten die Machthaber die Aktivitäten von Frauen offenbar als nicht sehr bedrohlich ein. Denn Frauen wie die Mütter von der Plaza de Mayo nutzten ja gerade ihre traditionelle Rolle als Speerspitze des Protestes. Den wertkonservativen Regimen war es damit kaum noch möglich, gegen die demonstrierenden Mütter vorzugehen. Der zweite und wichtigere Grund aber war ein „Systemfehler" der Militärregime. Sie versuchten, jegliche konventionelle Oppositionspolitik zu verhindern, wodurch sich das politische Geschehen von der Institutionenebene auf die lokale gesellschaftliche Basis verlagerte. Das eröffnete den außerhalb der konventionellen Polit-Arena organisierten Frauen nicht nur die Möglichkeit, neue politische Partizipationsformen zu erproben, sondern rückte sie auch mehr in das Bewußtsein der Öffentlichkeit. So werteten die autoritären Regime ungewollt das politische Engagement von Frauen auf.

Damit erweist sich die neuere feministische Staatsdebatte, die in ihrer jüngsten Entwicklung den Staat als Männerbund charakterisiert, möglicherweise als zu eingleisig. Denn sie geht davon aus, daß sich die Ethik des Staates „an der Hürde zur egalitären Veränderung letztlich immer als männliche" erweist (so Eva Kreisky) und damit Frauen politisch marginalisiert. Das lateinamerikanische Beispiel zeigt aber, daß der männerbündische Staat - zumindest als nicht-intendierte Folge seiner Handlungen - auch Frauen Entfaltungsmöglichkeiten eröffnet.

Anders sah die Lage während der Demokratisierungsprozesse Ende der 80er Jahre in mittel- und osteuropäischen Ländern sowie im heutigen China aus. Dort erwies sich der Staat eher als Hemmschuh für das Engagement von Frauen. Die staatlichen Repressionen reichten bis an die gesellschaftliche Wurzeln hinab. Unabhängige (Frauen-) Organisationen waren verboten. Die Mobilisierung einer politischen Opposition gestaltete sich deshalb ungleich schwieriger als in den meisten lateinamerikanischen Staaten. Als weiteres Hindernis kam in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas das rasante Tempo des gesellschaftlichen Wandels hinzu. Die Phase der politischen Öffnung war vielfach so kurz, daß unabhängige Gruppierungen erst am Aufkeimen waren, als sich das politische Geschehen bereits wieder auf die (jetzt formal demokratisierte) Institutionenebene verlagerte.

Darüberhinaus war der Feminismus als Befreiungsbewegung im real existierenden Sozialismus ohnehin diskreditiert. Denn anders als in den bürgerlichen Gesellschaften, wo Frauen um ihre Rechte kämpfen mußten, hatten die sozialistischen Regime Frauenrechte von oben gewährt. In China hat die Kommunistische Partei den Emanzipationsgedanken bis heute vereinnahmt und beraubt ihn damit seiner gesellschaftskritischen Schärfe.

Halten wir also fest: Der Staat ist per se weder ein Feind noch ein Freund der Frauen. Um die Bedingungen für das Entstehen von Frauenorganisationen zu bewerten, muß die Rolle aller Akteure in der Sozialen-Protest-Arena jeweils im Einzelfall herausgearbeitet werden. Erst dann kann sich zeigen, ob der Staat nun als fürsorglicher oder autoritärer „Vater Staat" oder in einer neutralen Funktion agiert.

Die Differenz macht's

Die Ägypterin Chandra Talpade Mohanty kommt in ihrer Untersuchung von feministischen Studien über den Trikont zu dem



In Protestbewegungen sprengen Frauen häufig Rollengrenzen

bemerkenswerten Ergebnis, daß westliche Feministinnen Frauen in der Regel als eine bereits konstituierte und kohärente Gruppe beschreiben, die in familiäre, rechtliche und andere Strukturen eingebunden sind. Anstatt zu untersuchen, wie Frauen durch diese Strukturen konstituiert werden, definieren sie Dritte-Welt-Frauen als Wesen außerhalb von sozialen Beziehungen. Mohanty bezeichnet das als die „Kolonialismus"-Falle, in der die Dritte-Welt-Frau unhinterfragt als religiös, traditionell, häuslich usw. kategorisiert wird. Für eine Demokratisierungsanalyse ist das fatal. Denn gerade hierfür sind die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten von Frauen zentral, die durch eine vereinheitlichende und ahistorische Perspektive zu einem undifferenzierten Einheitsgemenge zerfließen.

Um dieser Falle zu entgehen, fächern Guida West und Rhoda Blumberg das politische Engagement von Frauen nach unterschiedlichen Partizipationsformen auf. Aus einem weltweiten Vergleich sozialer Bewegungen entwickeln sie vier Idealtypen von Handlungsmotivationen, die Frauen zu politischem Engagement veranlassen.

Typ 1 umfaßt alle Aktivitäten, die sich auf das direkte ökonomische Überleben beziehen. Dazu zählen Hunger- und ArbeiterInnenaufstände ebenso wie Suppenküchen oder Protestaktionen für soziale Rechte. Sie sind meist auf der lokalen Ebene angesiedelt und werden zu einem gewichtigen Teil von Frauen getragen. Schätzungen zufolge sind in brasilianischen Bewegungen 80 Prozent aller Mitglieder Frauen. Sie engagieren sich, wie überall, wo es um „Butter und Brot"-Interessen geht, meist unmittelbar aus ihrer sozialen Rolle heraus - als Hausfrauen und Mütter. Dabei spielen Familien- und Nachbarschaftsnetzwerke zur Durchsetzung von Interessen eine wichtige Rolle.

Typ 2 bezieht sich auf nationalistische, ethnische sowie politische Befreiungs- und Protestbewegungen, wie etwa die von zahlreichen Frauen mitgetragene Antiapartheid-Bewegung in Süd-Afrika. In diese Kategorie gehören aber auch rechte Gruppierungen zur Erhaltung des politischen Status quo. So konnten Diktatoren wie Marcos oder Pinochet mit der Unterstützung konservativer Frauenorganisationen rechnen.

Frauen in sozialen Protest- und Befreiungsbewegungen haben häufig eine Katalysatorfunktion. Gerade in Repressionszeiten sprengen sie ihre Rollengrenzen und treten als politische Kämpferinnen auf den Plan. Um so mehr mag es erstaunen, daß auch ein Teil dieser Frauen den politischen Kampf maternalistisch begründet: als Kampf für das Wohl der Familie. Innerhalb von Protestbewegungen werden frauenspezifische Themen allerdings oft unterschlagen, um nach außen hin eine einheitliche Front zu wahren.

Typ 3 bezeichnet Aktivitäten, die sich humanistischen und fürsorglichen Fragen im weiteren Sinne widmen. Beispiele sind Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen, sowie Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, zu denen auch die Mütter von der Plaza de Mayo zählen. Frauen rechtfertigen ihr Engagement in diesen Gruppierungen oft mit der Ausdehnung ihrer Mutter- und Hausfrauenrolle auf die gesellschaftliche Ebene. Deshalb werden sie häufig als „moralische Reformerinnen" verkannt. Die politische Dimension ihres Engagements bleibt verborgen.

Typ 4 umfaßt Gruppen, die explizit für Frauenrechte oder die Rechte bestimmter Frauengruppen (Prostituierte, geschlagene Frauen, arme Frauen usw.) eintreten. Ihre Mitglieder sind in der Regel Frauen aus der Mittelschicht, sogenannte Professionals. Sie entsprechen von allen vorgestellten Typen am ehesten dem westeuropäischen Verständnis von Feminismus. Dennoch vermeide ich bewußt diese Bezeichnung.

Exkurs: Die Fallstricke des Feminismus

Dazu eine grundsätzliche Anmerkung: Nur wenige Frauen außerhalb des europäischen und nordamerikanischen Kontinents würden sich selbst als Feministinnen bezeichnen. In Asien, Lateinamerika und Afrika wird Feminismus in der Regel als westlicher Import betrachtet und mit den Differenzstrategien der westlichen Frauenbewegungen gleichgesetzt. Frauenrechte einzufordern, heißt in der westlichen Tradition, sie gegen Männer zu erkämpfen. In außereuropäischen Ländern treten Frauen für ihre Rechte auch gemeinsam mit Männern ein. Die Abgrenzung zwischen den Geschlechtern hat hier eine viel geringere Bedeutung.

Eine deutsche Frauengruppe, die 1992 verschiedene Frauenorganisationen in Uruguay besuchte, ist bei ihren Interviews immer wieder auf diesen Unterschied gestoßen: „Wir haben viele Frauen getroffen, die in ihrer Praxis das verwirklichen, was wir als linke feministische Politik verstehen würden. Aber diese Frauen würden ihren Ansatz und die praktische Arbeit, die sie leisten, z.B. in den Gewerkschaften, nie als feministisch bezeichnen.(...) Ihrer Ansicht nach führt diese Trennung (zwischen den Geschlechtern) nur dazu, daß feministische Themen noch isolierter diskutiert werden, und es den Männern zu einfach gemacht wird, sich damit nicht mehr auseinanderzusetzen."

Der Begriff „Feminismus" birgt außerdem ein Problem in sich, das sich erst auf den zweiten Blick erschließt: Er impliziert exklusiv politisch-strategisches Handeln. Frauen, die nicht unmittelbar für ihre Rechte eintreten, sondern für die an erster Stelle Lebenssicherung und Fürsorge (Typ 1 und 3) stehen, werden damit als unpolitisch disqualifiziert. Das gilt vor allem vor dem Hintergrund des deutschen Feminismus, der eine deutlich mütterfeindliche Tendenz hat. Dahinter mag die Erfahrung des Nationalsozialismus und seine Vereinnahmung der Mütter stehen. In anderen Ländern jedenfalls haben Frauen ein ungebrocheneres Verhältnis zu ihrem Muttersein. Gerade Lateinamerika ist weltweit zum Hort eines mütterzentrierten Feminismus geworden.

Wer Frauen, die für ihre verschollenen Kinder auf die Straße gehen oder in den Suppenküchen der Armenviertel am Herd stehen, dennoch nur als Reproduzentinnen einer traditionellen Rollenverteilung sieht, gerät in die von Mohanty beschriebene Kolonialismus-Falle. Er/Sie nimmt Frauen als rückständig wahr, weil sich ihr Engagement in den Kategorien des westlichen Feminismus (deutscher Prägung) nicht fassen läßt. So gerät auch die politische Dimension weiblichen Handelns aus dem Blick.

Frauen engagieren sich aber nur in den seltensten Fällen für abstrakte Ziele wie „Demokratisierung". Sie betreten die soziopolitische Arena vielmehr aufgrund konkret erfahrener gesellschaftlicher Um- und Mißstände. Erst aus dieser erhöhten Konfliktbereitschaft können dann Demokratisierungsprozesse - gleichsam als Nebenprodukte - erwachsen.

Viele Frauen rechtfertigen ihr Eindringen in die öffentliche Sphäre als Verlängerung der „weiblichen" Fürsorgepflicht auf den Stadtteil, die ethnische Gruppe oder die Nation. Die „maternalistische" Legitimationsstrategie ist gleichsam ihre Eintrittskarte in den Bereich des Politischen, mit der sie den als unpolitisch definierten weiblichen Tätigkeitsbereich verlassen können. Dabei kann sich im Laufe der Zeit auch ein Bewußtsein für die eigene gesellschaftliche Benachteiligung als Frau entwickeln. So gründeten Bewohnerinnen der chilenischen Armenviertel, die in Kinderspeisestätten und Gemeinschaftsküchen mitarbeiteten, 1980 ein „Komitee zur Verteidigung der Rechte der Frau" (CODEM).

Frauen im Demokratisierungsprozeß

Das politische Handeln von Frauen hat, je nach Phase des Transitionsprozesses, eine unterschiedliche Funktion. In Lateinamerika spielten Frauenorganisationen zu Beginn des politischen Wandels eine wichtige Katalysatorrolle, wurden dann aber immer mehr in den Hintergrund gedrängt. In Chile und Argentinien waren die „Madres" die ersten, die öffentlich und in unkonventioneller Form gegen die Militärregime protestierten. Dadurch öffneten sie nicht nur den Raum für weitere Proteste, sondern halfen auch, die Legitimation der Machthaber zu untergraben. Die Militärs ließen sich auf Verhandlungen mit der politischen Opposition ein, weil ihr Rückhalt in der Bevölkerung immer schwächer wurde. Deshalb dürfen Frauen- und allgemein soziale Bewegungen in einer Demokratisierungsanalyse nicht ignoriert werden, denn häufig sind sie es, die Transitionsprozesse auslösen.

In der zweiten Phase der Transition spielen Frauenorganisationen allerdings kaum noch eine Rolle. Denn in diesem Stadium verlagert sich das politische Geschehen von der gesellschaftlichen auf die politisch-institutionelle Ebene. Parteien, Verbände und andere organisierte Interessengruppen stehen jetzt im Vordergrund und marginalisieren die Aktivitäten von Frauen. Nur in Phasen des Systemwandels, wenn die Machtverteilung brüchig ist und das Interessenmonopol von Parteien aufgebrochen wird, haben Frauen eine Chance, entscheidend in der Politik mitzumischen.

Das Fazit ist ernüchternd: Selbst wenn Frauen in der Anfangsphase der Transition eine Schlüsselrolle spielen, ist das keine Garantie dafür, daß sie auch während der Konsolidierung der Demokratie Einfluß auf das politische Geschehen haben.

Die Schlüsselrolle von Frauen bei der Delegitimierung autoritärer Regime hat in Lateinamerika zwar zu einer begrenzten Feminisierung der Politik geführt - das Geschlechterverhältnis wurde Teil der politischen Agenda. Vor allem Parteien des linken Spektrums griffen Frauenthemen auf und versuchten so, sich die Stimmen der Wählerinnen zu sichern. Wo es aber um



Die 'Mütter vom Plaze de Mayo'

Fragen der Machtverteilung ging, erwiesen sich die jungen Demokratien als „closed shops". In keinem der Länder sind heute mehr als zehn Prozent der Parlamentsmitglieder Frauen. Auch die hohen Regierungsposten sind überwiegend von Männern besetzt.

Die Ironie des weiblichen Ausschlusses aus der Politik zeigt sich besonders deutlich in Indien. Hier waren vor der Unabhängigkeit zehn Prozent der wegen antikolonialen Widerstands Inhaftierten Frauen. Nach der Unabhängigkeit gelang es ihnen aber nie, mehr als acht Prozent der Parlamentssitze einzunehmen.

Für die Unterrepräsentation von Frauen in der Politik spielen insbesondere parteiinterne Barrieren eine wichtige Rolle. Dazu zählt an erster Stelle die Zeitstruktur von Parteiarbeit. Während Männer in der Regel keinen häuslichen Stundenplan im Hinterkopf haben und über ausreichend Zeit für politische Treffen verfügen, bedeutet dies für Frauen oft eine Doppelbelastung. Denn sie müssen Familienarbeit und politische Arbeit zugleich bewältigen. Am Zeitfaktor stößt auch die feministische Forderung nach einem umfassenderen Partizipationsbegriff an ihre Grenzen. Je höhere Anforderungen an Partizipation gestellt werden, desto mehr steigt die Wahrscheinlichkeit, daß das dafür nötige Engagement nur von wenigen aufgebracht wird.

Darüberhinaus ist auch der Rekrutierungspozeß politischer Eliten an männlichen Biographien ausgerichtet. Wer in einer Partei Karriere machen will, muß sich zuerst in Basis- oder Vorfeldorganisationen bewähren. Bei der Aufsstellung von Wahllisten werden Frauen ebenfalls benacheiligt und müssen häufig mit den hinteren Listenplätzen Vorlieb nehmen. Schließlich sind Frauen auch mit einem aktiven Diskriminierungsverhalten von Männern konfrontiert. Nicht selten müssen sie sich den Vorwurf der Inkompetenz gefallen lassen oder werden nicht ernst genommen. Dies führt dazu, daß Frauen selbst dann aus der institutionellen Politik ausgeschlossen bleiben, wenn sie



Frauen und andere Mythen

formal die gleichen Zugangsrechte haben.

Besonders brisant ist die Lage in Mittel- und Osteuropa. Denn hier hat die Aufhebung des Quotensystems dazu geführt, daß sich der politische Status quo von Frauen im Zuge der Demokratisierung sogar verschlechterte. Der Anteil von Frauen in den Parlamenten sank im Durschnitt von 33 Prozent auf magere zehn Prozent.

Bei den autonomen Frauenorganisationen sehen die Entwicklungstendenzen im Zuge der Demokratisierung noch erbärmlicher aus. Einer der häufigsten Trugschlüsse in der Analyse sozialer Bewegungen ist der, daß Frauen im Verlauf ihres sozialen und politischen Engagements auch für die Unterdrückung ihres Geschlechts sensibilisiert würden, was zu einer stärkeren Solidarität unter Frauen führen soll. Völlig unklar bleibt aber dabei, warum sich Frauen, die als Hausfrauen oder Mütter politisch aktiv sind, zwangsläufig in feministische Kämpferinnen verwandeln sollen. Zum anderen werden durch das Heraufbeschwören einer Frauensolidarität genau die Differenzen zwischen den Frauen verwischt, die in Demokratisierungsprozessen besonders deutlich zu Tage treten: ökonomische und auch ethnisch begründete Trennlinien.

Veronika Schild hat das sehr anschaulich am Beispiel der 1991 gegründeten chilenischen Frauenbehörde „Servicio Nacional de la Mujer" (SERNAM) nachgewiesen (siehe hierzu den folgenden Artikel in diesem Heft). Ihr Resumee: Kämpfe im Namen von „weiblichen Bedürfnissen" und „Frauenrechten" bringen letztlich die „Anderen", die sich nicht in solchen Identifikationsmustern wiederfinden, zum Schweigen. Eine geschlechtsspezifische Transitionsanalyse muß daher auch die gesellschaftlichen Gegensätze entlang von Klassenlinien und/oder ethnisch formulierten Unterschieden, die sich in Frauenbewegungen widerspiegeln, zum Thema machen.

Mythenbildung zur Rechtfertigung: Die unpolitische Frau

Wer Gleichheit nur an gleiches Wahlrecht und formal gleichen Zugang zu politischen Ämtern knüpft, übersieht, daß ökonomische und soziale Bedingungen unüberwindbare Hindernisse für politisches Engagement sein können. So bleibt die konventionelle Transitionsforschung mit viel Optimismus blind für die Nachteile der institutionellen Demokratisierung: Die Demokratisierung politischer Institutionen hat es Frauen kein bißchen leichter gemacht, Zugang in die konventionelle Politik zu finden.

Auch das Engagement von Frauen während des Transitionsprozesses ist keine Eintrittskarte in die institutionelle Politik. Frauen mögen zwar formal gleiche Zugangsrechte in die Politik haben, aber in der Praxis sorgen subtile Ausschlußmechanismen dafür, daß die Machtverteilung zwischen den Geschlechtern ungleichgewichtig bleibt.

Der Mainstream der Partizipationsforschung argumentiert freilich genau umgekehrt. An die Stelle von Ausschlußmechanismen setzt er ein weibliches Defizit an politischem Interesse, das meist mit der Sozialisation von Frauen auf die unpolitische Hausfrauen- und Mutterrolle begründet wird. Dahinter steht ein Konzept, das am Leitbild eines männlichen Politikverständnisses ausgerichtet ist. Aber anstatt dieses Leitbild zu thematisieren, werden objektive Partizipationshindernisse den Frauen in die Schuhe geschoben. So reproduziert die herkömmliche Partizipationsforschung den Mythos von der unpolitischen Frau.

Dagegen fächert die feministische Partizipationsforschung das vermeintliche Politikdefizit von Frauen nach zwei Aspekten auf. Einerseits sind es die erwähnten Ausschlußmechanismen, die parteipolitisch engagierte Frauen auf ihrem Weg in die Parlamente ausbremsen. Andererseits läßt sich bei vielen Frauen aber auch eine Verdrossenheit an der institutionellen Politik beobachten. Birgit Sauer führt das auf ein anderes Partizipationsverhalten von Frauen zurück: „Soziale Bewegungen sind offensichtlich eine adäquatere Organisationsform für Frauen: Sie agieren in kleinen, überschaubaren Einheiten mit eher informellen Strukturen und bieten somit die Chance unmittelbaren Einflusses." Dazu kommen eine geringere Formalisierung des Handelns in sozialen Bewegungen und eine weniger hierarchische Organisation, in der meist konkrete Themen aus der unmittelbaren Lebensumwelt verhandelt werden. Die von Männern geprägten politischen Institutionen lassen für ein eher basisdemokratisches Politikverständnis aber so gut wie keinen Raum und verdrängen es in den „vorpolitischen" Bereich. Aus feministischer Sicht liegt darum in der männlichen Prägung des Politik- und Öffentlichkeitsbegriffs das Defizit.

Nur im Verlauf von Demokratisierungsprozessen, wenn die Institutionen geschwächt und Machtstrukturen brüchig sind, haben Frauen eine Chance, das politische Geschehen entscheidend mitzubestimmen. Die konventionelle Transitionsforschung hat dafür aber keinen Blick, weil sie ihre Perspektive auf Eliten und institutionelle Veränderungen einengt. Eine geschlechtsspezifische Demokratisierungsanalyse muß deshalb um so tiefer, bis zur gesellschaftlichen „Graswurzel" hinabreichen. Denn hier sind die Handlungsspielräume für Frauen am größten, und hier bringen Frauen mit ihrem Engagement die autoritären Regime mitunter in schwere Legitimationskrisen.

Stefanie Sifft

SERNAM weiß, was Frauen wünschen

Chiles neue staatliche Frauenorganisation verliert den Kontakt zur Basis

Frauenbewegungen haben in Chile das Ende der Militärdiktatur eingeläutet. Im demokratischen Chile wurde ein „Nationaler Frauendienst" gegen Diskriminierung und Ungleichheit institutionalisiert. Heute bestimmt nicht die Frage nach Integration oder Autonomie, sondern die Klassenzugehörigkeit über die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen.

In Chile ist es seit dem Amtsantritt des 1990 demokratisch gewählten Präsidenten Patricio Aylwin still geworden um die Basisbewegungen, die wesentlich zur Ablösung des Militärregimes beigetragen hatten. Aus der Sicht der Frauenbewegung war vor allem die Tatsache enttäuschend, daß sich aus der autonom organisierten politischen Stärke der Frauen so wenig in das institutionelle demokratische System hinüberretten ließ: Keine einzige Frau wurde ins Kabinett berufen, unter den 120 Abgeordneten gab es lediglich sieben Frauen, und von 38 Senatoren waren nur zwei weiblich. Die Frauenbewegung zersplitterte und agierte im Verborgenen.

Immerhin wurde im Parlament die Einrichtung des „Nationalen Frauendienstes" (Servicio nacional de la mujer, kurz: SERNAM) beschlossen und einige Frauen entschieden sich, innerhalb der staatlichen Institutionen dessen Gründung voranzutreiben. Welche Chancen und Möglichkeiten eröffneten sich ihnen dadurch, mit welchen Schwierigkeiten hatten sie zu kämpfen? Welche Frauen werden vom „Nationalen Frauendienst" überhaupt angesprochen und repräsentiert? Wie arbeitet SERNAM mit autonom organisierten Frauen zusammen?

Zunächst ein kurzer Rückblick auf die Frauenbewegungen während der Diktatur. Mit Parolen wie: „Somos +" (Wir sind mehr), „Democracia en el país y en la casa" (Demokratie im Land und im Haus) hat in den 80er Jahren in Chile eine unglaublich starke Frauenbewegung gegen die Diktatur mobilisiert. Der 8. März wurde zum wichtigsten Massenprotesttag gegen das Pinochetregime. Hinter der Frauenbewegung verbarg sich allerdings eine Vielzahl verschiedener Organisationen und Gruppierungen. Die Bewegung wird meistens in drei Gruppierungen unterteilt:

Menschenrechtsgruppen (meist Angehörige von Verschwundenen und Gefolterten), Organisationen zur Überlebenssicherung in den Armenvierteln (sog. ollas comunes oder organizaciones de consumo de base) und Gruppen, die sich selbst explizit feministisch nannten bzw. für Frauenrechte eintraten. Die dritte Gruppierung rekrutiert sich meistens aus der Mittel- und Oberschicht. Das vereinende Element dieser „Strömungen" war, daß sie bei ihren Aktivitäten immer als Frauen auftraten und oftmals die ihnen traditionell zugewiesenen Rollen gar nicht verlassen wollten, sondern noch betonten. Die „Familienangehörigen der Verhafteten Verschwundenen" z.B. gingen als Mütter und als Ehefrauen auf die Straße. Auch die Frauen in den Volksküchen und Versorgungskomitees der Armenviertel schlossen sich in erster Linie als Mütter zusammen, die ihre Familien ernähren wollten.

Die Bewegung hatte zwei Folgen: Zum einen veränderte sich das traditionelle Rollenverständnis bei den Frauen selbst. Sie sahen sich plötzlich nicht mehr als passive Unterstützerinnen der Männer, sondern als aktive Gestalterinnen ihres Lebensraumes und damit der Gesellschaft. Zum anderen konnten die Aktivitäten von Frauen eine ungeheure Sprengkraft entwickeln, da sie vom Regime als harmlos eingestuft und deshalb erlaubt wurden. Nachdem der „offizielle" politische Raum der Parteien und Gewerkschaften praktisch zerstört worden war, schufen die Frauen einen neuen politischen Aktionsraum, der maßgeblich zur Destabilisierung der Diktatur beitrug. Die chilenische Soziologin Teresa Valdés urteilt rückblickend: „Die Diktatur stolperte über die Steine, die die Frauen aufgerichtet haben."

An dem Transitionsprozeß von einer Militärdiktatur hin zu einer repräsentativen Demokratie ist auffällig, daß er sich bisher überraschend bruchlos vollzogen hat. Wigbert Flock spricht in einem Artikel in der „Solidaridad" von einem „Kontinuitätsmodell", da sich die Demokratisierung innerhalb der Logik des Militärregimes vollzogen habe. Das Arrangement der heute herrschenden Klasse mit der „parallelen Macht" des Militärs ist für die Demokratie konstituierend geblieben, umfassende politische Partizipationsrechte sind dagegen nicht eingeführt worden. Die größte Erwartung, die die Bevölkerung in die Regierung Aylwin gesetzt hatte, nämlich die Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen, konnte auf Grund der starken Position des Militärs nicht erfüllt werden. Der amtierende Präsident Eduardo Frei trägt seine hervorragenden Beziehungen zum Militär bereits wieder öffentlich zur Schau und hält die Vergangenheitsbewältigung offenbar für abgeschlossen.

Die neue Demokratie

Ein partizipatives Verständnis von Demokratie hat sich in Chile demnach nicht durchsetzen können. Für die Frauen aus den verschiedenen Bewegungen gab es außerdem einige Extrahürden zu überwinden, um in der institutionellen Politik tätig werden zu können: Maria Antonieta Saa, die erste von Aylwin ernannte Bürgermeisterin des Bezirkes Conchalí, meint, daß es für Frauen sehr schwer sei, sich in den männerdominierten politischen Parteien als Kandidatinnen aufstellen zu lassen.

Ein anderer Ausschlußmechanismus, so diagnostizierte Claudia Serrano M. bereits 1990 selbstkritisch, lag in der Frauenbewegung selbst, denn sie war durch ihre Aktivitäten während der Diktatur nicht auf die Herausforderungen der Demokratie vorbereitet. „Man konnte deutlich sehen, daß der öffentliche Diskurs der Aktivistinnen auf die Bereiche Anklage und Bestandsaufnahme spezialisiert war, aber es fehlte eine Organi-

sation, die die Forderungen der Frauen zusammenfaßte und Umgestaltungsvorschläge machte ... . Die Kraft der Frauenorganisationen war also eher eine Widerstandskraft".

Die allgemeine Euphorie über die bevorstehende Demokratie machte die Diskussion über Autonomie oder Integration obsolet. Der Eintritt in den neuen Staatsapparat wurde von den meisten nicht als Vereinnahmung betrachtet, sondern als Möglichkeit zur ersehnten Mitbestimmung empfunden. Viele Frauen versuchten in Parteien und Institutionen Einfluß auszuüben. Eine Gruppe von Feministinnen erarbeitete einen Gesetzesentwurf zur Schaffung des „Servicio nacional de la mujer". Ziel der Gruppe war es zunächst, Frauenthemen auf Regierungsebene präsent zu machen, die rechtliche Diskriminierung von Frauen abzubauen und die öffentliche Meinung bezüglich der Rechte der Frau und ihrer Rolle in der Gesellschaft zu sensibilisieren.

Der Entwurf wurde nach kontroversen Debatten im Parlament angenommen. Seit Anfang 1991 existiert SERNAM offiziell als dem Präsidenten direkt zugeordnete Institution. Die Direktorin von SERNAM gehört dem Kabinett an, hat aber nicht den Rang einer Ministerin.

In einer Selbstdarstellung mit dem schwungvollen Namen „hagamos un nuevo trato" (Laßt uns einen neuen Vertrag machen) stellt SERNAM seine unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkte vor. Derer gibt es im wesentlichen drei:

1) rechtliche Gleichstellung der Frau durch Reformen im Zivil-, Arbeits-, Straf- und Prozeßrecht und informierende Begleitmaßnahmen. Dieser Bereich wird wohl auf lange Zeit das größte Arbeitsfeld von SERNAM bleiben, wenn man bedenkt, daß z.B. die elterliche Gewalt ausschließlich beim Vater liegt und die Frau beim Eintritt in die eheliche Gemeinschaft ihren Status als eigenständiges Rechtssubjekt verliert. Im Zusammenhang mit der sehr häufig auftretenden innerfamiliären Gewalt gegen Frauen arbeitet SERNAM an der Konzeption einer Strafregelung und hat ein Netz von Beratungsstellen für mißhandelte Frauen aufgebaut.

2) Maßnahmen zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und Verbesserung der Lebenswelt ihrer Familien. Hier wurden vor allem spezielle Unterstützungsprogramme für alleinstehende Mütter ausgearbeitet, in die verschiedene Berufsausbildungen integriert sind. Außerdem werden Frauen beim Aufbau von Kleinstbetrieben unterstützt.

3) Stärkung der Familie. SERNAM will zum Abbau von Gewalt in der Familie beitragen, außerdem wurde ein Pilotprojekt gestartet, das die häufigen ungewollten Schwangerschaften bei Jugendlichen verhindern bzw. besonders betreuen soll.

Für Teresa Valdés hat SERNAM ganz entscheidend dazu beigetragen, daß die Forderungen, die die Frauenbewegung noch unter der Diktatur formuliert hat - etwa Gleichheit vor dem Gesetz, Abschaffung der Gewalt gegen Frauen - von großen Teilen der Bevölkerung akzeptiert werden. Jetzt gehe es darum, sich neue Ziele zu stecken, „aus dem blinden Aktionismus der Anfangsphase der Demokratie herauszukommen ...(und) über das Land nachzudenken ... vor allem, über Perspektiven der Frauen für das ganze Land."

Frauen als Mütter

Vor dem Hintergrund der deutschen feministischen Debatte, in der Mutterschaft eher negativ besetzt ist, schockiert bei der Selbstdarstellung von SERNAM vielleicht die völlig selbstverständliche Gleichsetzung von Frau, Mutter und Familie, die es nach Ansicht von Soledad Alvear, der ersten Direktorin von SERNAM, zu stärken gilt: „Letzten Endes bedeuten nämlich gesunde Mütter, gesunde Kinder und gesunde Familien auf lange Sicht eine gesunde Gesellschaft".

Auf die jüngste chilenische Geschichte bezogen erscheint mir aber ein anderer Grundsatz fragwürdiger, der bei den meisten Programmen durchklingt: die Tatsache, daß die Adressatinnen in erster Linie als Hilfeempfängerinnen und nicht als eigenverantwortlich handelnde Subjekte wahrgenommen werden. Die chilenische Frauenbewegung als Ganzes hatte immer zwei Ausrichtungen: das Öffentlichmachen der Diskriminierung von Frauen in einer machistischen Gesellschaft auf der einen Seite und die Verbesserung des eigenen Lebensraumes aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln und Wegen auf der anderen. SERNAM scheint an das Veränderungspotential und die Kreativität gerade der Frauenorganisationen aus den Armenvierteln nicht anzuknüpfen.

Claudia Serrano hat als die wichtigsten Akteurinnen im Entstehungsprozeß von SERNAM die „profesionales" beschrieben - Frauen aus der Mittel- oder Oberschicht mit Ausbildung und festem Einkommen, darunter auch Sozialwissenschaftlerinnen, die die Möglichkeiten hatten, sich intensiv mit der Lage der Frauen auf einer abstrakteren gesellschaftlichen Ebene zu beschäftigen. Es ist kein Zufall, daß Frauen aus den Armenvierteln und Basisökonomiegruppen so gut wie nie den Weg in die Institutionen beschritten haben; einerseits blieb ihre ökonomische Lage so miserabel, daß sie ihre Aktivitäten rund um die Basisversorgung fortführten, andererseits schien sich die Verbindung zwischen den auf gesamtgesellschaftlichem Niveau „für die Rechte der Frau" kämpfende Feministinnen und den Basisorganisationen mit Einführung der Demokratie aufzulösen (vorausgesetzt, daß sie einmal bestanden hat).

Erika Labrana, Sprecherin eines Zusammenschlusses von Basisgruppen, fühlt sich von SERNAM nicht repräsentiert, da mit ihnen nie Kontakt aufgenommen worden sei. Wie verträgt es sich nun mit dem Anspruch von SERNAM, hauptsächlich für arme Frauen da zu sein, daß der Kontakt mit den organisierten Frauen aus den Armenvierteln nicht gesucht wurde? Wie wurden die Hilfsprogramme für bedürftige Frauen entwickelt? Woher wissen die SERNAM-Mitarbeiterinnen, was für „die Frauen" gut ist?

Die Soziologin Veronika Schild, entschiedene Kritikerin der Arbeitsweise von SERNAM, stellt fest, daß in Chile sehr deutlich zu sehen sei, „wie Kämpfe im Namen von 'Bedürfnissen und Rechten der Frauen' letztlich dazu führen, die 'Anderen', die sich nicht in diesen Identifikationsmustern finden, zum Schweigen zu bringen." Die Führerinnen des Diskurses meinen, für alle Frauen sprechen zu können, ohne die Lebensverhältnisse anderer Frauen und die daraus entstehenden Bedürfnisse zu kennen und mitzudenken.

Eine bedeutende-wenn auch nicht intendierte - Auswirkung hat SERNAM in der Tat auf Frauengruppen aus den Armenvierteln: die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland, die während der Diktatur den Basisgruppen als Hoffnungsträgern für eine demokratische Umgestaltung zugute kam, hat sich auf staatliche Institutionen verlagert. SERNAM - quasi als Garant für die Schaffung einer gleichberechtigten Gesellschaft- erscheint dem Ausland dabei besonders unterstützenswert. Mit ausländischen Geldern kann SERNAM daher eine Vielzahl von Projekten fördern. Die Förderungskriterien sind aber in erster Linie marktorientiert: die geförderten Gruppen müssen eine straffe Organisation und ökonomische Rentabilität aufweisen. Nun ist eine arbeitsfähige Struktur nicht unbedingt ein Nachteil für ein Projekt; Teresa Valdés stellt sogar eine zunehmende Professionalisierung unter Frauenorganisationen fest, die dem Eigeninteresse entspringt, effektiv arbeiten zu können und aus dem Ausland Unterstützung zu erhalten. Diese Organisationen haben sich meistens in irgend eine Richtung spezialisiert, z.B. führen sie workshops zum Thema sexuelle

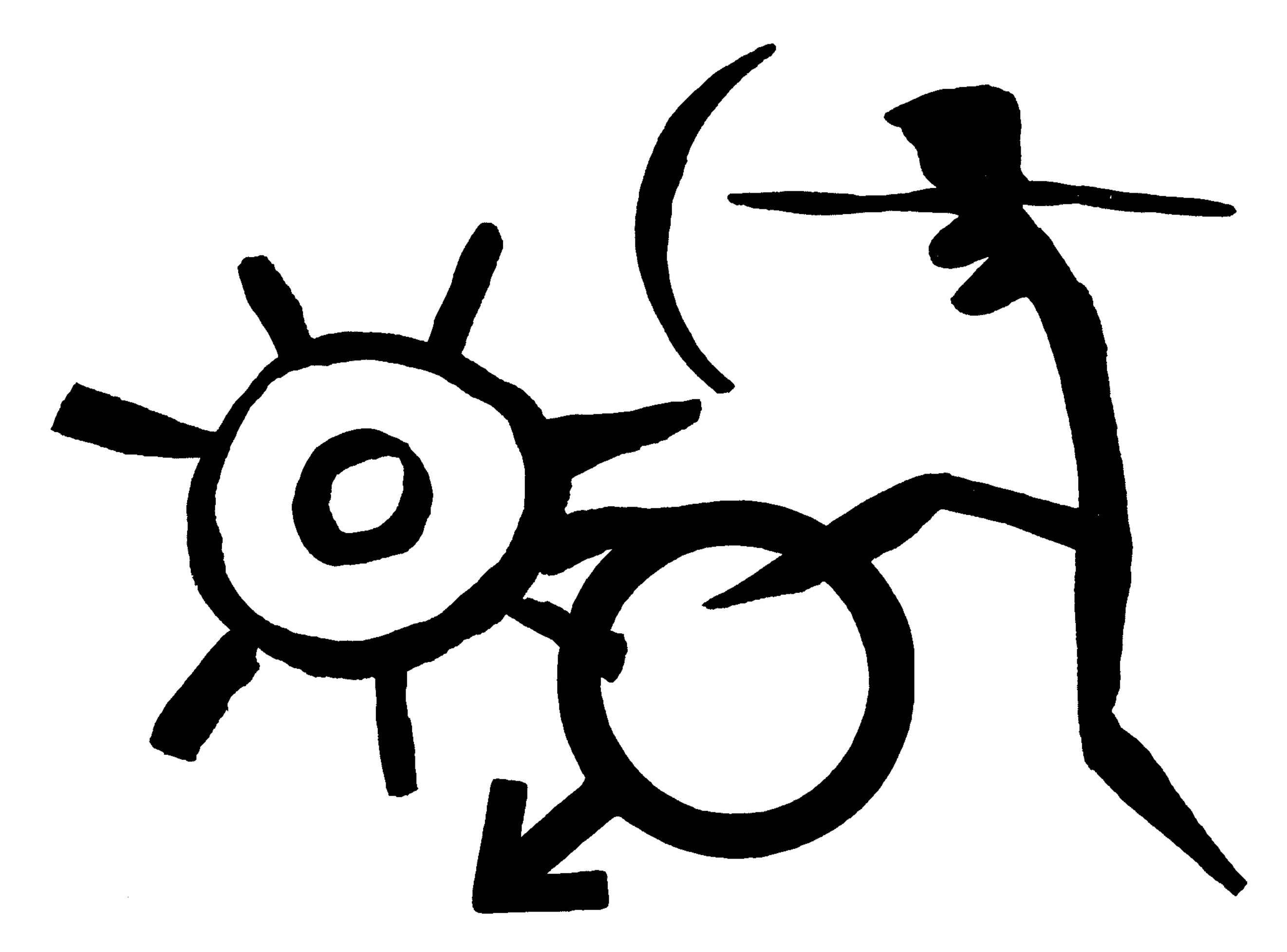
PATRIARCHIAT
UND SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

ENTWICKLUNGSMAN(N)IE

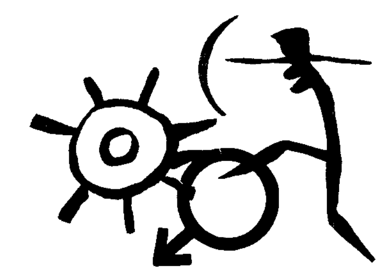
19. BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN

BUKO 25.-28. MAI 1995 WUPPERTAL

Die Vision einer „nachholenden Entwicklung" der sogenannten Dritten Welt verblaßt mehr und mehr. Vielen wird immer klarer, daß die Privilegien des „weißen Mannes" nicht auf alle Menschen ausgedehnt werden können, weil sie ohne sexistische und rassistische Ausbeutung gar nicht realisierbar wären - von den ökologischen Folgen der weltweiten Verbreitung westlicher Produktions- und Konsumstandards ganz zu schweigen. Dies wird auch in der „Dritten Welt" immer deutlicher gesehen: Zunehmend gibt es Widerstand gegen große Entwicklungsprojekte; Befreiungsbewegungen werden wegen ihres Modernisierungskurses kritisiert; immer mehr indigene Völker lehnen unser Entwicklungsdenken ab. Vor allem Frauen stellen fest, daß sich ihre Lage trotz oder wegen der von den Industriestaaten geleisteten Entwicklungshilfe in den vergangenen „Entwicklungsdekaden" drastisch verschlechtert hat. Dies führt, zusammen mit anderen Faktoren, zu einer starken politischen Verunsicherung der Solidaritäts-Bewegung. Viele Gruppen erkennen mittlerweile den systemstabilisierenden Charakter auch alternativer „Entwicklungspolitik", sehen jedoch noch keine Alternative, die sich auch in ihrer praktischen politischen Alltagsarbeit niederschlagen könnte. Die Solidaritäts-Bewegung und der BUKO brauchen eine Neubestimmung der internationalistischen Arbeit jenseits des Entwicklungsdenkens. Dabei müssen bislang unhinterfragte Standards von Fortschrittlichkeit und „Entwicklung" in Frage gestellt werden.



Der 19. Bundeskongreß beschäftigt sich mit Entwicklungsmanie, Patriarchat und Solidaritätsbewegung. Dabei steht nicht die theoretische Analyse der westlichen Dominanz über die „Dritte Welt" im Vordergrund. Wir wollen stattdessen Fragen nach unserer Lebens- und politischen Arbeitserfahrung aufwerfen: Welches sind die patriarchalen Strukturen in unserer Gesellschaft, in der hiesigen Solidaritätsbewegung, im BUKO, in unseren politischen Gruppen und in unserem "privaten" Leben, die diese Dominanz erst ermöglichen? Wie können diese Strukturen bekämpft werden? In welcher Weise können die Soligruppen eine patriarchats- und entwicklungskritische Analyse in ihrer Arbeit berücksichtigen? Welches neue Verständnis von Solidarität ergibt sich möglicherweise daraus?



Die Unterdrückung von Frauen durch Männer soll als zentrales Merkmal patriarchaler Verhältnisse in allen Foren und Kleingruppen Thema sein, ohne dabei außer acht zu lassen, daß sich patriarchale Dominanzstrukturen nicht auf das Geschlechterverhältnis reduzieren lassen. Doch auch das weitergefaßte Verständnis von Patriarchat kann ohne Reflektion der strukturellen Gewaltverhältnisse zwischen Männern und Frauen hier und anderswo nicht erarbeitet werden

DIE FOREN DES BUKO 19

Forum 1: „Fluchtursachen vor Ort bekämpfen"?
Sowohl von Seiten der Bundes- und Länderregierungen wie auch von Seiten der Internationalismus- und Antirassismus-Bewegung erfreut sich dieses Schlagwort einer gewissen Beliebtheit. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als ein altbekanntes entwicklungspolitisches Denken, das hier in relativ neuem Gewand auftritt. Regierungs- und Nichtregierungspolitik bezüglich Flüchtlingen und „Entwicklung" sind sich dabei in ihrer patriarchalen Ausprägung oft sehr nah.

Die Analyse von Fluchtursachen, insbesondere denen von Frauen, sollte uns Aufschlüsse darüber bringen, welche patriarchalen Muster und Verhaltensweisen es sind, die weltweite gesellschaftliche Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen hervorbringen. HIER „vor Ort" müßten wir dann wahrscheinlich aufhören, unseren Internationalismus und Anti-Rassismus lediglich auf die Fremden oder das Fremde zu projizieren, sei es nun im Gewand der „Hilfe" für Flüchtlinge oder als Suche nach dem „revolutionären Subjekt". Flüchtlingspolitik und Entwicklungspolitik müssen anders definiert und mit anderen Inhalten gefüllt werden.

Forum 2: „Demokratische Verhältnisse weltweit durchsetzen"?
Demokratisierung gilt auch in der Solidaritätsbewegung als erstrebenswertes Ziel politischen Handelns und als Gegenbegriff zur Barbarei. Nicht zuletzt unter Hinweis auf die Unterdrückung der Frau wird die Ausbreitung „unserer" abendländisch-demokratischen Staatsform auf den Rest der Welt wohl zumeist befürwortet. Dies beruht auf der Annahme, daß die westliche Demokratie friedliche, verhandlungsorientierte Formen gesellschaftlicher Konfliktlösung, die Gleichberechtigung der Frau und den rechtsstaatlichen Schutz vor gewalttätigen Übergriffen für alle „BürgerInnen" zumindest annäherungsweise mit sich gebracht habe - kulturelle Errungenschaften, mit denen auch der „Rest der Welt" beglückt werden soll.

Was aber, wenn die demokratische Staatsform ohne die Ausbeutung von Frauen und „Dritter Welt" gar nicht funktionieren kann? Wenn der „Rechtsstaat" Frauen nicht vor alltäglicher Männergewalt schützt, sondern dieser Vorschub leistet? Wenn „Demokratie" systematisch „Unfreie" und „Ungleiche" produziert, auf deren Rücken sich dann die „demokratische Vergesellschaftung der Freien und Gleichen" vollzieht? Wenn dies richtig ist, dann müssen die Soligruppen ihr Verhältnis zur Demokratie grundsätzlich neu bestimmen.

Forum 3: Sichtwechsel
Unser Denken, unsere Weltsicht, unser Menschenbild ist geprägt vom HERRschenden Denken und von der vorherrschenden Weltsicht. Oft ist uns nicht mal bewußt, wie sehr wir eingeübt sind in linearem, faktischem, reduktionistischem und „objektivem" Denken. Unkritisch verwenden wir Begriffe, denen bestimmte Annahmen und Inhalte zugrundeliegen. Das patriarchale Menschenbild wurzelt in europäisch geistigen Traditionen, die von Männern entwickelt wurden. Frauen wurden nicht nur systematisch ausgeschlossen, sondern auch als nicht-vernunftbegabt und als „Natur" definiert und damit als beherrschbar und ausbeutbar betrachtet. Diese Denktraditionen bestimmen unsere Wahrnehmung der Welt, unser Begreifen (Konstruieren, Definieren) von Problemen, unsere Gestaltung von „Lösungen" und unsere Interaktionsweisen.

Dieses Forum versucht einen Sichtwechsel anhand eines Begriffes, der sowohl im internationalen Zusammenhang als auch im täglichen Leben selbstverständlich scheint. Wir fragen, welches Menschenbild eigentlich dahintersteht, was diesen Begriff und seinen Inhalt patriarchal macht, was die unausgesprochenen Grundannahmen sind, auf denen dieser Begriff basiert, welche Bedeutung das für unsere Soliarbeit hat und welche Bedeutung es gleichzeitig für unser Leben und unser Selbstverständnis hat.

Forum 4: „Nachhaltige Entwicklung" - Eine Wende in der Entwicklungspolitik?
Von der Weltbank bis zur GTZ, von den Grünen bis zur Internationalismus- und Umweltbewegung ist „Nachhaltige Entwicklung" der große Renner. Dieses Konzept nimmt sich dabei nicht weniger vor, als gleichermaßen Armut und Ungerechtigkeit, Naturzerstörung und „Überbevölkerung" zur Zufriedenheit aller BewohnerInnen der „Einen Welt" zu lösen. Seine Attraktivität für kritische Diskurse bezieht es aus der Berücksichtigung des immensen Ressourcenverbrauchs des Nordens.

Der Begriff „Nachhaltige Entwicklung" schafft es, Positionen des „Weiter so" bis zur „umfassenden globalen Stukturreform" in sich zu vereinen. „Handlungsbedarf" stellt sich jedoch hauptsächlich in der „Dritten Welt": Bevölkerungskontrolle, „Schuldenstreichung gegen Naturschutz", materielle Genügsamkeit, Grünhelmeinsätze zur Rettung „unseres" Regenwalds, Patentierung von Genen bedrohter Tier- und Pflanzenarten etc. Die paternalistische Entwicklungsidee wird dabei weitertransportiert: westliche „Experten" werden die Weltprobleme schon „in den Griff bekommen", eine Effizienzrevolution wird die Dinge im Norden schon richten.

In dem Forum soll erörtert werden, ob „nachhaltige Entwicklung" auf eine positiv zu bewertende Wende in der Entwicklungspolitik hindeutet, oder ob alte und neue Formen von Ausbeutung legitimiert und realisiert werden, ungerechte Wirtschafts- und Politikstrukturen lediglich modernisiert und

verfestigt werden sollen. Hierbei wird die grundsätzliche Kritik an Lösungsversuchen „von oben", denen ein gewisser Steuerungsoptimismus eigen ist, zentral sein.

Forum 5: Rasse, Klasse und Geschlecht
Das Forum möchte die feministische Patriarchatskritik von Entwicklungssoziologinnen wie von Werlhof, Bennholdt-Thomsen und Mies aufgreifen und mit alter und neuer linker Theorie und Praxis konfrontieren. Diese feministische Kritik an der klassischen linken Analyse basiert auf der Erkenntnis, daß marxistische Gesellschaftstheorie ein zu begrenztes Verständnis von Ökonomie besitzt, welches die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Ausbeutung von Frauenarbeit ignoriert oder als Randphänomen betrachtet. Vielmehr besteht in Ehe und Familie als Institution patriarchaler Herrschaft eine „fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation" durch die Ausbeutung der überwiegend von Frauen geleisteten Subsistenzarbeit, ohne die kapitalistische Ökonomie nicht denkbar ist. Von Werlhofs Konsequenz aus dieser Analyse gipfelt in dem Satz: „Du bist Sozialistin, ich bin Feministin: Das ist eine Kampfansage!"

Es ist zu fragen, welche Basis für internationale und zwischengeschlechtliche Solidarität sich aus dieser Analyse ergeben kann. Handelt es sich hier wieder um weißes Mittelstandsdenken, das von den privilegierten Metropolen auf die ganze Welt übertragen wird? Gerade schwarze und farbige Frauen bestehen darauf, daß von ihrem Standpunkt aus andere Fragen, wie z.B. Rassismus oder „die Klassenfrage" im Vordergrund stehen.

Die Veranstaltung der Foren findet in Zusammenarbeit mit Buntstift e.V. statt.

ZUM ABLAUF DES BUKO 19

Im Vergleich zu den bisherigen BUKOs möchten wir versuchen, diesmal einiges anders zu machen:

- Wir wollen keine distanzierten akademischen Diskussionen führen, sondern die Fragen- und Problemstellungen wirklich an uns heranlassen. Das Thema „Entwicklungsman(n)ie und Patriarchat" kann nur sinnvoll diskutiert werden, wenn es auf unsere konkrete politische Arbeit und Lebenszusammenhänge bezogen ist. In allen Kleingruppen, Foren und Plena soll diese **Verbindung zwischen Theorie und (politischer) Alltagspraxis** immer wieder hergestellt werden. Es kann daher für Euch sehr hilfreich sein, wenn Ihr vor dem Kongreß in Euren Gruppen und Zusammenhängen diesen Themenkomplex schon einmal ansprecht und andiskutiert.
- Die übliche Trennung zwischen ReferentInnen und TeilnehmerInnen soll aufgebrochen werden. Deshalb wird es **keine Podiumsdiskussion** geben. Wir werden über einen längeren Zeitraum in **festen Kleingruppen** diskutieren, die den Gedankenaustausch erleichtern und ein gleichberechtigteres Gesprächsverhalten ermöglichen sollen. Diese werden nach der Forenvorstellung am Donnerstag per Zufallsverfahren gebildet. Bitte entscheidet Euch spätestens dann, welches Forum Euch interessiert. Kleingruppen können je nach Wunsch gemischt- und getrenntgeschlechtlich gebildet werden.
- Der Austausch zwischen den am jeweils selben Thema arbeitenden Kleingruppen findet in den Foren am Samstag morgen statt. Hier sollen vor allem **praktische Umsetzungsmöglichkeiten** der formulierten Anregungen für die Soliarbeit in den Gruppen zur Sprache kommen.
- Es soll diesmal **keine Resolutionen und politische Aktionen „vor Ort"** geben, da uns diese beim gegenwärtigen Zustand des Verbandes eher als hohles Ritual, denn als wirkliche Intervention in das politische Geschehen erscheinen würden. Und es geht ja gerade auch um die Infragestellung des BUKO als (wirkungsvollem oder wirkungslosem?) „machtpolitischem" Instrument.
- Neu ist der Versuch, getrenntgeschlechtliche Strukturen in den Ablauf zu integrieren, was u.a. bedeutet, daß **nicht nur Frauen-, sondern auch Männerplena und Kleingruppen** angeboten werden.
- Wir möchten weg von der starren Trennung zwischen **inhaltlicher Arbeit** (tagsüber) und **Kultur** (abends). Deswegen gibt es nicht nur inhaltliche Verbindungen zwischen beiden, sondern auch eine andere Zeiteinteilung.
- Alles in allem soll der BUKO 19 ein Kongreß werden, der auch **Spaß** macht, wo genügend Zeit für persönliche Gespräche und den **Kneipenbummel** bleibt und wo neben dem Intellekt auch die **sinnliche Erfahrung** zu ihrem Recht kommt - Zeit für Schwebebahnfahren muß natürlich ebenfalls sein!

Der BUKO 19 wird mit Mitteln vom Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) der Evangelischen Kirche in Deutschland gefördert.

Anmeldung für den 19. Bundeskongreß in Wuppertal, 25.5.-28.5.1995

an den Bundeskongreß
entwicklungspolitischer Aktionsgruppen,
Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

1) Name der Gruppe/Institution...

2) Anschrift...

3) Status: ( ) örtliche Basisgruppe ( ) Institution/Bundesverband ( ) sonstige/r Teilnehmer/in
4) Mitglied: ( ) ja ( ) nein ( ) Interesse an Mitgliedschaft ( ) Interesse an Mitarbeit im Koordinierungsausschuß

Bitte meldet Euch so schnell wie möglich an, allerspätestens bis zum 2. Mai 95!

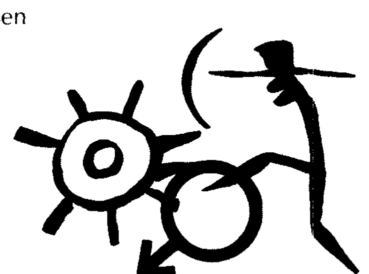
PROGRAMM DES BUKO 19

Donnerstag 25.5.95

13.00-16.00: Ankommen, Anmeldung in der "Börse"
16.00-17.00: Begrüßung, Vorstellung des Kongreßablaufs und der Themen; Einteilung der Kleingruppen
17.00-18.00: Erstes Treffen der Kleingruppen zum Kennenlernen
18.00-19.00: Abendessen
19.00-20.00: Einführung: Theater "Zwischen den Welten"
20.00-22.00: Frauenplena, Männernplena: Annäherungen an das Kongreßthema

Freitag 26.5.95

10.00-11.00: Inhaltliche Vorstellung der Foren
11.00-13.00: Erste Diskussionsrunde in den Kleingruppen
13.00-14.00: Mittagessen
14.00-16.00: Kulturelle Beiträge
16.00-20.00: Zweite Diskussionsrunde der Kleingruppen
ab 19.30: Abendessen



Samstag 27.5.95

10.00-13.00: Austausch der Ergebnisse der Kleingruppen in den einzelnen Foren: Diskussion über praktische Umsetzungsmöglichkeiten der formulierten Anregungen in den Soli-Gruppen.
13.00-14.00: Mittagessen
14.00-15.00: Kultureller Einstieg in die Basisdemokratie
15.00-19.00: BUKO Plenum:
Entlastungen, Anträge, Seminare, KA-Wahl
BUKO 20 (Thema, Ort, Gruppe)
mit zwei längeren Pausen!
19.00-20.00: Abendessen
ab 21.00: Caisa do Samba: Musik hören, tanzen, quasseln, träumen....

Sonntag 28.5.95

10.00-11.00: Frauenplena, Männerplena: "Perspektive des BUKO und das patriarchale Entwicklungsdenken"
Stimmungsbild zum Kongreß
11.00-13.00: Gesamtplenum "Perspektive des BUKO"
13.00-14.00: Mittagessen; Verabschiedung
ab 14.00: Abreise

BITTE BEACHTEN

- Es wird wieder eine **Medien- und Aktionsbörse** geben, wo interessierte Gruppen und Einzelpersonen Materialien auslegen und verkaufen sowie ihre Arbeit darstellen können. Wegen des Platzmangels müssen die Interessierten dies unbedingt auf dem Anmeldeabschnitt vermerken. Die Standgebühr für kommerzielle Stände (z.B. große Verlage) beträgt 100 DM, für alle anderen kostenlos.
- Zur **Anmeldung** müßt Ihr den Anmeldeabschnitt vollständig ausfüllen und den **Teilnahmebeitrag** (80 DM für TeilnehmerInnen aus den BUKO-Mitgliedsgruppen, 110 DM für alle anderen) *IM VORAUS* auf das Konto des BUKO überweisen: Evangelische Darlehensgenossenschaft eG. Kiel, Konto Nr. 234 389, BLZ 210 602 37. Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppe deutlich an. Teilnehmen am BUKO 19 kann jedeR, die/der die Teilnahmegebühr bezahlt hat, wobei allerdings nur Delegierte der Mitgliedsgruppen **stimmberechtigt** sind. Informationen über die Modalitäten der Mitgliedschaft im BUKO könnt Ihr bei der Geschäftsstelle erfragen.
- **Anmeldeschluß** ist der 2.5.95. Meldet Euch bitte möglichst frühzeitig an, damit Ihr das **Vorbereitungsheft des FORUM** zum BUKO 19 noch rechtzeitig in die Hand bekommt!
- Bitte bringt auch diesmal wieder euer **eigenes Geschirr** (Becher, Schüssel, Teller) **und Besteck** mit!
- Falls Ihr **Kinderbetreuung** während des Kongresses benötigt, bitte auf dem Schnipsel entsprechend vermerken.
- **Termin und Ort:** Der BUKO 19 findet in der Zeit vom 25.5-28.5.95 im Kommunikationszentrum DIE BÖRSE, Viehhofstraße 125, 42117 Wuppertal statt.

Wichtig!!! Für die Wahl zum Koordinierungsausschuß (KA) fehlen noch kandidierende Gruppen, da nur ein bis zwei der bisherigen Gruppen weiter im KA bleiben werden. Bitte überlegt, ob Ihr beim nächsten KA mitmachen wollt. Genauere Informationen dazu bei der Geschäftsstelle (Tel. 040/ 393156).

---

5) Zum BUKO melden wir an (Name, Anschrift, Telefon): Schlafplätze nötig für (bitte ankreuzen):

1. .... Interesse an Forum .... Do Fr Sa So
2. .... Interesse an Forum .... Do Fr Sa So
3. .... Interesse an Forum .... Do Fr Sa So

6) **Mitfahrgelegenheit** (bildet Fahrgemeinschaften!):
O ich biete O ich suche Mitfahrgelegenheit für .... Personen. Tel.-Nr ....

7) Wir benötigen **Kinderbetreuung für** .... Kinder im Alter von .... Jahre am Do Fr Sa So

8) O Wir möchten an der **Medienbörse** teilnehmen.

9) **Teilnahmegebühr von 80,- DM/110,- DM**

pro Person am ....überwiesen **Datum/Unterschrift ....**



Der feine Unterschied

Gewalt in der Familie durch, oder bieten Selbstbehauptungsprogramme für Frauen in Führungspositionen an.

Marginalisierung der Basis

Auf der anderen Seite fallen aber Initiativen durch das Förderungsraster, die die Kriterien entweder nicht kennen, nicht umsetzen können oder dies nicht wollen: betroffen sind heute besonders die ehemaligen „Hoffnungsträger" aus den Armenvierteln, die Nachbarschaftsvereinigungen, Volksküchen etc., die bei ihrer Arbeit allgemeineren Grundprinzipien wie Persönlichkeitsbildung, Selbstversorgung und Gemeinsinn folgen. Die für die Diktaturzeit typischen Arten von Basisgruppen existieren demnach heute weiter, und nach Meinung von Coty Silva, einer ehemaligen Leiterin des 'Movimiento de Mujeres Populares' (Bewegung der Volksfrauen), sind es nicht einmal weniger geworden: „Es sind einfach genauso wenige wie immer", nur seien sie eben für die Medien nicht mehr interessant. Die Einschätzungen sind hier allerdings recht unterschiedlich: Es gibt auch die Wahrnehmung eines niedrigeren Organisationsgrads der Santiagoer Armenviertel und eines Zwangs der „ollas comunes", sich zu verkleinern und zu professionalisieren, um weiter bestehen zu können.

Schild sieht die Lektion der letzten Jahre in der Erkenntnis, „daß die Klassenzugehörigkeit, was Frauen und ihre Kämpfe betrifft, äußerst bedeutsam ist. Im Rahmen einer liberalen Demokratie mit kapitalistischem Wirtschaftssystem vollzieht sich die politische Integration einiger Frauen auf Kosten der Marginalisierung anderer."

Auch wenn man nicht der Meinung ist, daß wenige wohlhabende Frauen es nur auf Kosten von vielen armen Frauen „zu etwas gebracht haben", stellt sich doch auch bezogen auf die Frauenbewegung die Frage, wer zu den demokratischen Errungenschaften in Chile Zugang hat.

Im Hinblick auf SERNAM ist zwar einerseits festzustellen, daß die darin arbeitenden Frauen auf institutioneller Ebene wichtige Debatten ins Rollen bringen und für alle Frauen relevante Sensibilisierungsarbeit in der Gesellschaft leisten. Sie arbeiten an der rechtlichen Verankerung der Forderungen, die die Frauenbewegung bereits unter der Diktatur formulierte und entwickeln weitergehende Perspektiven. Auch ist eine gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen SERNAM und zahlreichen spezialisierten Frauenprojekten festzustellen. Das Verhältnis von SERNAM und in Armut lebenden Frauen muß dagegen mindestens als gestört bezeichnet werden, denn SERNAM hat es nicht geschafft, an den dort existierenden Strukturen anzuknüpfen. Stattdessen werden die Frauen auf der individuellen Ebene als hilfsbedürftig oder im Kollektiv als schlecht organisiert wahrgenommen - und das, obwohl SERNAM sich ausdrücklich an arme Frauen richtet.

Eine Einrichtung wie SERNAM ist für die junge Demokratie in Chile zweifellos ein äußerst notwendiges Instrument, um gegen Machismus und männliches Hierarchiedenken anzugehen. Trotzdem ist Emanzipation für jede Frau von ihrer eigenen Lebenswelt und ihren eigenen Erfahrungen abhängig. Im Fall Chiles bedeutet das: Nicht überall, wo „Kampf für die Rechte der Frau" draufsteht, ist ein Befreiungsmittel für alle Frauen drin.

Susanne Zwingel

Literaturliste

Chowdhury, Najma/Nelson, Barbara (1994): Redefining Politics: Patterns of Women's Engagement from a Global Perspective, in: Dies. (Hrsg.), Women and Politics Worldwide, New Haven, London, S. 3-24.

Conradi, Elisabeth (1989): Ist der Ausschluß von Frauen für die traditionellen Demokratietheorien grundlegend und wie wird er gerechtfertigt?, in: Feministische Studien, Bd. 2, S. 85-93.

Daiyun, Yue/Jin, Li (1994): Women's Life in New China, in: Chowdhury/Nelson (Hrsg.), Women and Politics Worldwide, New Haven, London, S. 161-173.

Kreisky, Eva (1993/1): Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, S. 23-34.

Meyer, Birgit (1992): Die „unpolitische" Frau. Politische Partizipation von Frauen - oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik? In: APuZ, Bd. 25-26, S. 3-18.

Mohanty, Chandra Talpade (1991): Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Colonial Discourses, in: Dies. u.a. (Hrsg.), Third World Women and the Politics of Feminism, Kairo, S. 51-80.

Phillips, Anne (1992): Must Feminists Give Up on Liberal Democracy?, in: Political Studies, Bd. XL, Sonderband „Prospects for Democracy", S. 68-82.

Sauer, Birgit (1994): Was heißt Partizipation und zu welchem Zweck partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung, in: Biester, Elke/Holland-Cunz, Barbara/Sauer, Birgit (Hrsg.), Demokratie oder Androkratie?, Frankfurt a. M., New York, S. 99-130.

Saa, Maria Antonieta (1993): Desacralizar el poder, in: El espacio posible. Mujeres en el poder local. ISIS Internacional, Edición de las mujeres No 19, Santiago.

Schild, Veronika (1994): Becoming Subjects of Rights: Citizenship, Political Learning, and Identity Formation among Latin American Women, unveröffentlichtes Manuskript.

Serrano M., Claudia (1990): Entre la autonomía y la integración, in: transiciones. Mujeres en los procesos democráticos. ISIS Internacional, Edición de las mujeres No 13, Santiago.

Tetzlaff, Rainer (1994): Einführung: Demokratisierung als realer weltweiter Prozeß des sozialen Wandels . . ., in: Ders. (Hrsg.),Demokratisierung und politischer Wandel, Hamburg 1994, S. 1-56.

Waltermann, Astrid (1994): Frau: deine Befreiung beginnt heute, in: Solidaridad, März/April, Nr. 171, S. 3-7.

Waylen, Georgina (1994): Women and Democratization. Conceptualizing Gender Relations in Transition Politics, in: World Politics, No. 46, S. 327-354.

West, Guida/Blumberg, Rhoda (1990): Reconstructing Social Protest from a Feminist Perspective, in: Dies. (Hrsg.), Women and Social Protest, New York, Oxford, S. 3-35.

Demokratie oder Androkratie?

Ein Sammelband zur feministischen Debatte

Politische Philosophie und politische Praxis staatlicher Herrschaft sind bis etwa 1989 im deutschsprachigen Raum selten von Feministinnen unter ausdrücklich demokratietheoretischen und - praktischen Fragestellungen in den Blick genommen worden. Die staatsferne Praxis der Frauenbewegung und ihr Anspruch auf Errichtung einer (autonomen) basisdemokratischen Gegenöffentlichkeit ließen die vorherrschenden Formen demokratischer Herrschaft zum negativen Gütesiegel einer schlechten Realität ohne utopische Kraft für feministische Projekte werden. Inspiriert durch die nordamerikanische feministische Debatte und die politischen Umwälzungen nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich mittlerweile auch hierzulande eine lebhafte und kontroverse Diskussion darüber ent-sponnen, was Demokratie für Frauen sein kann und/oder sein sollte.

Der von Elke Biester, Barbara Holland-Cunz und Birgit Auer herausgegebene Band nähert sich diesen Fragen auf unterschiedliche Weise. Praktische Erfahrungen von Politikerinnen in den Institutionen der BRD, empirische Untersuchungen zum Politikverständnis in Ost und West und zum Umgang von Frauen miteinander in der Wissenschaft sowie die kritische Auseinandersetzung mit Partizipationsforschung und den Theorien demokratischer Herrschaft und Öffentlich-keit decken ein breites Spektrum der Debatte ab. Dabei setzen sich alle Artikel nicht nur mit dem zum Teil bereits sattsam bekannten *malestream* der Forschung auseinander, sondern beziehen sich auch kritisch auf feministische Ansätze.

Birgit Sauers umfassende und informative Kritik an der konventionellen Partizipationsforschung etwa räumt nicht nur mit dem alten Vorurteil über Frauen als die schlechteren Demokraten auf, sondern erläutert auch ausführlich, welche sozialen, ökonomischen und politisch strukturellen Barrieren Frauen aus dem politisch-institutionellen Raum ausschließen. Sauer kritisiert, daß die feministische Hypothese vom „anderen weiblichen" Politikverständnis wiederum statische Frauenbilder schaffe, die den Blick auf „strukturelle Exklusionsverfahren des politisch-parlamentarischen Systems" (S. 100) und damit auf die „Repolitisierung des Partizipationskonzeptes" verstellten.

Christina Schenk zieht Bilanz aus ihrer Arbeit als Politikerin im Bundestag. Die Innensicht auf die patriarchale Politikmaschine Parlament zeigt sehr deutlich, daß Frauenthemen im allgemeinen und feministische Interventionen im besonderen die Arbeit von Einzelkämpferinnen prägen, von der breiten Masse der Abgeordneten aber nicht wahrgenommen werden. Zusätzlich, so kritisiert die ostdeutsche Politikerin Schenk, müsse endlich die Diskussion um Ziele und Inhalte feministischer Politik im Bundestag auf die Tagesordnung der autonomen und institutionellen westdeutschen Frauenbewegung. Dazu gehöre auch, daß diese anerkennt, daß Themen wie Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitspolitik dringend auf die feministische Agenda gehören und sich Frauen gemeinsam auf die Suche nach kreativen und wirkungsvollen Einmischungsstrategien machen sollten.

Die Theorie der Demokratie und ihre feministische Lektüre stehen im Vordergrund des zweiten Teils des Sammelbandes. Der Geschichte der Theorieentwicklung folgend geht es zunächst um Hobbes, Locke und Kant. Insbesondere Brigitte Hansen setzt sich klar gegen eine feministische Lesart der Vertragstheorie ab, die patriarchale Herrschaft bereits im Naturzustand erkennen will. Sie weist vielmehr nach, daß sowohl Hobbes als auch Locke das Geschlechterverhältnis im Naturzustand zunächst egalitär konzipieren, um dann in einem zweiten Schritt mit jeweils unterschiedlichen Begründungen das Geschlechterverhältnis zuungunsten der Frauen und im Widerspruch zu ihren theoretischen Vorgaben zu hierarchisieren. Auf der Basis dieser Unterordnung läßt sich dann auch der fatale theoretische Ausschluß der Frau aus der politisch-öffentlichen Sphäre begründen.

Mit dem Slogan „Das Private ist politisch" hat die Frauenbewegung ihre Kritik an der gesellschaftlichen Praxis getrennter privater und öffentlicher Sphären und ihrer Zuordnung zu den Geschlechtern angegriffen. Mittlerweile wird unter Feministinnen sehr lebhaft diskutiert, ob das Politische nicht doch eines klar vom Privaten abgegrenzten Raumes bedarf und ob die oft geforderte Aufhebung getrennter Sphären oder die Feminisierung und Intimisierung der Öffentlichkeit wirklich eine produktive Strategie feministischen Eingreifens in die Politik darstellt. Hannah Arendt, Jürgen Habermas und Richard Sennett gehören zu den modernen DenkerInnen demokratischer Öffentlichkeit, die aus unterschiedlichen Gründen für eine strikte Trennung der Sphären plädieren. Die feministische Kritik an solchen Konzepten weist zurecht darauf hin, daß die ge-schlechtliche Dimension der Trennung von privat und öffentlich ausgeblendet bleibt. Dennoch „scheint die Realität einer personalisierenden und intimisierten politischen Öffentlichkeit eher auf Repressivität und Kontrolle zu verweisen" (S. 239), wie Barbara Holland-Cunz feststellt. Sie tritt für die Entwicklung eines feministischen Begriffs von Öffentlichkeit ein, der erst durch die klare Abgrenzung nach außen einen demokratischen Diskurs ermöglicht. Angesichts einer politischen Öffentlichkeit, die zunehmend gewaltförmig wird, „ist der feministische Rekurs auf die privaten Tugenden eine entschieden zu einfache Antwort (...)". (S. 241)

Die Frage im Titel dieses Sammelbandes, ob Theorie und Praxis der Demokratie nicht präziser als Androkratie - Männerherrschaft - bezeichnet werden müssen, ist nach der Lektüre der differenzierten und dennoch gut lesbaren Aufsätze wohl mit einem klaren 'Ja' zu beantworten. Der theoretische und praktische Ausschluß aus der Politik qua Geschlecht ist auch in die Form politischer Herrschaft eingeschrieben, die durch ihren abstrakten Gleichheitsbegriff Gerechtigkeit für sich in Anspruch nimmt. Die kritische Analyse der Demokratie bleibt orientiert an den realpolitischen Verhältnissen und läßt wenig Raum für Utopie, wie Elke Biester in ihrem Einleitungsbeitrag zu Recht bedauernd feststellt. Dennoch versuchen alle Autorinnen über die Analyse der schlechten Wirklichkeit hinaus Ideen für eine feministische Neubewertung zentraler Begriffe wie Rationalität, Öffentlichkeit, Partizipation und Demokratie zu entwickeln. Und dies eben nicht nur in Auseinandersetzung mit den bekannten Vertretern der Demokratietheorie, sondern auch durch konstruktive Bezugnahme auf feministische Debatten - was diesen Band spannend und inspirierend macht.

Cilja Harders

Elke Biester, Barbara Holland-Cunz, Birgit Sauer (Hg.): Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Frankfurt a.M. 1994

Vom Befreiungskampf zur zivilen Gesellschaft

Widersprüche der Demokratisierung im südlichen Afrika

Der demokratische Aufbruch, der viele und sehr unterschiedliche Teile der Dritten Welt vor etwa fünf Jahren erfaßt hatte, scheint zunächst einmal vorüber. Vielerorts macht sich Ernüchterung breit. Befinden sich die Demokratisierungsprozesse in der Krise oder ist gar ihr Ende abzusehen?

In einigen Ländern haben die Machthaber den Übergang weitgehend unbeschadet überdauern können, etwa die CCM in Tansania; in anderen, so in Kenya, ist der Übergang zu Mehrparteienherrschaft und zu größeren Partizipationschancen im Ansatz stecken geblieben. Es entsteht der Eindruck, als habe sich trotz des Übergangs zu formal demokratischen Verhältnissen nicht wirklich etwas geändert. Fujimori in Peru und Abachia in Nigeria zeigen, daß autoritäre und diktatorische Lösungen keineswegs ein für allemal ausgedient haben. Freilich verdeutlicht Nigeria nach den vom Militär kassierten Präsidentschaftswahlen, daß die Bewegungen für Demokratie eine soziale Tatsache sind. Zynismus gegenüber ihren Forderungen wäre angesichts der aufopferungsvollen und ausdauernden Kämpfe der nigerianischen Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen und Gruppierungen grundsätzlich verfehlt.



Arbeitslose Jugendliche in Windhoek, Namibia

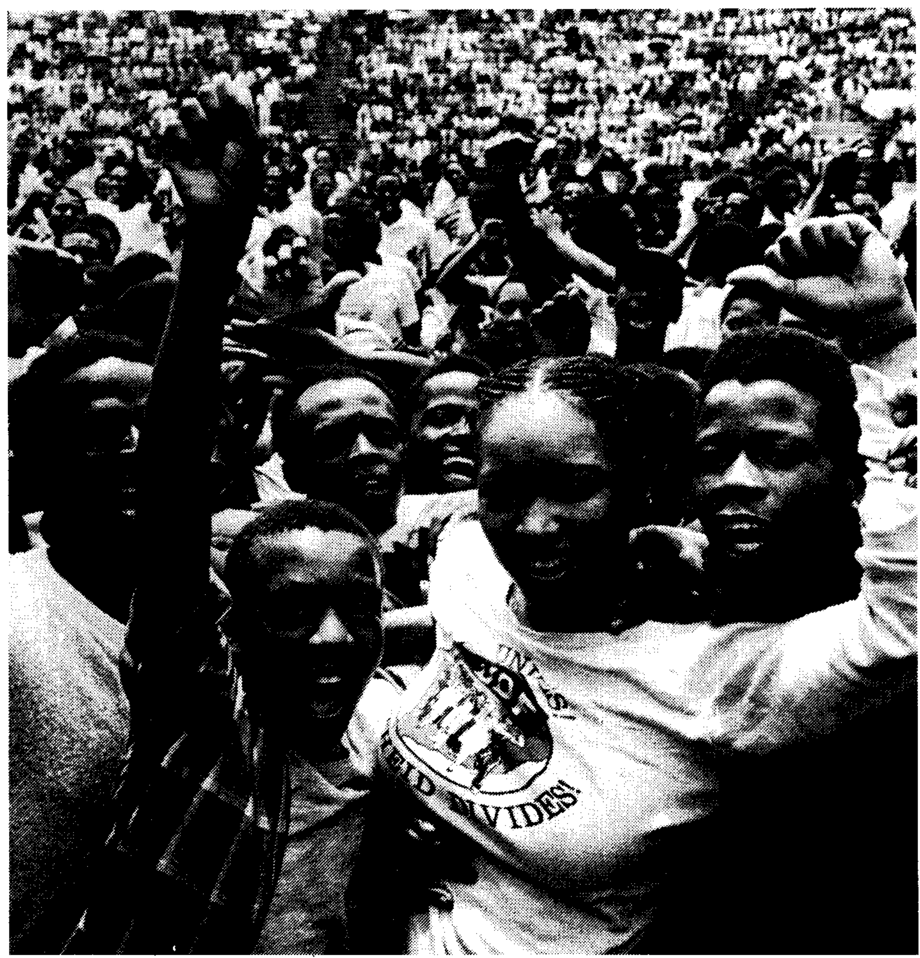
Materielle Grundlagen und Demokratisierung

Politische Veränderungen in der Dritten Welt verdienen besonderes Interesse, wenn nach Möglichkeiten der Verknüpfung von zivilgesellschaftlichen Prozessen innerhalb der nationalstaatlich verfaßten Gesellschaft gefragt wird. Dabei bleibt für die Herausbildung der heutigen Staaten in der Dritten Welt die koloniale Fremdherrschaft ein entscheidendes Moment. Die kolonialen Interessen unterminierten die Tendenzen zur Herausbildung von Staatsformen als Kohäsionsfaktor zur Sicherstellung fortgesetzter gesellschaftlicher Reproduktion autochthoner sozialer Schichten.

Dieser Umstand ist im südlichen Afrika nach dem Ende der Apartheid besonders gut zu beobachten. Hier sind vielleicht die weitreichendsten Veränderungen eingetreten: Mit dem formalen Ende der Apartheid durch den Übergang zur Mehrheitsherrschaft zunächst 1990 in Namibia und 1994 auch in Südafrika wurde ein jahrzehntelanger gewalttätiger Konflikt beigelegt. Damit wurde eine Zielvorstellung gesellschaftlicher Veränderung eingelöst, die ebenso wie der rassistische Alptraum das Leben von Generationen entscheidend geprägt hatte.

Zugleich zeigt sich heute die Problematik, die von vielen schon lange vorausgesehen wurde: „Getrennte Entwicklung" bestand nicht allein aus den sprichwörtlichen, nach "Rassen"gruppen getrennten Toiletten und Parkbänken der „kleinen Apartheid"; sie konnten schon vor einiger Zeit relativ problemlos verschwinden, ohne aber das System oder die sozioökonomischen Strukturen zu ändern. Allerdings verband sich mit der Mehrheitsherrschaft die Erwartung wenn nicht auf eine sofortige Beseitigung dieser Verhältnisse, so doch auf schnelle Veränderung oder zumindest die Überwindung der schreiendsten Formen des Unrechts. Exemplarisch kam diese Hoffnung im Reconstruction and Development Programm (RDP) zum Ausdruck, das der ANC vor noch nicht einem Jahr im südafrikanischen Wahlkampf als Leitlinie für die erste Mehrheits-Regierung des Landes propagierte. Heute ist von den Versprechen, etwa dem dringend benötigten Wohnungsbauprogramm, noch nicht viel eingelöst.

Effektive demokratische Partizipation an öffentlichen Angelegenheiten, soll sie denn mehr als ein formales, sporadisch wahrgenommenes Recht sein, ist wesentlich an materielle Bedingungen geknüpft. Die Perspektive formaler Demokratisierung wird fragwürdig, wenn sie nicht durch minimale Formen gesellschaftlicher Redistribution ergänzt wird. Im südlichen Afrika geht es heute in erster Linie darum, ob das schwieri-



Dem Jubel über das Ende der „kleinen Apartheid" folgt die Ernüchterung

ge Erbe der Siedlergesellschaften überwunden werden kann. Dieses auch strukturelle Erbe besteht nicht zuletzt in der extremen Ungleichheit der Verteilung von materiellen Gütern und Lebenschancen. Die Forderung nach mehr Gerechtigkeit richtet sich gegen das in solchen Verhältnissen begründete Unrecht. Umverteilung läßt sich jedoch nicht ohne weiteres verordnen: Auch wenn dieses Vorhaben ernsthaft verfolgt wird, stößt es auf prinzipielle Schranken, die auf den Kompromißcharakter des Übergangs zurückgehen.

Kompromisse als Schranken gesellschaftlicher Veränderung

Zunächst in Zimbabwe 1980, zehn Jahre später in Namibia und schließlich 1994 in Südafrika wurde die Mehrheitsherrschaft nicht einfach durch den militärisch begründeten Sieg der Befreiungsbewegung erreicht. Die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechtes als Grundprinzip für die Konstituierung der politischen Macht mußte mit formalen, aber auch materiellen Grenzsetzungen verknüpft werden, die noch von den Vorgängerregimen fixiert wurden. Diese Arrangements im Prozeß der institutionellen Transition dienen der Schaffung stabiler Verhältnisse, sie schränken die Handlungsmöglichkeiten der durch Wahlen nach dem Prinzip „eine Person, eine Stimme" legitimierten Regierungen von vornherein wesentlich ein. Eine effektive Durchführung notwendiger Reformen ist schon durch einen zumindest potentiell widerspenstigen, jedenfalls kaum reformfreundlichen Verwaltungsapparat behindert. Ebenso ist die Befriedigung der Aufstiegserwartungen vieler Kader der Befreiungsbewegung nur möglich auf Kosten einer weiteren Aufblähung des ohnenhin bereits überdimensionierten öffentlichen Dienstes. In Südafrika ist die für fünf Jahre festgeschriebene Regierung der Nationalen Einheit unter Einschluß der Nationalen Partei ausdrücklich als Garantie nicht nur gegen das angeblich drohende Chaos des Übergangs, sondern zugleich auch gegen allzu krassen Wandel konzipiert. Demokratie dient den Vorgängerregimen als funktionales Gleichgewicht, Fragen nach sozialer Herrschaft und politischer Partizipation bzw. sozialem Ausgleich wurden in den formalen Vorgaben, wie sie in Verfassungen und Gesetzen niedergelegt sind, weitgehend ausgespart.

Bei wirklichen Verfügungsmöglichkeiten geht es aber vor allem auch um gefestigte sozioökonomische Strukturen und um Besitzverhältnisse. Die Verfügung über Kapital und Land ist eng gekoppelt an reale Chancen auf eine qualifizierte Ausbildung, ebenso wie an den Zugang zu Informationen und Kommunikationsmitteln. In allen diesen Breichen können krasse Ungleichheiten, wenn überhaupt, nur längerfristig reduziert oder gar überwunden werden. Durch die Öffnung von qualifizierten und oft teuren Schulen wird in erster Linie die Kooptation der nächsten Generation der postkolonialen schwarzen Elite befördert. Bildungsinvestitionen in ländlichen („kommunalen") Gebieten hingegen tragen schon eher zu längerfristig erhöhten Partizipationschancen bei. Durch den Ausbau von Telefonnetzen, der Stromversorgung, von Wasserleitungen und durch andere Infrastrukturmaßnahmen können aber durchaus auch auf kürzere Sicht fühlbare Verbesserungen für zuvor systematisch benachteiligte Regionen, wie etwa in Namibia für die bevölkerungsreichste Region im Norden, erreicht werden. Doch die strukturellen Probleme sind auf dieser Ebene nicht zu beheben.

Besonders die Landfrage ist von großer materieller, aber auch von hoher symbolischer Bedeutung. Kolonialisierung ebenso wie Apartheid waren zunächst einmal gleichbedeutend mit der großflächigen Enteignung von Land. Mit der ausdrücklichen Zielsetzung, sie als billige Arbeitskräfte für Bergbau, kommerzielle Landwirtschaft und Industrie zu mobilisieren, wurden Hunderttausende von dem Land vertrieben, das sie als ihre angestammte Lebensgrundlage betrachteten; wo eine afrikanische Landwirtschaft weiter existierte, wurde sie durch Überbevölkerung, Überweidung und sonstige Überbeanspruchung der natürlichen Lebensgrundlagen auf ein elendes Niveau gedrückt.

Die Perspektive der Mehrheitsherrschaft verband sich daher für viele der ethnisch-regional definierten Gemeinschaften mit der Hoffnung oder auch der festen Annahme, nun werde ihnen die Kontrolle über Grund und Boden zurückgegeben. Dem stehen im wesentlichen zwei Gesichtspunkte entgegen: Zum einen ist während der kolonialen Periode und erst recht durch die Apartheidpolitik eine vielfältige Entwicklung eingetreten, die sich nicht einfach rückgängig machen läßt: Städte und größerflächige Siedlungsgebiete lassen sich nicht wieder in Weideland verwandeln; die Zurückgabe von Naturparks an ihre ursprünglichen Besitzer bzw. deren Nachkommen würde zumindest einschneidende politische Weichenstellungen voraussetzen und in erster Linie den Staat treffen. Vor allem aber steht der einfachen Rückgabe das Argument entgegen, die inzwischen etablierte kommerzielle Landwirtschaft lasse sich nur mit relativ großen Einheiten und nicht auf der Grundlage kommunalen Landbesitzes profitabel betreiben. Gerade diese Sichtweise ist nicht unwidersprochen geblieben, bestimmt aber eindeutig die pragmatische Politik der heutigen Regierungen im südlichen Afrika. Nicht vergessen werden sollte auch, daß die gewaltsame Umsiedlung von Hunderttausenden, ja Millionen, die wesentlicher Bestandteil der Apartheidpolitik war, nicht

dadurch wiedergutzumachen ist, daß etwa derselbe Prozeß in umgekehrter Richtung inszeniert wird.

Restaurative Wiedergutmachung?

Ungelöst wäre auch im Falle einer politischen Bereitschaft zu einer radikalen Umverteilung von Grund und Boden aber nach wie vor das Problem, wo eigentlich die historische Schnittlinie für die Neudefinition von Besitz- und Nutzungsrechten zu ziehen wäre. Jahrhundertelange Migrationsprozesse und Konflikte um territioriale Kontrolle entziehen sich aus heutiger Sicht einer „neutralen", „fairen" oder „objektiven" Beurteilung. Wiedergutmachung wird dann leicht zum Zankapfel unterschiedlicher und einander ausschließender Interessen.

Gerade angesichts der Hinterlassenschaft des letztlich gescheiterten Groß-Entwicklungsprojektes namens Apartheid wird jenseits des offenkundigen Dilemmas einer ungelösten Landfrage deutlich, daß eine Entwicklungsstrategie, die nicht zuletzt zur Angleichung von Lebens- und Partizipationschancen und zur Überwindung von Unrecht beitragen will, alles andere als restaurativ sein kann. Sie muß auf den gegebenen Grundlagen einerseits aufbauen und sie andererseits zugleich zu verändern suchen. Der neokoloniale Einschlag der Entwicklung nach der Etablierung demokratisch legitimierter Regierungen ist damit weitgehend vorgegeben, da die unter der Siedlerherrschaft etablierten sozioökonomischen Strukturen als Sachzwänge akzeptiert werden. Im günstigsten Fall gelingt es dann staatlicher Politik, die ererbten Ungleichheiten zu mildern und nicht zuletzt, die Nebenerscheinungen der Etablierung neuer Eliten aus den Kadern der Befreiungsbewegungen in Grenzen zu halten.

In die globale Interessenskonstellation nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ordnet sich diese Perspektive bruchlos ein. Doch hinter die Erwartungen, die die bis vor kur-zem kolonisierten Bevölkerungsmehrheiten hegen, fällt solcher Pragmatismus weit zurück. Hier zeichnen sich schwerwiegende Legitimationsprobleme gerade für demokratisch, formal und inhaltlich durch das Erbe des Befreiungskampfes legitimierte Regime ab.

Entwicklung und gesellschaftliche Hegemonie

Wenn von den materiellen Voraussetzungen zur Einlösung von Partizipationschancen die Rede ist, so darf eines der wesentlichen Krisenmomente nicht übersehen werden, die im südlichen Afrika, vor allem in Südafrika selbst, das Ende der Minderheitsherrschaft wesentlich bestimmt hat: die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen den auf den Arbeitsmarkt drängenden Lohnabhängigen und den realen Möglichkeiten entlohnter Beschäftigung zumindest im formellen Sektor. Dieses Überangebot an Arbeitskraft war untrennbar verknüpft mit den formellen und informellen Diskriminierungsmechanismen vor allem im Ausbildungssystem des alten Regimes. Das Problem ist aber auch mittels der zumindest im Staatsapparat praktizierten positiven Diskriminierung (affirmative action) nicht kurzfristig zu lösen; das bedeutet nicht nur hohe Arbeitslosigkeit, sondern auch, daß vor allem viele junge Leute in den informellen Sektor abgedrängt werden.

Vor diesem Hintergrund ist „Entwicklung" eine Notwendigkeit auch unter dem Aspekt, daß den mit der Mehrheitsherrschaft etablierten demokratischen Institutionen Substanz verliehen werden soll. Die Richtung dieser Entwicklung und die Inhalte der sie anzielenden Strategie sind freilich selbst Gegenstand eines gesellschaftlichen Aushandlungs- und Entscheidungsprozesses. Dabei wird der minimale Konsens definiert und immer wieder neu bestimmt, der den Entwicklungsstil entscheidend prägt. Im Anschluß an Antonio Gramsci können wir diesen Prozeß als den Kampf um gesellschaftliche, kulturelle und ideologische Hegemonie bestimmen - oder auch als die Wirkungsweise einer womöglich kaum umstrittenen Hegemonie begreifen. Dabei geht es um Machtverhältnisse, um die Transparenz von Regierungshandeln und seine gesellschaftliche Rückbindung, aber auch um die Fähigkeit zivilgesellschaftlicher Gruppierungen, eigenständig Interessen zu artikulieren. Hier kann sich erweisen, in welchem Maß gesellschaftliche Mobilisierungsprozesse über die formalpolitische Überwindung der Apartheid hinaus langfristig wirksam, oder aber nach Erlangung dieses Zieles von neuen Machtinteressen zurückgedrängt und paralysiert werden können.

Zweideutigkeiten der Versöhnungs-Politik

Ganz ausdrücklich wurden und werden die engen Grenzen einer materiellen Besserstellung für die Massen der Erniedrigten und Beleidigten - und für die große Mehrzahl derer, die mit hohem Einsatz oft über Jahre und Jahrzehnte hinweg den Widerstand gegen das Apartheidsystem unter weitreichenden persönlichen Risiken verkörpert haben - durch diese Zugeständnisse an alte und neue Eliten bestimmt. Dem entspricht auf der im engeren Sinn politischen Ebene eine andere Zweideutigkeit: Die Geduld, die gerade den Unterprivilegierten abverlangt wird, wird mit der Notwendigkeit der „Versöhnung" (reconciliation) zwischen den einst verfeindeten Lagern begründet. Dies entspricht einer nachvollziehbaren Einsicht: Minimaler gesellschaftlicher Zusammenhalt und der Konsens über demokratische Entscheidungsprozesse sind nur zu erreichen, wenn der Wille zur Vernichtung des Gegners überwunden wird, der mit der militärischen Konfrontation - sei es im Guerilla-Krieg, sei es in den township-Kämpfen - unvermeidlich einherging. Doch „Versöhnung" beschränkt sich nicht auf die spektakulären Ereignisse wie die Integration von Polizei und Armee beider Seiten. Sie hat auch die entscheidende Dimension des Umgangs mit der Vergangenheit - sowohl derer der einstigen Gegner als auch der eigenen.

Hier lassen sich deutliche Unterschiede im Vorgehen von SWAPO in Namibia und später des ANC in Südafrika erkennen. Das gilt zum einen für die Aufklärung der Verbrechen des alten staatlichen Repressionsapparates und für die Frage, ob dessen Mitglieder zur Verantworung gezogen werden sollen. Das gilt aber auch für die noch wesentlich schmerzhaftere Frage, wie die nunmehr an der Staatsspitze installierten Befreiungsbewegungen mit den kritikwürdigen Seiten ihrer eigenen Vergangenheit umgehen. Während die Verantwortung für Inhaftierung und Folter einiger hundert SWAPO-Angehöriger unter dem Vorwurf, südafrikanische Spione zu sein, von der SWAPO-Führung auch nach der Unabhängigkeit zielstrebig aus der öffentlichen Auseinandersetzung herausgehalten wurde, hat sich die ANC-Führung wesentlich offener gezeigt, als auch hier ähnliche Vorgänge

bekannt wurden. Desweiteren sind in Südafrika mehrere Kommissionen damit beschäftigt, die Beziehungen zwischen offizieller Polizei, der ebenso mysteriösen wie furchterregenden „Third Force" sowie der Inkatha-Partei aufzuklären. Die Konsequenzen, die daraus gezogen werden, sind noch offen. Klar dürfte sein, daß eine solche, schon im Interesse fundamentaler öffentlicher Sicherheit notwendige Aufklärung kaum möglich und erst recht nicht glaubwürdig wäre, wollte der ANC seine eigene Vergangenheit einem Mindestmaß an kritischer Bewertung entziehen.

Existenzbedingungen ziviler Gesellschaft...

Eine ehrliche Versöhnungspolitik ist ebenso wie eine aussichtsreiche Entwicklungsstrategie kaum als regierungsamtliche Veranstaltung vorstellbar. Die repräsentativen Organisationen der Befreiungsbewegungen haben bisher im südlichen Afrika eindrucksvolle und sogar überwältigende Erfolge bei freien Wahlen verzeichnet; das wird nicht durch die Tatsache geschmälert, daß die Wahlergebnisse auch regionale und ethnische Loyalitäten offenbart haben (die sollen auch in etablierten westeuropäischen Demokratien vorkommen).

Wesentlich problematischer als etwa die Mehrheitsverhältnisse im Parlament, die Schwäche und geringe Qualität der parlamentarischen Opposition wie in Zimbabwe und vor allem in Namibia und die daraus zuweilen prognostizierten Tendenzen zu faktischen Ein-Parteien-Systemen dürfte ein anderer Trend sein: Das Ende der Apartheid wäre kaum vorstellbar gewesen ohne die jahrzehntelange Mobilisierung vieler Menschen. Das hat zu sehr vielfältigen Organisationsprozessen auf lokaler, regionaler, seltener auch auf nationaler Ebene geführt. Anders wäre der hartnäckige Widerstand, der entscheidend zur Destabilisierung des Minderheitenregimes gerade auch von innen her beigetragen hat, kaum denkbar gewesen. Der ANC unterstützte aus dieser Einsicht heraus die United Democratic Front als mit ihm sympathisierende Dachorganisation dieser vielfältigen gesellschaftlichen Organisationsansätze, und er suchte das Bündnis mit dem Gewerkschaftsverband COSATU. In der Verhandlungsphase zu Beginn der neunziger Jahre spielte COSATU als Mitglied der Triple Alliance neben ANC und KP auch eine entscheidende politische Rolle. Schon in dieser Periode rekrutierte der ANC wichtige neue politische Kader aus der Führungsspitze von COSATU.

Mit der Übernahme der Regierung nicht nur in der Zentrale, sondern auch in neun der elf neugeschaffenen südafrikanischen Provinzen hat sich dieser Prozeß intensiviert: Zahlreiche Führungskader nicht nur der Gewerkschaften, sondern auch vieler anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen wurden in den Staatsapparat rekrutiert. Das ist fast unvermeidlich. Wenn dieser Apparat wenigstens in einem Mindestmaß transformiert werden soll, so muß das Potential aus den unterschiedlichen Erfahrungszusammenhängen und Organisationen kommen, die den Kampf gegen das Apartheidsystem getragen haben. Zugleich aber wird damit die Tendenz zur Demobilisierung verstärkt, die an sich schon mit dem symbolischen Erfolg der Regierungsübernahme gegeben ist.

...angesichts staatlicher Integrationspolitik

Dieser Prozeß der Absorbierung gerade der aktivsten Vertreterinnen und Vertreter einer zivilen Gesellschaft in den Staatsapparat war in Namibia nach der Unabhängigkeit 1990 vielleicht noch ausgeprägter als in Südafrika. Sukzessive haben Führungspersönlichkeiten des Gewerkschaftsverbandes NUNW, von Frauengruppen und Gemeindeorganisationen, teilweise aber auch der Kirchen sowie engagierte Lehrer und Journalisten diesen Weg beschritten. Das bedeutet zweifellos individuellen Aufstieg, oft auch Anerkennung für persönliche Opfer, nicht zuletzt auch materielle Belohnungen. Dies wie auch die aus den genannten Gründen nach wie vor beschränkte Umstrukturierung und Umbesetzung der staatlichen und parastaatlichen Apparate ist aber erkauft damit, daß zunächst einmal die Erfahrensten und Fähigsten (und bis dahin oftmals Entschiedensten und Kompromißlosesten) aus den zivilgesellschaftlichen Strukturen herausgelöst werden. Gerade da, wo es wie in Namibia auf der Ebene formaler politischer Institutionen allenfalls eine höchst schwachbrüstige und zudem mit dem Odium der Kollaboration mit der südafrikanischen Besatzungsmacht behaftete Opposition gibt, gewinnt eine aktive Zivilgesellschaft besondere Bedeutung, sollen Regierung und Staatsapparat kontrolliert werden.

In Südafrika waren die unterschiedlichsten Basisorganisationen, aber auch nationale Zusammenschlüsse schon während der Schlußphase des Apartheidregimes wesentlich stärker konsolidiert und ausdifferenziert. Sie spielten auch im Vergleich zu Namibia eine deutlich zentralere Rolle. Das kam nach den Aprilwahlen 1994 vor allem in dem selbstbewußten Auftreten von COSATU zum Ausdruck; der Gewerkschaftsverband hat sich jüngst ausdrücklich gegen das Abdriften seiner Führungskader in den Regierungsapparat gewandt, viele der civics freilich klagten über personelle Auszehrung und rückläufiges Interesse. Ein ebenso deutliches wie bedenkliches Zeichen für den Rückgang kritischer Öffentlichkeit ist die Einstellung einer ganzen Reihe von Zeitungen und Zeitschriften, die oft über mehr als ein Jahrzehnt eine wesentliche Rolle bei der Aufklärung über Apartheid und bei der Diskussion von Alternativen und Handlungsmöglichkeiten gespielt haben.

Auch die Möglichkeiten zur Artikulation der eigenen Interessen sind in jeder Gesellschaft ungleich verteilt. Gerade da, wo demokratische Rechte nach der formalpolitischen Überwindung der Minderheitsherrschaft endlich garantiert sind, sind die materiellen Möglichkeiten zu ihrer Ausübung nicht einheitlich. Ungleiche Ausbildungsniveaus, etablierte Organisationszusammenhänge und persönliche Verbindungen, unter den Minderheitsregimes erworbene Routine in öffentlichen Angelegenheiten und nicht zuletzt die Verfügung über das nötige Kapital zum Auftreten auf dem Medienmarkt sind Momente, die zunächst einmal die zivilgesellschaftlichen Strukturen der alten Eliten begünstigen, wenn ihnen diese Artikulations- und Handlungsmöglichkeiten nicht durch diktatorische Eingriffe genommen werden. In Verfassungen garantierte Grundrechtskataloge sind aber zunächst einmal blind gegenüber den materiellen Bedingungen ihrer Einlösung. Es hängt daher unter anderem von zusätzlichen politischen Interventionen, auch von interner wie externer materieller Unterstützung ab, in welchem Maße auch die Nicht-Privilegierten die Chance haben, solche Rechte wirklich auszuüben.

Immer wieder und zurecht ist betont worden, daß die Anlässe für Solidarität mit der Überwindung des Skandals von Kolonialismus und Apartheid noch keineswegs beseitigt sind. Der formale Übergang zur Mehrheitsherrschaft, die staatliche Unabhängigkeit und im Fall Südafrikas der Amtsantritt einer demokratisch legitimierten Regierung waren erste unverzichtbare Schritte. Die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung derer, die aktiv die weitere Entwicklung zu beeinflussen suchen und daher auch die Politik der legitimen Regierungen kritisch begleiten, hat ein weites, noch kaum genutztes Feld für Aktivitäten eröffnet, die vielfältiger sein können als es die klassische, weitgehend auf repräsentative Organisationen beschränkte Solidaritätsarbeit gewesen ist.

Während wir uns lange Zeit darum bemühten, die Befreiungsbewegungen in den Ländern des Südlichen Afrika in ihrem Kampf um die Erringung der politischen Macht zu unterstützen, gilt es nun, die allzu enge und bornierte Ausübung dieser Macht kritisch zu hinterfragen. Die gesellschaftlichen Formen der Auseinandersetzung um größere Gleichheit haben gewiß ein neues Stadium erreicht, das als Fortschritt bewertet werden darf. Aber beendet ist dieser Prozeß keinesfalls.

**Reinhart Kößler/
Henning Melber**



Foto: P. Lichfield aus: Tourismus, Fotos für Gespräche (s. Rezension S. 47)

Mit Neckermann auf Ökotrip

Die Tourismuskritik modernisiert die Branche

Die Kritik am (Fern-)Tourismus, insbesondere die Frage nach seiner sogenannten Umwelt- und Sozialverträglichkeit, ist heutzutage ebenso unerläßlicher wie folgenloser Bestandteil jeder Reiseberichterstattung in Fernsehen, Funk und Zeitung. Klagen über die in vielerlei Hinsicht zerstörerischen Wirkungen des Tourismus gehören zum guten Ton und vertragen sich vortrefflich mit praktischen Tips für das jeweilige Reiseziel, das Gegenstand des Berichts ist. Woher rührt diese 'Verträglichkeit'? Liegt es etwa auch an der Qualität der Kritik, daß diese so leicht vereinnahmt werden konnte?

Um die Kritikerinnen und Kritiker des Ferntourismus ist es im Laufe der letzten Jahre immer stiller geworden - eine Entwicklung, die wiederum von den Medien auf's heftigste beklagt wird.[1] Profilierte WortführerInnen haben entweder resigniert , wie z.B. Jost Krippendorf[2], oder sich auf's Mitmachen verlegt , wie z.B. Ludmilla Tüting, die mittlerweile Nepal-Reiseführer für Großreiseveranstalter schreibt[3]. Die 'Reisende Schule Dritte Welt', deren Ziel es nicht zuletzt war, einen 'anderen' Tourismus zu praktizieren, erfährt mittlerweile keine fremden Länder mehr, sondern nur noch sich selbst. Ihr aktuelles Bildungsprogramm, das sich in esoterisch angehauchten 'Reiseangeboten' in die innere Fremde erschöpft - vom Peacekeeper-Training über afrikanische Power-Tänze bis hin zur Selbsterfahrung an Wasseradern - legt hiervon beredtes Zeugnis ab. Die Arbeitsgemeinschaft 'Tourismus mit Einsicht', ein Zusammenschluß verschiedener tourismuskritischer Gruppen im deutsch-sprachigen Raum, der jahrelang auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) präsent war, wollte nicht länger als moralisches Feigenblatt für den Tourismussektor herhalten und hat sich 1992 aufgelöst. Entsprechend sind die kritischen Stimmen auf der ITB rar geworden: Gab es 1993 zumindest noch einige kritische Rahmenveranstaltungen[4], war im Programm der diesjährigen ITB überhaupt nichts Kritisches mehr zu finden. Aus den Reihen der 'FundamentalkritikerInnen' hält einzig die 'gruppe neues reisen' wacker die Stellung.

Vom Notschrei zum Schlachtruf

Die Tourismusbranche verfährt mit Kritik an der von ihr produzierten Ware Reise grundsätzlich nicht anders als andere Sektoren auch. Beständig wird versucht, Kritik kommerziell aufzugreifen und marktgerecht umzuwandeln - die Bezeichnung 'bio' oder 'öko' spricht davon Bände.

Entsprechend sind die „Notschreie" der Tourismus-KritikerInnen, wie Robert Jungk, der 'Vater des Sanften Tourismus' es ausdrückte, in „Schlachtrufe" der Tourismusbranche umgewandelt worden.[5] Freilich wurde ihr dies häufig auch nicht allzu schwer gemacht: Indem nämlich die KritikerInnen ihre Kritik gleich so 'anboten', daß sie umstandslos in die warenförmige Logik integriert werden konnte. Ein Beispiel hierfür ist die Erfindung des Grünen Koffers als Markenzeichen für ökologisch unbedenkliche Reisen - das Pendant zu blauen Engeln und grünen Punkten.[6]

Ein anderer Trend ist die Konjunktur von sogenannten Begegnungsreisen. Das 'lifeseeing', die direkte Begegnung mit den Einheimischen, die anzubieten früher kleinen Spezialreiseveranstaltern vorbehalten war, gehört mittlerweile - nicht selten mit dem Etikett der 'Völkerverständigung' versehen - zum Standardrepertoire auch 'ganz normaler' Reiseveranstalter. Dies ist meiner Meinung nach nichts anderes als eine Reaktion auf die soziokulturell motivierte Kritik am (Fern-)Tourismus, die nicht müde wurde, den TouristInnen direkte Kontakte zu den Einheimischen nahezulegen.

Selbst die Kritik, die etwa die Werbemethoden und Reisepraktiken von Abenteuer-Reiseveranstaltern an den Pranger stellt, läßt sich noch instrumentalisieren.[7] Nach Durchsicht einiger Kataloge von z.B. 'ikarus', einem der größten und häufig kritisierten Reiseunternehmen, bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß Kritik dort häufig in einer Weise aufgegriffen wird, die die Werbung für eine Reise bzw. die Anpreisung 'unverdorbener Naturvölker' noch zynischer ausfallen läßt, als sie vorher ohnehin schon war. Das liest sich dann z.B. so:

„Papua-Niugini, erst seit einigen Jahren in die Selbständigkeit entlassen und immer so als eine Art skurriler Menschenzoo betrachtet, in welchem die Menschen federgeschmückt und nur mit einer Penishülle bzw. einem Schamstreifen bekleidet einhergehen und auf die fotografierwütigen Touristen warten. Tatsächlich ist auch heute noch Papua von vielen Geheimnissen umgeben, denn es wurde sehr spät entdeckt."

oder:

„Die Cuna-Indianer (...) sind heute - aus eigener Entscheidung heraus - touristische Fotografier-Objekte, wobei sie sich selbstbewußt teuer bezahlen lassen. Dafür kostümieren sie sich so, wie es der Tourist gerne hat."[8]

Über einer scheinbare Distanzierung von kritisierten Klischees werden diese hier eher verfestigt denn entkräftet. Dies ist nicht einfach die Schuld der Kritiker. Deren Versäumnis besteht jedoch darin, nicht hinreichend verfolgt zu haben, wie und mit welchen Folgen ihre Kritik aufgegriffen wurde.

Der eingeschränkte Horizont der KritikerInnen

Für das Verschwinden der Tourismus-Kritik scheint mir jedoch der oftmals sehr enge Horizont der KritikerInnen gravierender zu sein als diese Vereinnahmungsdynamiken. Er macht sich insbesondere dann bemerkbar, wenn es darum geht, Negativkritik in konstruktive Perspektiven umzuwandeln. Nur allzu häufig wird der Tourismus, vor allem der Ferntourismus, um den es hier in erster Linie gehen soll, von der Kritik als quasi-isoliertes Phänomen aufgefaßt. Folglich wird sowohl den gesellschaftlichen Verhältnissen, aus denen er entspringt, als auch seinen Strukturmerkmalen wie z.B. dem Massenaspekt und dem industriellen Charakter zu wenig Beachtung geschenkt. Was nun insbesondere den Ferntourismus angeht, werden zudem die Spuren, die der Kolonialismus auf Seiten der Reisenden hinterlassen hat, nicht hinreichend berücksichtigt. All dies mündet häufig in eine Überschätzung individueller Handlungsspielräume, die sich in hehren moralischen Appellen an die TouristInnen ausdrückt, dieses zu tun und jenes zu lassen.

Das gilt nicht nur für die pragmatische Strömung der Tourismuskritik, die einen sanften Tourismus propagiert, sondern auch für zwei radikalere Tendenzen, die zum Verzicht auf Reisen und zum Ghetto-Tourismus aufrufen. Diese Tendenzen schließen sich im übrigen keineswegs aus, sondern werden im Gegenteil oftmals als 'Paket' präsentiert.

Reiseverzicht, Ghettos ... und Sanfter Tourismus

Zunächst gibt es da diejenigen, die für einen weitgehenden Verzicht - mindestens auf Fernreisen - plädieren. Stattdessen sollen verstärkt Naherholungsräume genutzt werden, zum Beispiel der 'naturnah' hergerichtete Balkon oder der heimische Wald. Die Devise lautet dabei: Lieber den Alltag verfremden als in die Fremde fahren.[9]

Andere argumentieren, daß gegen (Fern-) Reisebedürfnisse nun mal kein Kraut gewachsen sei und plädieren daher für den vermehrten Aufbau von TouristInnenghettos in der Fremde. Die Ghettos sollen die Kontakte zwischen TouristInnen und Einheimischen so gering wie möglich und damit den Schaden in Grenzen halten.[10]

Diese Vorschläge unterscheiden sich zwar in der Hinsicht, daß der eine eher moralisch appellativ auf die Wirksamkeit individueller Boykotthaltungen setzt, der andere hingegen pragmatisch auf reine Schadensbegrenzung zielt. Jedoch haben sie auch wichtige Gemeinsamkeiten: Beide ignorieren, daß es sich bei der touristischen Sehnsucht nach dem Fremdartigen um ein gesellschaftlich und historisch determiniertes Bedürfnis handelt, dem weder mit Verzichtappellen noch mit Ghettos so ohne weiteres beizukommen ist. Denn die Industrialisierung und Zivilisierung der Lebensverhältnisse in Europa, mit der u.a. eine zunehmende sinnliche und emotionale Verarmung des Alltags sowie eine um sich greifende Sicherheitsideologie einherging, brachte nicht nur das Bedürfnis nach zeitweiliger Flucht hervor, sondern stellte auch die Mittel zur Umsetzung bereit. Und da sich hieran bis heute nichts geändert hat, gibt es für viele Menschen nicht nur zum Reisen an sich, sondern auch zum Reisen in die ferne Fremde keine Alternative.

Weiter übersehen derartige Vorschläge, daß - analog zum Warencharakter des Tourismus - die Reise längst zu einem Statussymbol geworden ist, über das sich gesellschaftliches Prestige gewinnen oder auch verlieren läßt. Dieser Umstand wiederum unterstützt nicht nur den Trend, immer weiter weg, an immer 'exotischere' Plätze der Erde zu reisen, sondern auch die immer stärkere Differenzierung der Reiseformen - je spektakulärer, desto prestigeträchtiger.

Schließlich gibt es noch diejenigen, die nach dem Motto argumentieren: 'Wenn schon reisen, dann bitte sanft, aktiv und mündig' - was heutzutage heißt: sozialverantwortlich und umweltverträglich. Hier sind es wieder vor allem moralische Appelle - ob an die Tourismus-Industrie, die Reisenden selbst oder die 'Empfänger'länder - die mißliche Zustände beheben oder mildern sollen. Entsprechend werden Checklisten („Sind Sie ein sanfter Tourist?"...) und Verhaltenskataloge bereitgehalten.[11] So wird den Reisenden nahegelegt, möglichst die Sprache des Reiselandes zu erlernen, sich vor Reiseantritt über Land und Leute zu informieren, 'landestypische' (was immer auch darunter zu verstehen ist) Unterkünfte und Nahrung zu wählen usw.

Vergegenwärtigt man sich den Massencharakter des modernen Tourismus, der im übrigen das Reisen in die Ferne erst möglich werden ließ, dürfte es sich bei derartigen Empfehlungen weniger um praktikable Vorschläge für Massen handeln. Es sind vielmehr Alternativ-vorschläge, die auf Personengruppen zugeschnitten sind, die sich von ihrer Zeit her einen solchen Aufwand leisten können und wollen. Denn schließlich wollen die Menschen auf Reisen nicht nur, aber vor allem eines: sich erholen - wie unterschiedlich dieses Motiv auch ausgelebt wird. Davon abgesehen bleibt zu fragen, welche Wirkung derartige Empfehlungen hätten, würden sie tatsächlich massenhaft in Anspruch genommen.

Zudem sehen die Apostel des Sanften Tourismus im Unterschied zu den Ghetto-Befürwortern die Lösung gerade in intensiveren Kontakten zwischen TouristInnen und Einheimischen statt in einer Abschottung. So heißt es etwa bei den 'Naturfreunden': „SANFTE TOURISTEN haben andere Ansprüche: Wichtiger als immer mehr Komfort und Freizeitangebote sind Ursprünglichkeit der Landschaft und die Bekanntschaft mit anderen Kulturen" oder: „SANFTE TOURISTEN (...) halten ihre Eindrücke auf vielerlei Weise fest - z.B. durch Erlernen fremder Tänze und Lieder..."[12] Dies wiederum verweist auf einen weiteren Aspekt: Die Reduktion der Einheimischen auf Kulturlieferanten.

Das Prinzip 'menschliche Dimension'

Besagter Aspekt tritt insbesondere in solchen Vorschlägen zutage, die sich explizit an die 'ganz normalen' TouristInnen in der Masse richten. Hierfür seien etwa die 'Sympathie Magazine', eine Publikation des (ehemaligen) 'Studienkreises für Tourismus' (StfT)[13], angeführt, die ein touristisches Verstehen von Land und Leuten fördern wollen und zu diesem Zweck in der Regel jeweils ein (Fern-)Reisezielland zum Gegenstand ihrer Hefte machen.

Zum Konzept dieser Magazine heißt es, man habe sich in bezug auf die Gestaltung des Titelblatts nicht für „eine schöne Land-

schaft oder eine landestypische Sehenswürdigkeit" entschieden, sondern für „das Prinzip menschliche Dimension": „das Porträt (...) eines einzelnen Menschen von typischem Aussehen, eines Bauern, oder eines Arbeiters oder einer Frau" (Arbeiterinnen oder Bäuerinnen scheint es in der Fremde nicht zu geben). Dies ist mit der „eindringlichen" Aufforderung an die TouristInnen verbunden, „in ihre Gesichter bei Arbeit und Fest zu schauen, teilzunehmen an ihren Mühen und Freuden (...), den Blick hinter die touristischen Kulissen zu wagen...".[14]

Hier wird jedoch ermutigt, was keiner Ermutigung mehr bedarf: Touristische Neugier, die im Ferntourismus nur allzu oft zur Schaulust gerät, sowie die touristische Sehnsucht nach einem 'Teilhaben an', die im Ferntourismus die Grenzen einer unreflektierten Nachahmung kaum überschreiten kann. Es wird der Eindruck vermittelt, man könne durch bloßes Schauen und Erleben profunde Einblicke in die Alltagswelt der Fremden bekommen. Überdies gibt das Prinzip 'menschliche Dimension' lediglich der einheimischen Bevölkerung als menschlicher Sehenswürdigkeit den Vorzug vor anderen Sehenswürdigkeiten. Und was ist ein typisches Aussehen? Betrachtet man die Titelseiten der 'Sympathie Magazine', so unterscheiden sie sich kaum von denen, die expliziten Werbezwecken dienen: nett lächelnde Menschen, sympathisch, aufgeschlossen, in bunter, traditioneller Kleidung. Indem solche Darstellungen die Einheimischen auf Träger einer in europäischen Augen exotischen Kultur reduzieren, dürften sie eher der Reproduktion denn einem Abbau tiefverwurzelter exotischer Klischees über die Fremde(n) dienen. Diese sind nun wiederum einer Annäherung an die Fremde(n) keineswegs förderlich, sondern stellen lediglich die Kehrseite rassistischer Wahrnehmungsweisen dar.

Vom Problem zur Lösung - 'alternativer' Tourismus

Ein anderes Beispiel für diese Tendenz, die Fremden im Zeichen eines Sanften Tourismus zu funktionalisieren, ist eine aus jüngster Zeit stammende Befragung von westdeutschen Reisenden, die deren Ansprechbarkeit für ein verständnisförderndes Reisen untersucht.[15] Hierzu wurde u.a. nach ihrer Bereitschaft gefragt, „von einer einheimischen Familie eingeladen zu werden, um deren Lebensweise kennenzulernen" sowie nach ihrer Motivation, eigenständige Erfahrungen zu machen, wobei „das Land lieber auf eigene Faust kennenlernen" als Indikator dafür und: „lieber an organisierten Ausflügen teilnehmen" als Indikator dagegen gewertet wurde.

Hier fragt man sich nun, ob die einst heftig beklagte 'Schmarotzermentalität' der sogenannten AlternativtouristInnen jetzt den 'NormaltouristInnen' schmackhaft gemacht werden soll. Die Alternativ-TouristInnen wären dann nicht mehr nur VorreiterInnen bei der Erschließung von Reisezielen, sondern auch Vorbilder in punkto Reiseverhalten.

Überdies offenbart diese Umfrage eine zynische Haltung gegenüber den Einheimischen, die nicht nur mit den Auswirkungen des Tourismus tagtäglich konfrontiert werden, sondern jetzt auch noch in die Rolle von PädagogInnen gedrängt werden und den verzerrten Vorstellungen irregeleiteter TouristInnen auf die Sprünge helfen sollen. Die direkte Begegnung mit den Einheimischen wird als Allheilmittel gegen touristische Vorurteile präsentiert. Unter dem Strich spiegelt dies jedoch lediglich die Tendenz wider, fremde Menschen und Länder nicht nur materiell, sondern - parallel zur sinnlichen Verarmung der hiesigen Verhältnisse - mehr und mehr auch kulturell zu funktionalisieren.

Und was soll an organisierten Ausflügen schlecht sein? Lassen sich dort grundsätzlich keine eigenständigen Erfahrungen machen? Das demgegenüber von den UmfragerInnen bevorzugte 'Kennenlernen auf eigene Faust' weist wiederum in eine Richtung, die früher als ein Charakteristikum 'alternativ' Reisender kritisiert wurde: das unkontrollierte Erreisen eines fremden Landes, das auch vor dem letzten privaten Winkel nicht haltmacht. Was früher das Problem war, soll heute die Lösung sein. Dabei spiegelt es doch nur einen schon bestehenden Trend wider, nämlich den touristischen Drang, hinter die Kulissen zu schauen.

Gewiß gibt es unter den Vorschlägen zu einem verständnisfördernden Reisen auch manch sinnvollen. Davon abgesehen wurden die hier kritisierten Maßnahmen und Vorschläge vermutlich in bester Absicht getroffen.

Das ändert jedoch nichts an der aufgezeigten Horinzontenge der Tourismuskritik, die damit zu tun hat, daß sie den Ferntourismus quasi im luftleerem Raum ansiedelt. Historisch gewachsene und gesellschaftlich präformierte europäische Wahrnehmungsmuster der Fremde(n), die sich z.B. in exotistischen und rassistischen Klischees manifestieren, läßt sie außer acht. Als Erblasten aus dem Zeitalter des Kolonialismus gehen diese jedoch mit auf die Reise. Ihre gemeinsame Grundlage besteht in der projektiven Besetzung der Fremde(n) - sei es als nachahmenswertes Vorbild oder abzulehnendes Gegenbild des Eigenen - kurz: im Absprechen ihres Subjektcharakters.

Eine Kritik, die besagte Kontexte nicht hinreichend reflektiert und die sich im Rahmen der herkömmlichen Wahrnehmungsmuster bewegt, bildet also bereits vorhandene Tendenzen im Ferntourismus eher ab, als daß sie sie emanzipatorisch überschreitet. Ob die hier proklamierten Maßnahmen und Reiseformen tatsächlich ein Schritt hin zu einer größeren Achtung der Fremde(n) darstellen, muß bezweifelt werden. Kein Wunder also, wenn es angesichts der Hilf- und Folgenlosigkeit derartiger Tourismus-Kritik und ihrer Perspektiven immer stiller um sie wird.

Jutta Bertram

„Arm, aber glücklich ..." - Wahrnehmungsmuster im Ferntourismus und ihr Beitrag zum (Miß-)Verstehen der Fremde(n), (Bd. 6 der Reihe: Fremde Nähe - Beiträge zur interkulturellen Diskussion), ist der Titel eines Buches unserer Autorin, das im Frühjahr im Lit. Verlag erscheinen wird.

Anmerkungen:

1) Und nicht nur dort: So befand anläßlich der ITB '95 selbst der TUI-Umweltbeauftragte im Hinblick auf das Verschwinden von Kritik: „Wir brauchen mehr Rabatz" (FR:4.3.95).

2) Vgl. hierzu das Interview mit Krippendorf in DIE ZEIT vom 4.3.1994. Auf die Frage: „Sie hatten einmal die Hoffung, daß kritische Minderheiten sich als Katalysatoren für die stumme Masse entwickeln könnten. Sind Sie noch dieser Ansicht?" antwortete er: „Nein. Wir befinden uns heute eher wieder in der relativ unkritischen Diskussion über Tourismusfragen."

3) Nach einer Meldung der FR vom 16.4.1994.

4) Besagte Veranstaltungen drehten sich allesamt um die Frage, ob es einen Zusammenhag zwischen 'Fremdenverkehr' und 'Fremdenfeindlichkeit' gibt bzw. ob ersterer erfolgversprechend gegen letztere eingesetzt werden kann.

5) Nach: FR vom 6.3.1993

6) Mit der Vergabe des Grünen Koffers soll in diesem Jahr begonnen werden. Verantwortlich hierfür zeichnet der Verein Ökologischer Tourismus in Europa (Ö.T.E.) e.V., ein Zusammenschluß verschiedener umweltorientierter Verbände wie ADFC, Naturfreunde usw.

7) Zur Kritik vgl. z.B. blätter des iz3w Nr. 5/1987: S.57.

8) ikarus: Expeditionen, Trekking '93: S.172 und S.131.

9) Was für absurde Formen dieses Postulat annehmen kann, zeigt sich bei Krippendorf, der allen Ernstes vorschlägt: „vielleicht sogar einmal die Funktionen der Zimmer tauschen: im Wohnzimmer auf dem Fußboden schlafen, in der Badewanne frühstücken ... die Rolle tauschen - Vater kocht, Mutter liest Zeitung [!] ... Tag und Nacht vertauschen..." (Krippendorf 1986: Die Ferienmenschen, München: S.199).

10) Dem Ghetto-Vorschlag haftet bisweilen etwas Elitäres an. So z.B. bei André Heller, der für die Schaffung eines künstlichen Urlaubslands (für das gemeine Volk) und die Vergabe eines 'Reisepatents' (für die wenigen Auserwählten) plädiert (1990: S.161ff, in: Ludwig/Has/Neuer(Hg.): Der neue Tourismus, München).

11) Vgl. hierzu z.B. die Merkblattserie der Naturfreunde zum sanften Tourismus sowie fairkehr Nr. 3/1991: S.26; Krippendorf a.a.O.: S.23f.

12) Faltblatt zum sanften Tourismus Nr. 1.

13) Seit dem Konkurs des StfT werden diese Magazine von dessen Nachfolge-Organisation, dem Studienkreis für Tourismus und Entwicklung, weitergeführt.

14) Nach: BMZ 1993 (Hg.): Tourismus in Entwicklungsländern, Bonn: S.77f

15) In: BMZ a.a.O.: S.178ff.

Schön bunt und nützlich

Der Diskurs über die multikulturelle Gesellschaft

Ohne den Fall der Berliner Mauer wäre 'Multikulturelle Gesellschaft' 1989 konkurrenzlos 'Wort des Jahres' geworden. So wie der Multivitaminsaft auf dem Frühstückstisch darf die multikulturelle Gesellschaft heute in keinem modernen Beitrag zur 'Ausländerpolitik' fehlen. Die Sekundärliteratur zum Thema ist schier unüberschaubar geworden. Umso überraschender ist es, daß sich - mit einer Ausnahme[1] - in all diesen Texten keinerlei inhaltliche Bezugnahme darauf findet, daß bereits zu Beginn der 80er Jahre um die multikulturelle Gesellschaft (MKG) gestritten worden ist. Der Nachvollzug der 'Geschichte' des Multikultur-Diskurses in der Bundesrepublik ist aber - nicht zuletzt - deshalb äußerst aufschlußreich, weil er aus einer neuen Perspektive zeigen kann, warum das Konzept als antirassistisches von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Im September 1980 stellte ein Symposion der Kirchen unter dem Motto „Verschiedene Kulturen - gleiche Rechte. Für eine gemeinsame Zukunft" ein Thesenpapier vor, das durch den plakativ-demonstrativen Leitsatz: „Wir leben in der Bundesrepublik in einer multikulturellen Gesellschaft" eröffnet wurde. Dies war der Beginn der erstaunlichen Öffentlichkeitskarriere eines politischen Schlagworts. Dabei hatte es zunächst gar nicht danach ausgesehen, denn „die Behauptung war zum damaligen Zeitpunkt noch so kontrovers, daß sie nicht in die öffentliche Erklärung der Bischöfe aufgenommen wurde." (Radtke 1990:28) Daß die Geistlichen ob des Thesenpapiers einigen Wirbel befürchteten, verwundert wenig bei näherer Betrachtung des zu dieser Zeit herrschenden gesellschaftlichen Klimas: Mit einem Maßnahmenkatalog zur Anerkennung der in der Bundesrepublik lebenden ethnischen und kulturellen Minderheiten, welcher in der Forderung nach deren rechtlicher und politischer Gleichstellung gipfelte, stellte sich die Ökumene quer zum Mainstream der öffentlichen Meinung. Diese war kaum gewillt, die Anwesenheit von Ausländern anders als in naturkatastrophischen Metaphern von lebensbedrohlich hereinbrechenden „Springfluten", „Wellen" und „Lawinen" wahrzunehmen.[2]

Mit den Worten „Ein Gespenst geht um in der Bundesrepublik: die Furcht vor Überfremdung und Überfüllung", charakterisierte ein ZEIT-Redakteur das gesellschaftliche Klima der ausgehenden 70er Jahre (Schueler 1993:161). Die Sprache trug der Tatsache Rechnung, daß ein solches diffus-gespenstisches Bedrohungssyndrom sich ausbreitete, indem sie zur Kennzeichnung des Namenlosen einen Neologismus kreierte: So wurde die Rede von der 'Ausländerfeindlichkeit' geboren. Das Bedürfnis der Deutschen, ihr 'Problem' nicht mit den Vokabeln 'Rassismus' oder 'Xenophobie' zu beschreiben, sondern einen Begriff zu (er-)finden, der in keiner anderen Sprache gängig oder auch nur bekannt ist, spiegelt das Empfinden, daß es sich hier um ein qualitativ neues Phänomen handeln mußte. Und in der Tat hatte sich etwas Einschneidendes ereignet: Die Deutschen hatten zu ihrer Überraschung und Empörung die Feststellung machen müssen, daß sich in 'ihrer' Republik 'Ausländer' niedergelassen hatten.

Die symbolisch ambivalente Konstruktion des 'Gastarbeiters', in der das „Leitbild der Rückkehr" (Blahusch 1992:62) vorherrschend ist, hatte es den Deutschen bislang ermöglicht, an der tradierten Selbstbeschreibung eines ethnisch und kulturell homogenen Kollektivs festzuhalten.

Mit der Entwicklung der Ausländerbeschäftigung vom Konjunktur- zum Strukturfaktor der deutschen Wirtschaft war es jedoch schon lange zu einer Verstetigung des Aufenthalts der Arbeitsmigranten gekommen, ohne daß allerdings vom allseits kultivierten „Mythos der Rückkehr" (Thränhardt 1988:8) Abschied genommen wurde. Im Zuge der Familienzusammenführung brach dieser jedoch jäh zusammen. Der bislang ignorierte soziale Tatbestand, daß es nach und nach zu einer unbemerkten und unbeabsichtigten Herausbildung von Einwanderungsminderheiten gekommen war, rückte rapide ins Zentrum der gesellschaftlichen Wahrnehmung und löste eine Welle des Widerwillens aus. Denn mit der Anerkennung, daß aus den Arbeitsmigranten de facto 'Einwanderer' geworden waren, wäre auch die Anerkennung einer nachhaltigen Veränderung der bundesrepublikanischen Gesellschaftsstruktur und damit auch ihres überlieferten Selbstbildes verbunden gewesen. Die bisherige gleichgültige „Nutzungsmentalität" (Schueler 1983:161) schlug nun um in Abwehr und offenen Rassismus; aus den „Wohlstandsmehrern" (SPIEGEL) wurden quasi über Nacht unerwünschte „Eindringlinge", denen man im noch harmlosesten Fall unterstellte, sich am deutschen

Sozialsystem nur bereichern zu wollen.[3]

Die erste massive 'ausländerfeindliche' Kampagne der Qualität, wie wir sie heute kennen, thematisierte das 'Ausländerproblem' zunächst als Resultat des 'Vertragsbruchs' der angeworbenen 'Gastarbeiter'. Schon bald aber wurde eine Verschiebung in den Begründungsmustern des Ressentiments erkennbar. Plötzlich hieß es allerorten: „Im Grunde haben wir hier kein 'Ausländerproblem', sondern lediglich ein 'Türkenproblem'." Als wesentliche Argumentationsfigur rückte nun die Rede von der „Grenze der Belastbarkeit" der deutschen Bevölkerung ins Zentrum der Auseinandersetzungen. Diese Grenze sollte „umso eher erreicht sein, je fremder die jeweilige Kultur der Ausländer den Deutschen sei." (Bommes/Scherr 1990:47) Im Gegensatz zu Italienern, Spaniern oder Portugiesen bestünde gegenüber 'den Türken' eine unüberbrückbare Distanz in Kultur und Mentalität, so die stereotyp wiederholte Erklärung.

Die „Entdeckung des Fremden am Türken als Moslem" (ebd.) vollzog sich nicht zufällig in einer Zeit, da die Notwendigkeit des Abschieds der bundesrepublikanischen Gesellschaft von der Vorstellung unbegrenzten Wirtschaftswachstums nicht mehr zu verleugnen war. Mit dem Wohlfahrtsstaat geriet nicht nur die Verläßlichkeit eines sicheren sozialen Netzes, sondern auch das Selbstverständnis jener Deutschen in die Krise, die ihr Gefühl von 'nationaler Identität' eng an die Identifikation mit Deutschland als 'Wirtschaftswunderland' geknüpft hatten. Im wachsenden Bewußtsein der Brüchigkeit dieses Mythos von ewiger Prosperität und auf der Suche nach neuen Identitätsmustern verhieß der differentialistische Diskurs von der Unvereinbarkeit der Kulturen Ersatz. Wer bestimmt, was unüberwindbar fremd ist und bleiben muß, gibt zugleich an, was das Einheitliche am eigenen Kollektiv ist, das die anderen nicht teilen, sondern nur belasten können: Mit Hilfe der „Konstruktion des Ausländers als Fremdem" (ebd.) brach sich die bislang tabuisierte Form der Behauptung deutsch-nationaler als ethnisch-kultureller Identität wieder Bahn. Sie fand ihre notwendige Spiegelfläche nun vorzugsweise in der Kultur türkischer Einwanderer, im Gegensatz zu der sie sich als christlich, europäisch-abendländisch und modern in Szene setzte (vgl. ebd.).

Der Aufstieg der politischen Chiffre 'MKG' zu Beginn der 80er Jahre war Teil dieser Entwicklung der Nationalisierung, Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Prozesse. Im Verlauf dieser hier kurz skizzierten Kampagnen wurde mit der Thematisierung und Hervorhebung ethnischer und kultureller Differenzen die Furcht vor einer wachsenden Desintegration der bundesrepublikanischen Gesellschaft durch einen steigenden Anteil von 'Ausländern' oder 'Fremden' systematisch geschürt.

Das Aufkommen der Rede von der MKG korrespondiert also zunächst mit der Wahrnehmung einer neuen sozialen Realität: der Veränderung der strukturellen und kulturellen Zusammensetzung der bundesrepublikanischen Gesellschaft durch 'fremde' Minderheiten. Die Frage, wie nun mit diesem Tatbestand umzugehen sei, wurde sofort zum Gegenstand scharfer gesellschaftlicher Kontroversen. Zwei Positionen standen sich hier unversöhnlich gegenüber.

Auf der einen Seite wollten rassistische und nationalistische Intellektuelle, die sich bald im Heidelberger Manifest zusammenfanden, alles daran setzen, die auch von ihnen konstatierte multikulturelle Entwicklung der Bundesrepublik rückgängig zu machen. Jürgen Schilling, damals Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, hat in dieser Debatte wohl die traurigste Berühmtheit erlangt. Ihm ist die „entscheidende Schreibtischtat" (Link 1988:52) zu verdanken, in der ZEIT als erster „ohne Umschweife" (Schilling 1980:64) die Repatriierung der nicht-zentraleuropäischen Ausländer in ihre Heimatländer gefordert zu haben. Es sei, so Schilling, die Staatsräson, das oberste Gebot innenpolitischer, und das müsse heißen: ethnischer Stabilität, das es der Bundesrepublik gebieten müßte, sich ihres 'Fremdenanteils' zu entledigen. Alle internationalen Erfahrungen hätten hinreichend belegt, daß 'farbige' Einwanderung stets zur schrittweisen Zersetzung des angestammten 'weißen' Volkes führe (Schilling 1983:125). Besonders bedenklich sei die „unbesonnene internationalistische Verströmung" (ebd.:127) der Westdeutschen auch im Hinblick auf das Wiedervereinigungsgebot der Verfassung: „Was wollen wir antworten, wenn die SED eines Tages der Bundesrepublik vorwirft, sie habe sich aus der Nation multiethnisch und multikulturell herausintegriert?" (ebd.)[4]

Auf der anderen Seite fand sich die Position der Kirchen, die von Basis-Vertretern der Wohlfahrtsverbände und den Gewerkschaften unterstützt wurde. Diese Gruppen argumentierten, daß die ins Land geholten Menschen, die seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik lebten und den 'deutschen' Wohl-

Veränderungen im politischen Diskurs seit 1989

Das Jahr 1989 hat im wahrsten Sinne des Wortes keinen Stein auf dem anderen gelassen. Einst auferstanden aus Ruinen mündete der DDR-Sozialismus in 'Deutschland-einig-Vaterland'. Erde zu Erde, Staub zu Staub - damit aber ließ es der Zusammenbruch des gesamten osteuropäischen Sozialismus nicht bewenden. Nachdem die Völker als solche immer wieder in romantisch-dümmlicher Weise dazu aufgefordert worden waren, hören sie nun seit 1989 die Signale mystifizierter Vergangenheiten und rüsten zum letzten Gefecht.

Auch in Deutschland wissen Ausländer inzwischen, wer hierzulande das Volk ist. Nicht nur ergaben sich ihnen in Vergangenheit und Gegenwart Nachteile aus dem Umstand, daß in ihren Adern „undeutsches Blut" fließt. Zudem mußte dieses in Hoyerswerda, Mannheim, Rostock, Mölln und Solingen nach Ansicht von Faschos und Mob vergossen werden, damit sich der Volkskörper, die völkische Identität reinige.

Die etablierten politischen Kräfte basteln gleichfalls an der Sinnbestimmung der Nation. In einer Zeit, in der nichts mehr zählt, als eine Identität aufweisen zu können, bietet auch sie sich wieder zur Selbstdefinition an. Ob im autoritären Gleichschritt, in der die Nation, die Gemeinschaft alles, der Einzelne nichts zählt, oder im humaneren multi-völkischen Gewande 'Einheit in Vielfalt': allerorten boomt der Wahn des Nationalen als politische Kategorie.

Auch in die internationale Politik greifen deutsche Befindlichkeiten wieder ein. Ob durch den unverkrampft nationale Interessen artikulierenden Herzog der Deutschen oder durch humanitäre globale Verantwortlichkeiten friedensschaffender Gutmenschen - wer meint, rechts und links in politischen Debatten nicht verwechseln zu können, irrt.

Die Menschheit insgesamt hat das Ende der Geschichte ereilt; der Kapitalismus ist das hegemoniale Entwicklungsmodell. Zwischen Feuilleton und Chaiselongue fürchtet man nur noch die Schlacht der Zivilisationen Orient gegen Okzident, organisierte Kriminalität oder fremde Fluten.

Die politischen Diskurse verschieben sich in einem Maße, wie es vor Jahren sich niemand vorstellen konnte, und in einem Tempo, das kaum Zeit zum Luftholen und Luft zum Zeitgewinnen läßt. Neue Normalitäten bestimmen das Denken, die vormals vielen als ungeheuerlich galten. Das Feld der Diskurse bestimmt wiederum die Wirklichkeit und die Politik, die diese gestalten will. Der Kampf um die Hegemonie im öffentlichen Diskurs ist der Kampf um Macht und Herrschaft in der Gesellschaft.

Die 'blätter' beginnen in diesem Heft die Reihe **„Veränderungen im politischen Diskurs seit 1989"**. Den Auftakt macht eine zweiteilige Re- und Dekonstruktion des **Multikulturalismus-Diskurses**. Die Autorin, **Susanne Frank**, ist Soziologin an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. 'Identität und Imagination in Europa' und 'Die Hegemonie neu-rechter Begriffe' werden die nächsten Themen sein. Wir hoffen, mit der Reihe von Diskursanalysen dem Marxschen Diktum nahekommen zu können: *„Die wahre Kritik analysiert nicht die Antworten, sondern die Fragen."*

stand maßgeblich miterarbeiteten, einen moralisch unabweisbaren Anspruch auf rechtliche und soziale Gleichstellung erworben hätten.

In dieser Situation waren die Regierungspolitiker aufgefordert, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Diese sollten, nachdem sie lange von der Ausländerfeindlichkeit für ihre Zwecke profitiert hatten, nun tatsächlich und endlich Handlungsfähigkeit demonstrieren. Der Handlungsdruck ging zum einen von der deutschen Öffentlichkeit aus, die unmißverständlich zu verstehen gab, daß sie das Fehlen jedweder Konzeptionen und Perspektiven auf dem Feld der Ausländerpolitik nicht länger hinzunehmen gewillt war. Zahlreiche Untersuchungen belegen, daß die Deutschen mit ihren Sympathien eher in Richtung 'Heidelberger Manifest' tendierten. Zum anderen und vor allem aber hatte sich die Zahl der faktisch zugewanderten Ausländer auf einem Niveau stabilisiert, das es nicht länger erlaubte, ihre Anwesenheit mit Formeln wie „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland" wegzuinterpretieren. Insbesondere die schwierige soziale Lage der Zweiten Generation in den sogenannten 'Ghettos' großer Industriestädte erregte mehr und mehr Aufmerksamkeit und illustrierte eindringlich die Notwendigkeit zielgerichteter und langfristiger politischer Maßnahmen.

Von Seiten der Regierungspolitiker wurde nun noch eine dritte Dimension in die Debatte eingeführt: Die der „deutschen Interessen", die zu vertreten ihr Wählerauftrag sei (Dregger 1983). Diese bestünden in der Bewahrung der Leistungsfähigkeit des Sozialstaates. Der aber drohe wegen der zunehmenden Inanspruchnahme der sozialen Infrastruktur durch die Arbeitsmigranten und ihre Familien bald an die Grenzen seiner Möglichkeiten zu geraten und bei weiterem Zuzug über kurz oder lang zusammenzubrechen.[5]



Gelangweiltes Volk ... Foto: H. Schultze

Diesem Argument, das in dieser Phase der Diskussion noch randständig bleibt, unterliegt eine stillschweigende Voraussetzung, deren volle Sprengkraft sich erst einige Jahre später entfalten wird: Impliziert wird nämlich, daß der Status des 'Inländers', des Deutschen, die Inanspruchnahme sozialstaatlicher Leistungen nicht nur garantiert, sondern auch privilegiert und limitiert. Das Versprechen, die 'Sozialstaatsdimension' bei der Behandlung des 'Ausländerproblems' zu berücksichtigen, kann als politische Anerkennung dieses Interesses deutscher Bürger interpretiert werden.

Diese Positionen können nun entlang einer Skala möglicher Optionen staatlicher Ausländerpolitik entsprechend dem Grad der Aus- bzw. Eingliederung der Einwanderungsminderheiten in die Aufnahmegesellschaft angeordnet werden.[6] Am einen Extrempol dieser Skala findet sich die Position der Staatsräson. Aus ökonomischem Kalkül heraus neigten nicht unerhebliche Teile der deutschen Öffentlichkeit dazu, die angeworbenen Arbeitsmigranten in Zeiten 'deutscher' Arbeitslosigkeit repatriieren zu wollen, weil, so ihr Argument, die 'Geschäftsgrundlage' hinfällig geworden wäre. Die Vertreter dieser Position trafen sich in diesem Ansinnen mit denjenigen, die aus 'völkischem' Kalkül - um des Erhalts des deutschen Volkskörpers willen - die nicht-zentraleuropäischen Einwanderer „rückführen" wollten. Auf der gegenüberliegenden Seite des Kontinuums beharrten Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände aus einer ethisch-moralisch bzw. christlich-humanistisch begründeten Haltung heraus darauf, daß es zur vollständigen Integration der Ausländer mit der Garantie aller bürgerlichen und sozialen Rechte keine Alternative gebe.

Den Mittelpunkt auf dieser ,Skala bezeichnet die Idee der MKG, wie sie Heiner Geißler auf der Suche nach einem möglichen Kompromiß der Extreme gebiert: „Die zentrale Frage unserer Politik in der Bundesrepublik Deutschland kann nicht gelöst werden im Sinne eines Alternativ-Radikalismus: Entweder die Ausländer raus oder Deutschland wird ein Einwanderungsland. (...) Im Gegenteil, es muß ein Weg gefunden werden, der der Lage der Bundesrepublik Deutschland und den berechtigten Interessen der ausländischen Mitbürger gerecht wird. Die Ausländerpolitik der Christlich-Demokratischen Union ist eine Politik der Mitte." (1983a:14) Diese Mitte soll auf der einen Seite beiden Streitparteien Konzessionen machen und ihnen auf der anderen Zugeständnisse an die jeweils andere Partei abverlangen. Als bekennender Christ will sich Geißler der Verantwortung gegenüber den angeworbenen Arbeitsmigranten stellen. Deren Anwesenheit hält er schon allein aus ökonomischen Gründen für unabdingbar. Die deutschnationalen Hüter des Volkskörpers sollen deshalb das Faktum der erfolgten und nicht rückgängig zu machenden Zuwanderung anerkennen. Die Kirchenleute dagegen müssen hinnehmen, daß ihr Begriff einer MKG insofern seines Inhalts entleert wird, als daß an der gesellschaftlichen Stellung der Arbeitsmigranten nicht gerührt werden soll: Geißlers Integration soll allein über die Anerkennung und Akzeptanz der Kulturen erfolgen. In dieser Konzeption bleiben dritterdings die „berechtigten Interessen der Deutschen" gewahrt, da die Beibehaltung des begrenzten rechtlichen Status der Ausländer weiterhin deren nahezu schrankenlose Verfügbarkeit für deutsche Interessen - je nach historisch-politischer Situation -

Literatur:

Blahusch, Friedrich (1992) Zuwanderer und Fremde in Deutschland. Eine Einführung für soziale Berufe, Freiburg

Bommes, Michael/ Scherr, Albert (1990) Die soziale Konstruktion des Fremden, in: Vorgänge, 29.Jg., Heft 103: 40-50

Dregger, Alfred (1983) Redebeitrag auf dem Kongreß „Ausländer in Deutschland - Für eine gemeinsame Zukunft", in: Geißler (Hg.) (1983): 154-156

Franz, Fritz (1983) Ausländerpolitik im Umbruch?, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR), Jg.3, Heft 2: 61-65

Geißler, Heiner (Hg.) (1983) Ausländer in Deutschland - Für eine gemeinsame Zukunft, Bd.2: Perspektiven, München

Geißler, Heiner (1983a) Ausländer in Deutschland - Für eine gemeinsame Zukunft, in: Ders. (Hg.) (1983): 9-15

Link, Jürgen (1988) Medien und „Asylanten": Zur Geschichte eines Unworts, in: Thränhardt, Dietrich/ Wolken, Simone (Hg.): Flucht und Asyl. Informationen, Analysen, Erfahrungen aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland, Freiburg: 50-61

Radtke, Frank-Olaf (1990) Multikulturell - Das Gesellschaftsdesign der 90er Jahre?, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, Heft 4: 27-34

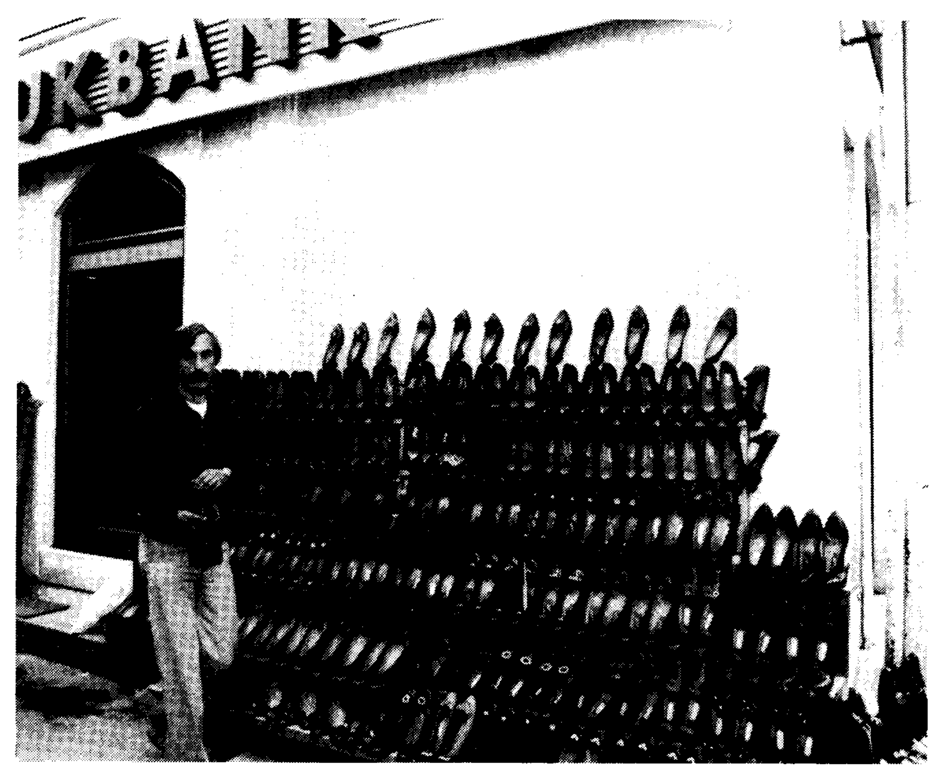
Scheuch, Erwin K. (1983) Ausländer, „Bindestrich-Deutsche" oder Integration, in: Geißler (Hg.) (1983): 131-153

Schilling, Jürgen (1980) Sind wir fremdenfeindlich, provinziell, vermufft oder gar rassistisch?, in: Die Zeit vom 21.11.1980: 64

Schilling, Jürgen (1983) Multikulturelle Gesellschaft oder Repatriierung? - Ausländerpolitik im Widerstreit von christlicher Toleranz und Staatsräson, in: Geißler (Hg.) (1983): 123-130

Schueler, Hans (1983) Die Angst vor den Fremden. In der Bundesrepublik wächst die Ausländerfeindlichkeit bedrohlich schnell, in: Italiaander, Rolf (Hg.): „Fremde raus?" Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit. Gefahren für jede Gemeinschaft, Ffm.: 161-168

Thränhardt, Dietrich (1988) Die Bundesrepublik Deutschland - ein unerklärtes Einwanderungsland, in: APuZ B24/88: 3-13



... braucht Abwechslung. Foto: M. Stroux

gewährleistet. „Zwischen den Extremen, die mächtige Fürsprecher in der Wirtschaft, den Parteien, den Gewerkschaften und Kirchen hatten, schienen die Optionen 2 (Ghettoisierung), 3 (MKG) und 4 (Bindestrich-Integration/Doppelte Staatsbürgerschaft) Kompromißmöglichkeiten anzubieten. Option (2) war allerdings eher eine Horrorvorstellung und taugte nicht zur Programmatik; Option (4) war zu nahe an der vollständigen Integration und schien mit dem staatsrechtlichen Verständnis der Bundesrepublik nicht vereinbar. Größte Aufmerksamkeit konnte der 'Mittelweg' der Organisation einer 'multikulturellen Gesellschaft' auf sich ziehen", faßt Frank-Olaf Radtke (1990:29) das Ergebnis des Tauziehens zusammen. Gemessen an der Skala der Schritte zu einer verwirklichten, d.h. eben auch rechtlichen Integration, trete der halbherzige Charakter des 'Integrationsmodells MKG' voll zu Tage: Gemessen an Essers Skala bleibt der Multikulturalismus buchstäblich auf halbem Wege stehen.

Zusammenfassung:

Das Konzept der MKG entsteht als ideologischer Kompromiß im Tauziehen um den weiteren Umgang mit den sogenannten Gastarbeitern. Es vermittelt zwischen den unversöhnlichen Positionen der Staatsräson, die wegen ihres völkischen Nationbegriffs die Anwesenheit von 'Ausländern' nur als 'Angriff auf das Herz des Staates' begreifen kann, und der politischen Moral, die die seit Jahrzehnten im Land lebenden Arbeitsmigranten in den Stand vollständig anerkannter Gesellschaftsmitglieder erheben will. Das Konzept multikultureller Integration trägt der Tatsache Rechnung, daß die Migranten zwar weiterhin gebraucht werden, ein Konsens im Hinblick auf ihre rechtliche und soziale Gleichstellung aber nicht zu beschaffen ist. Als Trostpflaster für beide Seiten winkt die Kultur: Der germanozentrische Anspruch der Assimilation soll aufgegeben werden, dafür wird für die Deutschen das kulturelle Konsumangebot bunter. Schon damals spielt das deutsch-nationale Anliegen eine Rolle, die Deckungsgleichheit von Ethnos und Demos als sozialstaatliche Anspruchsgemeinschaft zu bewahren.

Susanne Frank

Der zweite Teil des Artikels erscheint in der nächsten Ausgabe. Er diskutiert die Entfesselung der Diskussion um die MKG (1988-90/91), die in den Streit 'Nationalstaat' oder 'offene Republik' mündet, und unternimmt eine notwendig kritische Bilanzierung des Multi-Kulti-Konzeptes.

Anmerkungen:

1) Nach meinem Kenntnisstand ist der Frankfurter Pädagogik- Professor Frank-Olaf Radtke, profunder Kenner der Multikultur- Debatte, der einzige, der dieser Phase in einer seiner zahlreichen Arbeiten zum Thema mehr inhaltliche Beachtung als einen Nebensatz geschenkt hat. Diesem Aufsatz (Radtke 1990:28f) verdanke ich entscheidende Anregungen und Impulse.

2) Vgl. Link 1988:52f.

3) Zu den mit den „Ausländerfluten" ebenfalls konnotierten Bedrohungsszenarien 'Krieg', 'Revolution', 'Terrorismus', 'Krankheit' usw. siehe Link (1988).

4) Fritz Franz weist darauf hin, daß in dieser Zeit das Argument, die 'fremdvölkischen Unterwanderungen' verletzten das Wiedervereinigungsgebot der Verfassung, von der „äußersten rechten Ecke deutscher Meinungsmacher" durchaus häufiger bemüht wurde (1983:62).

5) Daß der Sozialstaat Bundesrepublik - als ein „sogenanntes reiches Land mit geringem Selbstbehauptungswillen" - eine „magische Anziehungskraft" auf „die Armen dieser Welt" ausübe (Dregger 1983:156), aber nicht „das ganze unendliche menschliche Elend auf dieser Welt bewältigen und lösen" (Geißler 1983:14) könne, ist eine der in dieser Zeit entstandenen diskursiven Standardfiguren zur Abwehr der Einwanderung aus den ärmeren, weniger entwickelten, nicht-zentraleuropäischen Regionen der Welt.

6) Diese Skala hat Hartmut Esser anhand der US-amerikanischen Diskussion entwickelt. Sie unterscheidet - je nach dem Grad der Ausgliederung aus bzw. der Eingliederung in das Aufnahmeland - folgende Optionen:
1. Rückkehr/ Repatriierung,
2. Ghettoisierung,
3. Multikulturelle Gesellschaft,
4. 'Bindestrich-Integration'/ Doppelte Staatsbürgerschaft,
5. (vollständige) Integration. (Vgl. Esser zit.n. Scheuch 1983:148).



Rebellion und Ketchup

Eine Sozialgeschichte der Salsa

Die 'Puerto Rican Power'

Von New York aus begann in den sechziger Jahren die Salsa-Musik ihren Siegeszug durch die Latino-Viertel der USA und um die ganze Welt. Die Tanzmusik wurde zum Ausdrucksmittel des erwachenden lateinamerikanischen Selbstbewußtseins und der Hoffnung auf eine bessere, gerechtere Zukunft. Bis heute ist sie ein sensibler Indikator gesellschaftlicher Veränderungen geblieben.

Vor 30 Jahren gründete in New York der Bandleader Johnny Pacheco *Fania Records*, eine improvisierte lateinamerikanische Schallplattenfirma. Er nahm aufstrebende Tanzmusik-Bands unter Vertrag und verkaufte seine Schallplatten quasi vom Kofferraum seines Wagens aus an die Läden der Umgebung. Schon 1970, nachdem der Manager Jerry Masucci in die Firma eingetreten war, hatte Fania den Latino-Beat zum musikalischen Ausdruck für das neue Selbstbewußtsein der Latinos werden lassen, das sich von Spanish Harlem überallhin verbreitete, wo Einwanderer aus der spanischsprachigen Karibik lebten. Für mehr als zehn Millionen Latinos wurde die Salsa - so nannte Fania ihr Produkt - zur beliebtesten Popmusik.

Die Geschichte der Salsa ist ein Indikator für viele Entwicklungen in der hispano-karibischen Kultur während der letzten 30 Jahre. Salsa hat sich nie auf das abgekapselte Milieu von Tanzklubs und Schallplattenstudios beschränkt. Ihr Stil und ihre Rolle in der Latino-Kultur ist immer von demographischen, sozioökonomischen und politischen Veränderungen beeinflußt worden, vom Wechselspiel mit den Anforderungen der Musikindustrie sowie von der Interaktion mit rivalisierenden Musikrichtungen.

Wie die Rockmusik ist auch die Salsa ein Produkt der turbulenten Sechziger. Der Geist des Widerspruchs und der Rebellion erfaßte auch Minderheiten wie die fast 2 Millionen Latinos in New York, mehrheitlich Puertorikaner oder 'Newyoricans.' Vor allem die Bürgerrechts- und Black-Power-Bewegung wirkte ansteckend. Wachsender Wohlstand stärkte das Selbstgefühl der Latinos und die fortdauernde Diskriminierung wurde umso schmerzlicher erfahren. Die Latino-Bevölkerung in Spanish Harlem und der Lower East Side ('Loisaida') war zu einer kritischen Größe angewachsen, und die Zeit war reif für ein kulturelles und politisches Erwachen. Die wichtigste Veränderung dieser Ära war wohl der neue Stolz, Latino zu sein. Zum ersten Mal wies eine große Zahl Latinos den anglozentrischen Assimilationsdruck zurück, der so viele dazu gebracht hatte, sich ihrer Sprache und Kultur zu schämen. Das Beispiel der Bürgerrechtsbewegung, das neue Interesse an den 'Roots' und indirekt die noch immer virulente puertorikanische Unabhängigkeitsbewegung machten das Barrio zu einer Brutstätte militanten Selbstbewußtseins und künstlerischer Kreativität.

Karibische Traditionen

Das neue soziale Bewußtsein verlangte nach einer neuen Musik, die sowohl auf der puertorikanischen Tradition aufbaute als auch den Geist des Barrios mit seinem wachsenden Selbstbewußtsein einfangen konnte. Dank einer Kombination aus unternehmerischem Geschick, aggressivem Marketing und zielstrebiger Talentsuche setzte sich Fania Records an die Spitze der soziomusikalischen Bewegung und verband explizit den frischen neuen Sound der New Yorker Latino-Bands mit der beschwingten Atmosphäre des Barrios. Paradoxerweise waren die musikalischen Mittel weder stilistisch neu noch eindeutig puertorikanisch. Vielmehr handelte es sich im wesentlichen um kubanische Tanzmusik - eine moderne Variante des *Són*, der in der kubanischen Musik seit den 20er Jahren dominierte.

Der *Són* hat sich in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts als urbane Volksmusik herausgebildet. Gespielt wurde er mittel-

schnell, Gesang wurde begleitet von Sextetten oder Septetten, die aus Gitarre, dem gitarrenähnlichen *Trés*, Trompete, Baß und Schlagzeug bestanden. In den 40er Jahren wurde der *Són* noch mehr afro-kubanisiert, indem Congas und schnellere Tempi eingesetzt wurden, mehr Bläser sowie anspruchsvolle, vom Jazz beeinflußte Harmonien und Arrangements. Der *Són* der Fünfziger, dominiert von Bläsern, anspruchsvoll und reif, wurde zum stilistischen Rückgrat dessen, was später Salsa hieß.

Der auf den ersten Blick paradox erscheinende Rückgriff auf die kubanische Tanzmusik war jedoch in vieler Hinsicht naheliegend und logisch. Jahrtzehntelang stand diese Musik hoch im Kurs, nicht nur in Puerto Rico, sondern auch in New York - dem Schmelztiegel für einige der kreativsten Entwicklungen lateinamerikanischer Musik, einschließlich des Big-Band-Mambo der Fünfziger. Manchen Leuten erschien es willkürlich, diese Musik 'Salsa' zu nennen, besonders wenn es um 'Salsa-Stars' wie Tito Puente und Celia Cruz ging, deren Musikstile bereits 25 Jahre alt waren, als der Begriff 'Salsa' eben erst geprägt wurde.

Kubaner, die wußten, daß viele von Johnny Pachecos Hits bis auf die letzte Note von kubanischen Schallplatten aus den Fünfzigern kopiert waren, deuteten den Gebrauch des Terminus 'Salsa' als einen Versuch, den kubanischen Ursprung dieser Musik zu verschleiern und aus dem Kalten Krieg und dem Boykott gegen Kubas Musiker und Schallplatten Kapital zu schlagen.

Obgleich kubanische Musik der Kern der Salsa war, waren es doch die Newyoricans, die ihr eine neue Bedeutung gegeben hatten. Deshalb war der neue Name weitgehend gerechtfertigt, auch wenn ihm kommerzielle Motive zugrundelagen. Die Musik wurde wiedergeboren als ein Symbol der newyoricanischen und im weiteren Sinne alle Latinos umfassenden ethnischen Identität. Daß sie ursprünglich aus Kuba kam, wurde weitgehend irrelevant. Kuba war weit weg und isoliert, Salsa hingegen war, wie es ein populärer Radiosender ausdrückte, *el alma del barrio*, die Seele des Barrios.

Sieht man vom Rückgriff auf kubanische Rhythmen und Formen ab, ist die Salsa stilistisch keineswegs homogen. Bandleader wie Pacheco und Pete „El Conde" Rodriguez haben zum Beispiel den traditionellen Stil alter kubanischer Gruppen wie 'Sonora Matancera' beibehalten, indem sie in Formationen mit nur zwei Trompeten spielten. Ihre Musik ist zwar nicht originell, strahlt aber immer noch Frische und Vitalität aus. Die meisten Gruppen neigen zu einem modernisierten Sound mit mehr Jazzelementen und mehr Bläsern. Als Avantgarde der Salsa sind unter anderen der Arrangeur und Pianist Eddie Palmieri und das ehemalige Wunderkind Willie Colón (er wurde von Fania mit 15 Jahren unter Vertrag genommen) zu nennen, außerdem Rubén Blades, der vielleicht Begabteste von allen.

Einen großen Teil ihrer Energie haben Blades und sein Kollege Colón auch außermusikalischen Aktivitäten gewidmet. Blades verbrachte seine Jugend in Panama, studierte bis 1974 Jura und wandte sich dann der Musik zu. Er wurde schnell als Sänger und Komponist berühmt und versuchte sich auch als Schauspieler. 1984 griff er sein Jurastudium wieder auf und erwarb den Magistergrad in Harvard. 1993 kehrte er nach Panama zurück und wurde von seiner links-grünen Papá-Egoró-Partei als Präsidentschaftskandidat aufgestellt. Colón widmet sich reformistischer Stadtteilarbeit und bewirbt sich zur Zeit in der Bronx um ein Abgeordnetenmandat im US-Kongreß. „Ab und zu ein Lied zu schreiben, ist nicht genug", sagt er. Trotz ihres kontinuierlichen Engagements in anderen Bereichen sind die Platten, die die beiden Musiker gelegentlich herausbringen, immer kommerziell erfolgreich und erhalten gute Kritiken. Vielleicht trägt gerade ihre Vielseitigkeit zur konzeptionellen und ästhetischen Qualität ihrer Musik bei.

Yankophile Rockfans gegen Salsa

Salsa mag zwar in New York entstanden sein, war aber von Anfang an international. Im Zuge eines wachsenden Latino-Identitätsgefühls breitete sie sich über die ganze spanischsprachige Karibik aus. Außer in Puerto Rico, der Dominikanischen Republik und Kuba schlug sie feste Wurzeln in Venezuela und Kolumbien und bildete kleinere Enklaven von Fans und Musikern in Mexico City, Lima und anderswo.

Venezuela ist ein repräsentatives Beispiel. 1970 war die Salsa, gespielt von ausländischen und einheimischen Gruppen, schon zur Lieblingsmusik der einfachen Leute in Caracas geworden. Sie fühlten sich vor allem von den eingängigen Rhythmen und barrio-orientierten Texten angesprochen. Die - vorwiegend weiße - venezolanische Bourgeoisie hingegen tendierte dazu, Salsa als *música de monos* (Affenmusik) abzuqualifizieren. Ähnliches ließ sich in Puerto Rico beobachten, wo die gutsituierten, yankophilen Rockfans (*rockeros*) die Salsa-Anhänger mit der ebenso rassistischen Bezeichnung *cócolos* (Kokosnußköpfe) beschimpften. Aber Mitte der siebziger Jahre hatten sich in Caracas auch die Mittelschichten für die Salsa erwärmt, und Venezuela, animiert vom Aufstieg des einheimischen Superstars Oscar de León, avancierte zum größten Absatzmarkt. Das Nachbarland Kolumbien entwickelte sich mit seinen Stars Grupo Niche und Joe Arroyo ebenfalls zu einem Zentrum der Salsa-Welt.

Salsa ist ihrem Wesen nach Tanzmusik, die live in Klubs, auf Hochzeiten und bei Open-Air-Konzerten gespielt wird, wo sich Latinos aller Altersklassen und Hautfarben mischen und ihre - oft virtuose - tänzerische Kreativität ausleben. Dementsprechend geht es in den meisten Salsa-Texten um zeitlose Themen wie Sinnlichkeit, Romantik und Lobeshymnen auf die Musik selbst. (Als Tanzmusik hat Salsa die Geschlechtsrollen im Barrio eher bestätigt als kritisiert. Selten findet man Frauen als Musikerinnen oder in der Musikindustrie, und beim Tanzen führt selbstverständlich der Mann. Die Liedtexte sind manchmal etwas *machista*, aber sie



Salsa Del Barrio - Die Seele der Vorstädte

haben wenig mit dem offenen, aggressiven Sexismus gemein, den man beim Reggae, Calypso und Hardcore Rap findet).

Trotz ihrer primären Funktion als Tanzmusik stößt man während der Blütezeit der Salsa Ende der sechziger und Anfang der siebziger auf einen bemerkenswert hohen Anteil an sozialkritischen Texten. Besonders die Lieder von Rubén Blades zeichnen sich dadurch aus, daß sie mit der gesellschaftlichen Realität konfrontieren, statt sie zu verschleiern. Für seine antiimperialistische Platte *Tiburón* (Hai) und seinen Protest gegen die Aggression der USA gegen Kuba zog er sich Morddrohungen von Exilkubanern zu, die auch dafür sorgten, daß die Radiosender in Miami ihn boykottierten. Seine charakteristischsten Lieder sind Momentaufnahmen aus dem Leben im Barrio, epigrammatische Charakterstudien - gleichzeitig humorvoll, kritisch und einfühlsam. In „Juan Pachanga" portraitiert er einen narzißtischen Dandy, hinter dessen Hang zu Wein, Weib und Gesang Einsamkeit und Entfremdung zum Vorschein kommen. „Te están buscando" schildert die Nöte eines naiven Opfers von Kredithaien im Barrio. Um die freudlose Mühsal eines Arbeiterlebens geht es in „Pablo Pueblo":

Ein Mann kehrt still von harter Arbeit heim,
Sein Schritt ist langsam, sein Schatten schleppt sich nach
Das gleiche Barrio erwartet ihn, mit der Laterne an der Ecke, dem Müll und der Musik, die aus der Bar kommt...
Er tritt ins Zimmer, starrt Frau und Kinder an und fragt sich „Wie lang soll das weitergehen?"...
Er nimmt seine zerbrochenen Träume, flickt sie mit Hoffnung,
macht ein Kissen aus seinem Hunger, legt sich hin mit Trübsal in seinem Innern.

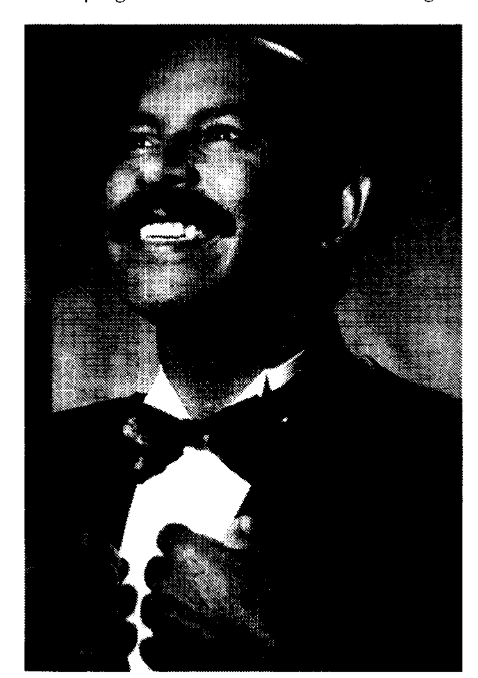
Weniger schwermütig beschreibt Blades in „Número Seis" was jeder in Spanish Harlem kennt: Warten auf die U-Bahn-Linie 6.
Willie Colón hat sich auf die Beschreibung der dunkleren Seiten des Barrio-Lebens spezialisiert. In seinen Texten mischt sich Faszination mit Entrüstung, ähnlich wie im Gangster-Rap. Während „Juanito Alimaña" ohne Wertung einen rücksichtslosen Schläger beschreibt, wird in „Calle Luna Calle Sol" (1973) gewarnt:

Hören Sie, Mister, wenn Ihnen ihr Leben lieb ist,
halten Sie sich raus, oder Sie sind ein toter Mann...
im Barrio der guapos *kann keiner in Frieden leben,*
passen Sie auf, was Sie sagen, oder Sie sind keinen Pfifferling mehr wert, gehen Sie schön geradeaus und gucken Sie nicht zur Seite.

Nicht nur aufgewärmte Tanzmusik

Diese Lieder mit dem Blick auf harte Barrio-Realitäten zeigen, daß Salsa mehr ist als recykelte kubanische Tanzmusik. Sie haben nichts mehr mit den kubanischen Liedern gemein, die das idyllische, farbenfrohe Havanna schildern oder mit den unzähligen nostalgischen puertorikanischen Boleros und *Jíbaro*- Liedern, die das idyllische Bauernleben vergangener Zeiten romantisieren. Die Lieder von Colón und Blades zeigen ohne eskapistische Sentimentalität kreative Latinos, die sich mit ihrer sozialen Situation auseinandersetzen und sich buchstäblich tanzend über sie hinwegsetzen. Die Vitalität der Salsa beruht - in Text und Rhythmus - gerade auf ihrem überschäumenden Selbstbewußtsein im Angesicht und zum Trotz der ökonomischen und sozialen Marginalisierung.

Ihre Blütezeit erlebte die Salsa Mitte der sechziger bis Mitte der siebziger Jahre. Salsa bezog sich auf das Unmittelbare, das Überleben in der Stadt, und ihr Aufruf zur Einheit aller Latinos verlieh ihr eine internationale Dynamik. Im Hervorheben der Barrio-Identität spiegelte sich nicht nur das Aufbegehren, sondern auch eine optimistische Sicht der - lokalen wie globalen - Zukunft. In den USA deuteten viele Zeichen auf Fortschritt. Die Young Lords hatten einen gewissen Einfluß erlangt, der Vietnamkrieg ging seinem Ende entgegen, die Wirtschaft boomte, die Schulen führten multikulturelle Lehrpläne ein und liberale Präsidenten (mit heutigen Maßstäben gemessen einschließlich Richard Nixon!) betrieben eine progressive Innenpolitik. In Lateinamerika war trotz brutaler Repression die Linke auf dem Vormarsch, animiert vom Beispiel Kubas und indirekt auch vom sowjetischen und chinesischen Block, die durch ihre bloße Existenz eine Alternative zur US-Hegemonie möglich erscheinen ließen.



Oscar D'Leon, „El Rey De Los Soneros"

In den achtziger Jahren gaben die veränderten Bedingungen dem Elan, der Kreativität und dem kommerziellen Wachstum der Salsa einen Dämpfer. Das Aufkommen der Reaganomics mit einem massiven Einkommens-transfer von Arm zu Reich ließ die Kaufkraft der Minderheiten schrumpfen, die Verkaufszahlen der Salsa-Platten gingen zurück. Den Latinos wurde klar, daß die progressiven, kämpferischen sechziger und siebziger nicht die Morgenröte einer neuen Ära waren, sondern bereits ein Kapitel der Geschichte, das nun von der triumphalen, säbelrasselnden Wiederkehr der Rechten abgelöst wurde. Paradoxerweise trug gerade die Tatsache, daß die großen Schallplattenfirmen sich nun endlich für den lateinamerikanischen Markt interessierten, dazu bei, daß Salsa marginalisiert wurde. Die großen Firmen übten Druck auf die Radiosender aus, statt Salsa, deren Inhalte ihrer Meinung nach ethnische Spaltung und soziale Rebellion propagierten, lieber romantische *Baladas* zu senden. Julio Iglesias schien den Sieg über Rubén Blades davonzutragen. Hinzukam, daß in den USA - allem Latino-Stolz zum Trotz - viele Latinos der zweiten und dritten Generation ihr Spanisch vergaßen, sich der Hip-Hop-Kultur anpaßten und Salsa zunehmend altmodisch fanden.

Krieg um Herzen und Ohren

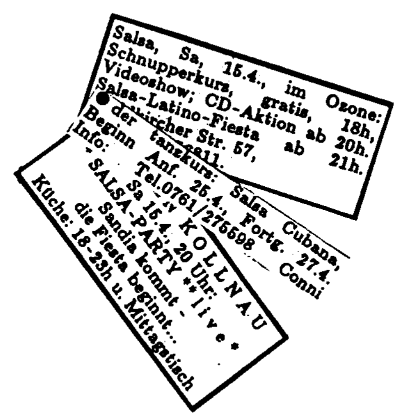
Eine weitere Herausforderung erfuhr die Salsa durch ein Phänomen, dem Musiker den Namen „Merengue-Invasion" gegeben haben. Dieses Phänomen ist nur vor dem Hintergrund der Musikgeschichte der Dominikanischen Republik zu verstehen. Kuba und Puerto Rico waren bis 1898 als spanische Kolonien eng miteinander verbunden, und seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts haben die Puertorikaner vieles von der kubanischen Volksmusik übernommen. Die kulturellen Verbindungen zur seit Beginn des 19. Jahrhunderts unabhängigen Dominikanischen Republik waren schwächer. Armut, politische Instabilität und die hartnäckige Leugnung des afrikanischen Erbes behinderten in der Dominikanischen Republik die Herausbildung einer kreolischen Nationalkultur. Erst die US-amerikanische Besetzung von 1916-1924, die die Grundlagen für Rafael Trujillos 31-jährige Diktatur schuf, brachte eine gewisse Stabilität.

Einer der ganz wenigen positiven Aspekte von Trujillos Diktatur war die Tatsache, daß er eine nationale Musikkultur förderte, die sich im wesentlichen auf Merengue konzentrierte. Der Merengue aus dem Cibao-Tal war ein lebhafter, schneller Tanz, gespielt von teils ländlichen, Akkordeondominierten Quartetten (*Perico ripiao*, „zerhackter Papagei"), teils von großen, Saxo-

phon-dominierten Orchestern, die von den Big Bands der Swing-Ära beeinflußt waren. Unter der Patronage und Kontrolle des Diktators entwickelte sich der Merengue zum Nationaltanz. Kommerzielle Yankee-Mu-sik und US-Kapital wurden weitgehend ferngehalten, Emigration und sogar Reisen im Inland waren den Dominikanern kaum möglich, und so erlebte die dominikanische Musikkultur ziemlich abgeschottet ihre Blütezeit.

Nach der CIA-gesteuerten Ermordung Trujillos 1961 regierte mit Unterbrechungen 25 Jahre lang der US-freundliche Joaquín Balaguer, der das Land für Auslandsinvestitionen öffnete. Multis wie Gulf & Western erwarben riesige Ländereien, Tausende entwurzelter Bauern strömten in die Elendsviertel, vor allem nach Santo Domingo, wo sich die Bevölkerung zwischen 1961 und 1970 verdoppelte. Mit dem US-Kapital kamen auch Schallplattenfirmen und ihre Musik: Rock, schmalzige Baladas und Salsa - der Merengue geriet in die Defensive.

Die Beziehung zwischen Merengue und Salsa ist vielschichtig. Salsa ist international und fungierte in der Dominikanischen Republik wie anderswo als Symbol des Latino-Widerstands gegen die Coca-Cola-Kolonisierung. Gleichzeitig war im Vergleich zum Merengue die Salsa für die Dominikaner neu und fremd - kubanisch und puertorikanisch. Die meisten hatten Spaß an den konkurrierenden Musikstilen, nur die Merengue-Musiker und die Verfechter einer Nationalkultur sahen sich in einem Musik-Krieg um die Herzen und Ohren der Dominikaner. Ende der achtziger Jahre konnte ein modernisierter und revitalisierter Merengue seine Konkurrenten aus dem Feld schlagen. Sogar in den Zentren der Salsa, in New York und Puerto Rico schlug der Merengue Wurzeln. Hartnäckige Salseros beobachteten mit Abscheu, daß ihre Lieblingsclubs und -radiosender zu Merengue übergingen, dessen romantischen Texten, simpler Choreo-



Salsa boomt . . .

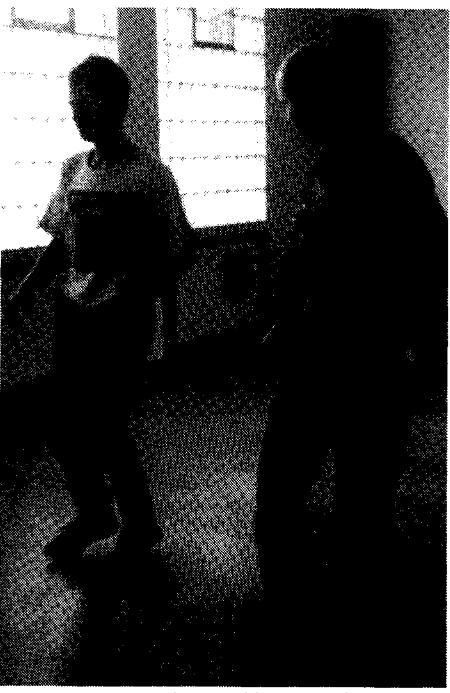
graphie, einfacheren Harmonien und Rhythmen und technischen Mätzchen den Vorzug gaben.

Die Verbreitung des Merengue im Ausland ist weitgehend eine Folge der Massenauswanderung von Dominikanern. Allein in New York leben inzwischen etwa 500.000. Dominikanische Bands unterbieten dort und anderswo die Salsa-Musiker, und viele junge Latinos, eingeschüchtert vom choreographischen Feuerwerk versierter Salsa-Tänzer, kommen mit dem einfachen Zweischritt- Merengue besser zurecht. Merengue hat sich nun selbst zu einem internationalen Musikstil gemausert und im Zug dieser Entwicklung ist die Musik der Dominikanischen Republik insgesamt vielschichtiger und professioneller geworden. Deutlich zeigt sich dies bei Juan Luis Guerra, der sowohl sentimentale, aber nicht kitschige Liebeslieder als auch sozialkritische Texte schreibt, der Merengue- und Salsastücke komponiert, die sich hervorragend zum Tanzen eignen. Heute, Mitte der neunziger Jahre, scheint der Salsa-Merengue-Krieg abgeflaut zu sein. Mancher Salsero mag unwiderruflich sein Herz an den Merengue verloren haben, aber viele Dominikaner haben wiederum die Reihen der Salsa-Fans verstärkt. Nichtsdestotrotz - die dominikanische Immigration hat die lateinamerikanische Musikkultur entscheidend umgestaltet. New Yorker Latinos können nicht mehr mit Puertorikanern gleichgesetzt werden. Deshalb stößt auch die unter Salsa-Sängern und - Conferenciers verbreitete Tendenz, Konzerte zu Manifestationen puertorikanischer Identität umzufunktionieren, bei den Dominikanern begreiflicherweise auf Widerspruch. Die Einheit der Latinos manifestiert sich nicht mehr nur in Salsa, sondern in verschiedenen Musikrichtungen, insbesondere auch im Latino-Rap.

Salsa Light

Obwohl inzwischen auch große Schallplattenfirmen in Salsa investiert haben, finden die Salsa-Musiker nur mit Mühe ein breiteres Publikum und kommen meist nicht über das wenig lukrative Milieu der Tanzklubs hinaus. Die frühere Dynamik und Kreativität hat oft einem zahmen, kommerziellen „Salsa Light"- Stil Platz gemacht. Seit Ende der siebziger Jahre hat sowohl in New York als auch in Caracas sentimentale Lieberslyrik den kritischen Barrio-Stil verdrängt. Natürlich ist Salsa nicht die erste Kunstform, die sich mit dem oft unlösbaren Widerspruch zwischen Aufklärung und Eskapismus auseinandersetzen muß. Es wird immer Leute geben, die sich lieber in Phanasiewelten flüchten, als sich mit der Realität auseinanderzusetzen. Und Latinos, die sich fein machen, um in einem schicken Salsa-Club tanzen zu gehen, wollen keine Lieder über Morde im Barrio hören - gerade das wollen sie hinter sich lassen.

Auch die Musikindustrie tendiert dazu, aus Salsa ein entpolitisiertes Pop-Ketchup zu machen. Aus dem Radio und vom Plattenteller schallt eher die schwülstige *Salsa romántica* als die aggressivere, proletarische, afrokaribische *Salsa caliente*. Eine Veränderung zeigt sich auch darin, daß die meisten Stars heute keine ausgebildeten Musiker und alten Tanzklub-Hasen sind wie beispielsweise Willie Colón, sondern knuddelige, ausnahmslos weiße Sänger, die sich vor allem durch hübsche Gesichter und Sexappeal auszeichnen. Die meisten, wie Jerry Rivera, sind Produkte aus den Studios der Musikindustrie. Wenn sie gelegentlich ein-



Kennen keine Scheuklappen: 'blätter' - Nahostexperten im Latinorausch.

mal live auftreten, kopieren sie ängstlich die Studio-Aufnahmen ihrer Songs und hoffen, daß extravagante Spezialeffekte, Rauch und Blitze über ihre beschränkten musikalischen Möglichkeiten hinwegtäuschen können.

An dieser immer trivialer werdenden Musik verlieren die einzigen, die der Salsa wieder Leben einhauchen könnten, die Jugendlichen in den Barrios, mehr und mehr das Interesse.

Wer angesichts der Neuen Weltordnung revolutionäre Lieder singt, spuckt in den Wind. In der ganzen westlichen Hemisphäre hat sich die Pop-Musik auf Sinnlichkeit, Sentimentalität und Lumpen-Nihilismus zurückgezogen. Entsprechend ist die messianische Inbrunst des ursprünglichen Reggae in der Routine der Discos versackt, die Bewegung der *Nueva Canción* ist versikkert, nihilistischer Gangster-Rap beherrscht die Ghettos und die gängige Salsa hat sich auf absatzfördernde Seifenoper-Lyrik und verwässerte Rhythmen zurückgezogen. Ob es je wieder einer auferstandenen lateinamerikanischen Kultur gelingen wird, die Pax Americana in Lied und Tat herauszufordern, bleibt abzuwarten.

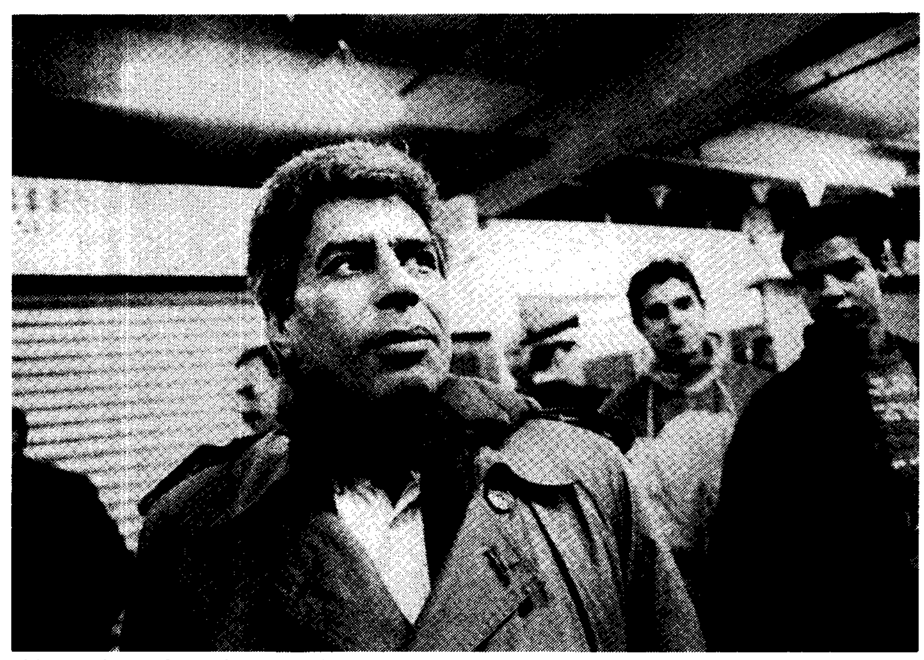
Peter Manuel

Der Text wurde leicht gekürzt entnommen aus NACLA Vol.XXVIII, No.2, Sept./Okt. 1994. Übersetzung CN.

Im Namen der Aufklärung

Zum Tod des algerischen Schriftstellers Rachid Mimouni

Mit dem Schriftsteller Rachid Mimouni starb am 12. Februar ein unbequemer Beobachter der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung Algeriens. Er war ein kritischer und engagierter Intellektueller, der sein Land weder einer Kaste selbstsüchtiger Politiker noch religiösen Fanatikern überlassen wollte.



Visionäre eines anderen Algerien: Rachid Mimouni . . .

Der marokkanische Autor Tahar Ben Jelloun kommentierte in Le Monde den Tod seines Schriftstellerfreundes mit den folgenden Worten:

„Mimouni kannte nicht das hochmütige Gebaren mancher Intellektueller. Er definierte sich als Zeugen, als Menschen, der seinem Volk zuhörte, dessen Hoffnungen verraten worden waren. Er war ein Mann aus dem Volke. Gegenüber anderen maghrebinischen Schriftstellern pflegte er keinerlei Rivalität, keinerlei Eifersucht. Er las ihre Werke und sprach nie schlecht von ihnen, während einige seiner Schriftstellerkollegen in ihrer Verbitterung nicht davor zurückschreckten, ihn in den Schmutz zu ziehen. Er reagierte nicht darauf, denn er besaß eine große moralische Eleganz. Mimouni war aufmerksam und brüderlich, ein Mensch besonderen Wertes."

Die Geschichte des literarischen Werkes Mimounis ist aufs engste mit der Geschichte Algeriens seit den siebziger Jahren verknüpft. Der junge Mimouni (geb. 1945), der um 1970 begann, in algerischen Zeitschriften Novellen zu veröffentlichen, scheint ein Anhänger der Ideale des 'tiers-mondisme' gewesen zu sein, der sich für die „Volksrepublik" Algerien in einem konformistischen Sinne engagieren wollte. Aus westeuropäischer Sicht ist das kaum verwunderlich: Das „sozialistische" Algerien war lange Zeit auch hierzulande neben dem Jugoslawien Titos eines der beliebtesten Steckenpferde der Anhänger eines 'Dritten Weges' zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Das von der FLN und der allmächtigen Armee regierte Algerien geriet jedoch seit den siebziger Jahren in eine schwere Krise, da wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen wie die Kollektivierung der Landwirtschaft und ungelöste Probleme wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Landflucht die gesellschaftlichen Widersprüche verschärften. Mimounis Politikverständnis blieb davon nicht unberührt: Seine ersten Romane, die noch in Algerien erschienen, *Le printemps n'en sera que plus beau* (1978) und *Une paix à vivre* (1983), beleuchten seine weltanschauliche Entwicklung von der Revolutionsromatik des 'tiers-mondisme' hin zu einer kritisch-negativen Sicht der algerischen Verhältnisse.

Um der Zensur in seinem Heimatland zu entgehen, wich Mimouni seit Anfang der achtziger Jahre auf französische Verlage aus. 1982 erschien *Le fleuve détourné* in Paris - der Roman, der Mimouni in Algerien und in Frankreich bekannt machen sollte. „Der umgeleitete Fluß": Das ist die von den FLN-Machthabern verfälschte und irregeleitete Revolution, das ist die von den Herrschenden entstellte Erinnerung an den Befreiungskampf, das ist aber auch die seit der Kolonialzeit fehlgehende, „verfluchte" algerische Geschichte. Mimouni schildert in *Le fleuve détourné* die Rückkehr eines totgeglaubten Moudjahid (Glaubenskrieger, Freiheitskämpfer) in die Welt der Lebenden. Seine Suche nach Frau und Kind, die ihm Einblick in die hermetisch abgeschlossene Welt eines Gefangenenlagers ermöglicht, spiegelt die Desillusionierung der Algerier nach 1962 wider.

Gegen Tradition und Modernität

Mimounis vierter Roman *Tombéza* (1984) setzte diese äußerst klarsichtige Kritik am FLN-Regime fort, wenn auch auf einer anderen Ebene: die halluzinatorischen, den Gegenstand der Darstellung verrätselnden Schilderungen in *Le fleuve détourné* werden in *Tombéza* durch fast schon dokumentarische Beschreibungen des algerischen All-

tagslebens ersetzt. *Tombéza* schildert den Werdegang eines Opportunisten, der zur Erreichung seiner Ziele über Leichen geht. Der zentrale Handlungsort ist ein Krankenhaus, eine Metapher für das dahinsiechende Algerien.

Mit *L'honneur de la tribu* (1989) wandte sich Mimouni erstmals den Sphären der Tradition zu. In diesem Roman läßt er einen alten Mann die Geschichte der Bewohner des Berberdorfes Zitouna erzählen. *L'honneur de la tribu* wurde in einigen Interpretationen als Plädoyer für die Tradition und gegen die Modernität gedeutet. Das ist so nicht richtig. „Die Ehre des Stammes" enthält vielmehr eine doppelte Kritik an Tradition und Modernität - und damit den Appell an Algerien und andere Länder der 'Dritten Welt', bei der Bewältigung der Gegenwartsprobleme einen Sonderweg einzuschlagen und sich um eine kreative, nicht bloß imitative Modernisierung zu bemühen.

Ein Jahr später erschien der Novellenband *La ceinture de l'ogresse*, dessen Titel eine Anspielung auf die maghrebinische Märchengestalt der 'Menschenfresserin' enthält. Die Erzählungen dieses Bandes, zumeist Satiren, die Fehlentwicklungen und Mißstände innerhalb der algerischen Gesellschaft geißeln, gehören zu dem Besten, was Mimouni produzierte. Sie wurden von Holger Fock kongenial ins Deutsche übersetzt und erschienen unter dem Titel *Hinter einem Schleier aus Jasmin* 1992 beim Rotbuch Verlag.

1991 veröffentlichte Mimouni einen weiteren Roman: *Une peine à vivre*. Mimouni schildert hier den Glanz und mehr noch das Elend eines namenlosen Diktators. *Une peine à vivre* ist ein gleichnishafter Roman von universeller Gültigkeit, der nicht nur in Algerien, sondern auch in anderen Ländern der 'Dritten Welt' spielen könnte.

Doch zurück zur algerischen Zeitgeschichte: Die Oktoberunruhen des Jahres 1988 zwangen die Führer der FLN zu demokratischen Reformen wie der Zulassung anderer Parteien, darunter auch der islamistischen Front Islamique du Salut, die rasch die Machtfrage stellte und mithalf, Algerien ab 1991/92 in bürgerkriegsähnliche Wirren zu stürzen. Das Erstarken des Islamismus veranlaßte Mimouni als Anhänger des religions- und gesellschaftskritischen Humanismus der französischen Aufklärung zu antiislamistischen Stellungnahmen.

Mimounis letzte Werke, der *Essay De la barbarie en général et de l'intégrisme en particulier* (1992) und der Roman *La malédiction* (1993), stehen daher im Zeichen der inneralgerischen Konfrontation. In dem Essay *De la barbarie* bemühte sich Mimouni um eine modernistisch-liberale Exegese der koranischen Lehre. Zwar verwickelte er sich dabei natürlicherweise in Widersprüche, doch ist sein Essay ungleich lesenswerter als das zeitgleich veröffentlichte Pamphlet *FIS de la haine*, in dem Mimounis algerischer



... und Albert Camus

Schriftstellerkollege Rachid Boudjedra mit wütenden Haßtiraden gegen die Islamisten und pathetischen Bekundigungen des eigenen humanistischen Ethos aufwartet. Der Roman *La malédiction* (1993) setzte die in *De la barbarie* begonnene Auseinandersetzung mit den Inhalten und den Zielen des politischen Islam fort. Mimouni schildert hier eine wahre Begebenheit - die Besetzung eines Krankenhauses durch die Islamisten im Sommer des Jahres 1991. „Der Fluch", im letzten Jahr ins Deutsche übersetzt, wurde auf den Feuilleton-Seiten der wichtigsten deutschsprachigen Tageszeitungen besprochen. Interesse erweckte das Buch weniger aufgrund seiner literarischen Qualitäten - "Der Fluch" ist meines Erachtens um eine Spur zu realistisch, er ist zu sehr Tatsachen- und Thesenroman -, sondern eher wegen der Tatsache, daß Mimouni seit dem Sommer 1993 zu einer international bekannten Symbolfigur im Kampf gegen den Islamismus wurde.

Kritik und Konstruktion

Das Gesamtwerk Mimounis läßt sich am besten durch die Begriffe „Kritik" und „Konstruktion" charakterisieren. Mimouni verstand sich in Anlehnung an Sartres literaturtheoretische Schrift „Was ist Literatur?" als engagierter Schriftsteller und richtete daher sein Augenmerk besonders auf die Bewußtseinsbildung des Lesers. In seinen Werken übte er Kritik an der Korruption und Ineffizienz der Bürokratie, der Allmacht einer egoistischen Politikerkaste, der Unterdrückung der Frau, der Auflösung der sozialen Strukturen, dem Verfall der gesellschaftlichen Moral, der Instrumentalisierung der Geschichte durch die Mächtigen, dem Erstarken des Islamismus etc..

Mimouni blieb jedoch bei der Denunzierung der genannten Mißstände nicht stehen. Ab *Tombéza* bemühte er sich, seinen Landsleuten einen Ausweg aus der gesellschaftlichen und politischen Krise Algeriens zu zeigen, ein Bestreben, das ich „Konstruktion" nennen möchte. Mimouni unterbreitete in seinen Werken im wesentlichen zwei Vorschläge zur Lösung der algerischen Krise: einerseits die Beschneidung der Macht der Herrschenden mit Hilfe einer demokratischen Rechtsstaatlichkeit, die den gläubigen Muslim der umma islamiya durch den individualistischen citoyen ersetzt; andererseits die Aufhebung der sozialen und politischen Antagonismen in einer pluralistischen algerischen Identität.

Diese Sicht der „Algerianität" war ganz wesentlich für das gesellschaftliche Projekt Mimounis, der dazu beitragen wollte, Innovation und ererbte Konvention miteinander zu versöhnen und Algerien zu einer „reifen" Nation werden zu lassen, die in sich ruht, ihre kulturelle und weltanschauliche Vielfalt akzeptiert und die bestehenden Konflikte (z.B. zwischen Franko-, Berbero- und Arabophonen, zwischen Modernisten, islamischen Traditionalisten und Islamisten) überwindet. Mimouni legte dieses pluralistische Konzept der algerischen Identität nicht nur in Romanen wie *L'honneur de la tribu* und *La malédiction* sowie in der Novelle *Le gardien* dar, sondern auch in dem essayistischen Kurztext *A la mêlée des eaux*, einer knappen Darstellung der maghrebinischen Geschichte seit der Antike. Dieser Text ist aus zweierlei Gründen bemerkenswert: einmal, weil Mimouni hier seine pluralistische Sicht der algerisch-maghrebinischen Identität historisch verortet; zum anderen, weil sich Mimouni in subtiler Weise - z.B. über die Metaphorik des Wassers, die im Titel anklingt - auf den Mittelmeermythos der „Schule von Algier" beruft, der Literaten wie Gabriel Audisio und vor allem Albert Camus angehörten.

Diese frankoalgerischen Schriftsteller vertraten schon in den dreißiger Jahren ein pluralistisches Konzept der algerischen

Identität, das sich auf die Zugehörigkeit von Franzosen und „Arabern" zu einem als Einheit in der Vielheit verstandenen „mittelmeerischen Vaterland" gründete. Das Denken Mimounis stammt in gerader Linie von Camus ab, der die FLN wegen ihrer Gewaltbereitschaft ablehnte und sich im Augenblick des algerischen Unabhängigkeitskrieges für den Verbleib der drei algerischen Departements bei Frankreich einsetzte. Gleichzeitig jedoch warb der Algerienfranzose für einen „zivilen Waffenstillstand" zwischen den verfeindeten Parteien. Camus, der schon zu Beginn der vierziger Jahre in der Artikelserie *Misère de la Kabylie* die Mißstände und sozialen Ungerechtigkeiten des französischen Kolonialsystems angeprangert hatte, schwebte ein reformiertes französisches Algerien vor, ein Algerien der „Araber" und Franzosen, kurzum ein Algerien, das sich zu allen seinen ethnischen, kulturellen und religiösen Bestandteilen bekennen und endlich allen Bevölkerungsgruppen volle Gleichberechtigung gewähren sollte. Ein solches Algerien war auch das Ziel einiger Angehöriger der frankophonen kabylischen Bildungselite, so etwa der Schriftsteller Mouloud Feraoun und Jean Amrouche. Wie der tunesische Intellektuelle Abdelwahab Meddeb kürzlich in der französischen Kulturzeitschrift *La règle du jeu* andeutete, scheint die historische Entwicklung Camus im nachhinein auf eine fast schon zynische Weise Recht zu geben.

Literatur zwischen den Welten

Allerdings verleitet die Perspektive des Nachgeborenen nur allzu schnell dazu, die historischen Akteure der fünfziger und sechziger Jahre leichtfertig zu beurteilen, ja zu richten. Allerdings täte die westeuropäische Literaturwissenschaft gut daran, den Reduktionismus der lange vorherrschenden antikolonialistischen Perspektive bei der Darstellung des Verhältnisses zwischen der frankoalgerischen und der heutigen algerischen Literatur endgültig abzulegen. Die Novellen und Romane Mimounis zeigen, daß zwischen dem Schrifttum der Algerienfranzosen und der Literatur des unabhängigen Algerien ein „genealogisches" Verhältnis herrscht, das nicht nur Diskontinuitäten, sondern eben auch Kontinuitäten möglich macht.

In der Rezeption des Werkes Mimounis fallen wie auch bei anderen künstlerischen Produkten aus der 'Dritten Welt' zwei Tendenzen auf: eine systematische Über- oder Unterbewertung. Entweder werden die Texte Mimounis in das „Koordinatensystem" der westeuropäischen Literaturkritik eingefügt: Das ist vor allem die Tendenz der französischen Rezensenten, die in den letzten Jahren nicht müde wurden, den Algerier wahlweise mit Gabriel García Márquez, Kafka und Racine zu vergleichen. Oder Mimouni wird auf einen Realismus traditioneller Machart reduziert. Die Romane und Novellen des Algeriers sollten einfach als das angesehen werden, was sie sind: Texte eines engagierten Literaten, der sich in den Dienst der Aufklärung und des demokratischen Fortschritts stellte und sich unterschiedlichster Erzähl- und Schreibweisen wie Realismus, Symbolismus, Meta- und Intertextualität, Parabel und Groteske bediente, um die angestrebte Wirkung auf den Leser zu erzielen.

Gunther Verheyen

Algerische Bücher in deutscher Sprache

Romane maghrebinischer Autoren stoßen im Unterschied zu denen ihrer lateinamerikanischen Kollegen im deutschsprachigen Raum eher auf Desinteresse. Daß einige Verlage dennoch das Risiko einer Veröffentlichung nicht scheuen, ist deshalb umso bemerkenswerter.

Der wohl anspruchsvollste algerische Schriftsteller ist Rachid Boudjedra. Er bemüht sich in seinen Werken um eine radikale Erneuerung des algerischen Romans. Trotz der Hochschätzung des Äußerlich-Formalen und der intertextuellen „Spuren", die Boudjedras Romane nicht nur untereinander, sondern auch mit den Werken westlicher Romanautoren verbinden, ist das Schreiben für ihn mehr als ein ästhetizistischer Selbstzweck: Es stellt auch einen Akt der Revolte gegen die Figur des Vaters und dessen Werte und Erscheinungsformen wie „Vaterland" und Gott dar. Seine Literatur hat daher im wesentlichen eine subversive Funktion. Sie wagt nicht nur die Demontage der islamischen „Sozio-Religion" und der postkolonialen historischen Mythen, sondern will auch das Verhältnis zum Körper und zur Sexualität auf eine neue Grundlage stellen. Zudem begreift Boudjedra den radikalen Subjektivismus seiner Literatur als Katharsis (Reinigung), die ihn von seinen „zentralen Phantasmen" wie etwa dem Blut befreien will.

Das zeigt „Der Sonnenstich". Das zentrale Ereignis dieses Romans ist eine Szene, die den Mord Meursaults an dem „Araber" in Camus' „L'étranger" parodiert: Ein Philosophielehrer entjungfert eine Schülerin am Strand und zieht sich dabei einen Sonnenstich zu. Das Blut, das bei dieser Entjungferung fließt, erscheint auch an anderen Stellen des Romans: bei der Schilderung ritueller Tieropfer, bei der Beschreibung der Massaker zu Beginn der französischen Kolonialherrschaft und während des Befreiungskrieges und schließlich bei der Darstellung der Vergewaltigung der Mutter des Protagonisten durch den eigenen Schwager.

Die Mann-Frau-Beziehung ist auch das Thema von Ali Ghalems „Die Frau für meinen Sohn". Dieser Roman beschreibt das traditionelle Geschlechterverhältnis, das Mann und Frau zu Gefangenen des Althergebrachten macht und eine „moderne" partnerschaftliche Beziehung zu einer unerfüllbaren Utopie werden läßt. Die rigide Geschlechtertrennung wird nicht nur inhaltlich, sondern auch formal zum Ausdruck gebracht: Szenen, welche die Eindrücke und Empfindungen der weiblichen Protagonistin Fatiha schildern, alternieren mit solchen, die sich den Erlebnissen und Gedanken ihres Gatten Hossin widmen.

Gegen die Einsperrung der Frau im häuslichen Bereich revoltiert Fatiha, die gegen ihren Willen verheiratet und in eine fremde Familie hineingezwungen wird. Sie „will leben, nicht vom Leben träumen". Um sich als Frau zu verwirklichen, setzt sie sich über alle Widerstände hinweg und wagt den Bruch mit den überlieferten Verhaltensnormen. Daß Ghalem von Hause aus Cineast und nicht Romancier ist, zeigen die kinematographischen Darstellungstechniken, die in seinem Roman Verwendung finden.

Rachid Mimounis Roman „Der Fluch" macht den Leser mit den Ursachen und den Hintergründen der gegenwärtigen Krise Algeriens vertraut. Algier im Frühsommer des Jahres 1991: Die Islamisten des Front Islamique du Salut (FIS), die die Konfrontation mit dem Regime suchen, stellen die Machtfrage und proklamieren den Generalstreik. Ihre Anhänger besetzen das Hôpital Mustapha im Zentrum der algerischen Hauptstadt und errichten dort eine Schreckensherrschaft, die einige Tage währt. Ihre ganze Wut lassen die selbsternannten Nachfolger des Propheten an den unverheirateten Wöchnerinnen aus, die sie für ihre „Hurerei" bestrafen wollen.

Mimouni, mittlerweile Symbolfigur im Kampf gegen den islamistischen Obskurantismus, hat dieses Ereignis in seinem Roman verarbeitet. Er wertet es als Vorgeschmack dessen, was Algerien im Falle einer islamischen Machtübernahme droht. Der Roman - halb Thesenroman, halb Tatsachenbericht - ist das Werk eines engagierten Schriftstellers, der mit seiner Literatur auf die Politik seines Landes Einfluß nehmen will. „Der Fluch" entstand nämlich in einer bürgerkriegsähnlichen Situation, die Mimouni als fortschrittlichen Intellektuellen unmittelbar bedrohte und ihn deshalb zu einer Intervention veranlaßte. Daher die Auseinandersetzung mit dem politischen Islam in diesem Roman, daher aber auch die kritische Analyse der Ursachen der gegenwärtigen Krise Algeriens, zu denen Mimouni auch das unbewältigte Erbe des algerischen Freiheitskampfes rechnet.

Der Algerienkrieg, der vor fünfzig Jahren begann und bis 1962 währte, ist das zentrale Thema der meisten Novellen des Bandes „Und die Vögel werden singen", den

Mohammed Dib 1966 veröffentlichte und der jetzt erst ins Deutsche übersetzt wurde. Dib, einer der Ehrengäste der dritten Sitzung des Internationalen Schriftstellerparlaments in Straßburg, fängt in seinen Erzählungen das soziale und geistige Klima ein, das die letzten Jahre des französischen Algerien bestimmte. Doch weisen die Novellen auch einen mystisch-philosophischen Einschlag auf, da Dib in ihnen einen Blick hinter die Trugbilder der Sinnenwelt wagt und den Schleier, der auf den Dingen liegt, lüftet.

Besonders eindrucksvoll ist die Erzählung „Naëma verschwunden", die eher realistische Kurzfassung von Dibs allegorischem Roman „Und ich erinnere mich an das Meer". Der Protagonist und Ich-Erzähler - ein Großstadtbewohner, dessen Frau von den Soldaten der Kolonialmacht verschleppt wurde - schildert den Algerienkrieg als ein traumatisches Ereignis, das die Bewältigung der Zukunft gefährdet: „Wie werden jene, die entkommen, es schaffen weiterzuleben? Was wird ihnen die Rückkehr zum Frieden bedeuten? Die Welt hat für uns Farbe und Geschmack verloren. Werden sie es schaffen, ihr wieder ein menschliches Antlitz zu geben?" Eine Frage, die man in Anbetracht der bürgerkriegsähnlichen Wirren, die heute Algerien erschüttern, mit Nein beantworten muß.

Gunther Verheyen

Rachid Boudjedra: „Sonnenstich". Roman. Aus dem Französischen von Eva Moldenhauer. Verlag Donata Kinzelbach, Mainz 1994, 186 Seiten, 28 DM

Ali Ghalem: „Die Frau für meinen Sohn". Roman. Aus dem Französischen von Agnès Bucaille und Susanne Thauer. Lenos Verlag (Lenos Pocket 22), Basel 1994, 272 Seiten, 18 DM

Rachid Mimouni: „Der Fluch". Roman. Aus dem Französischen von Karin Rick. Haymon Verlag, Innsbruck 1994, 224 Seiten, 44 DM

Mohammed Dib: „Und die Vögel werden singen". Erzählungen. Aus dem Französischen von Helga Walter. Edition Orient, Meerbusch 1994, 94 Seiten

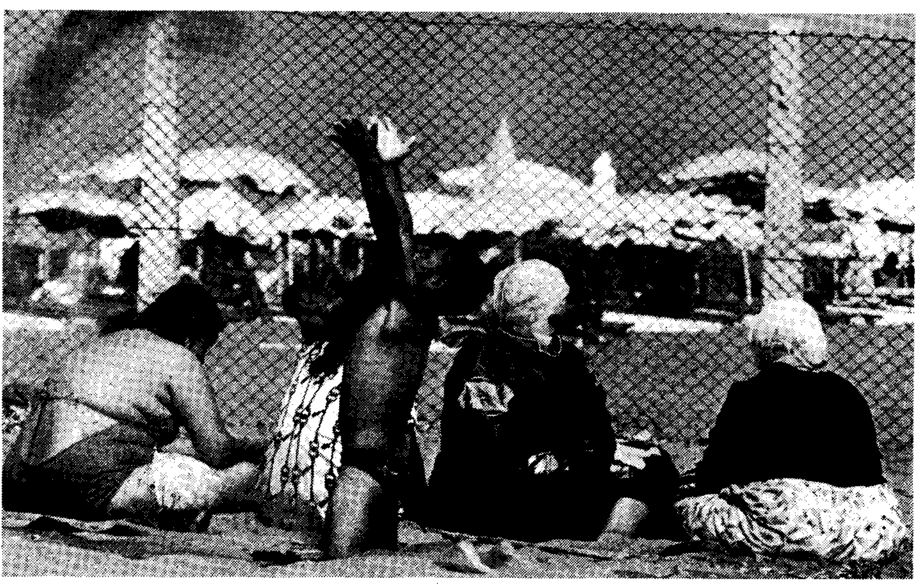
Mehr als tausend Worte



Bilder wecken Neugier, Bilder sprechen Verstand und Gefühle an, Bilder rufen Erinnerungen wach, Bilder sind selten eindeutig, Bilder sind Ergebnis eines bestimmten Standpunktes.

Der Tourismus braucht Bilder. Die Tourismusbranche setzt sie gezielt ein, um Touristen für fremde Länder, unbekannte Kulturen, weite Strände und klares Wasser zu gewinnen. Im Tourismus wird mit Bildern geworben, die die schrille, bunte und glänzende Tourismuswelt widerspiegeln. Es wird den Touristen vorgegaukelt, daß sie vollkommen im Bilde sind, wenn sie etwas mit eigenen Augen gesehen haben.

Dem wird in der Einleitung des eben erschienenen Bandes **„Tourismus, Fotos für Gespräche"** entgegengehalten, daß man nur das sieht, was man weiß. „Und allein die Tatsache, daß wir viel gesehen haben, heißt nicht zwangsläufig, daß wir eine bessere Kenntnis der Realität haben."



Vor und hinter dem Clubzaun - Badestrand in Tunesien. Foto: U. Thomas/Garp (s. Rezension 'Mehr als tausend Worte')

Nicht nur die Tourismusbranche hat sich das Foto einverleibt: Fast alle Reisekataloge erscheinen mit bunten Fotos. Auch die Touristen benötigen die Reise, um möglichst viele Fotos zu erbeuten. Was liegt da näher, als mit Bildern die Kehrseite des Tourismus für Mensch und Natur zu beleuchten und für einen reflektierten und vorsichtigen Umgang mit Reisen, für Rücksicht auf die Einheimischen und für eine intakte Landschaft zu werben. Die 40 Schwarzweiß-Fotos der Mappe kontrastieren durch die Bildausschnitte, fordern zum Hinterfragen auf, laden zum Verweilen ein. Einige drängen geradezu Fragen nach Landschaftszerstörung oder Mißachtung der einheimischen Kultur durch Touristen auf: Strandverschmutzung durch Abwasser, Prostitution in einem Vergnügungsviertel oder Besuch eines Tempels durch einen Touristen in Shorts und mit nacktem Oberkörper. Daneben enthält die Mappe Bilder, die eigenen Assoziationen freien Lauf lassen: eine kleine Insel mit Palmen und Liegestuhl, eine Taube am Wasser auf einem Geländer sitzend, Kinder beim Picknick, ein Bungee-Springer.

Die Foto-Sprache wird im deutschsprachigen Raum in der Bildungsarbeit wenig genutzt. Die vorliegenden, sorgfältig ausgewählten Fotos bieten auch den Zweiflern und Ungeübten eine hervorragende Gelegenheit, wieder einmal mit stehenden Bildern zu arbeiten und auf die vorbeiflimmernden Bilder von Film und Fernsehen zu verzichten.

Die Fotomappe enthält außerdem ein viersprachiges Begleitheft mit vielen Anregungen zum Einsatz von Fotos in Schule oder Gruppenarbeit, sowie weiterführende Literatur und Materialien. Dem 'Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung' und dem 'Verlag an der Ruhr' ist eine sehr empfehlenswerte Publikation gelungen, zumal es zum Thema Tourismus nur wenige aufgearbeitete Materialien gibt.

Mechtild Maurer

Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung Basel (Hg): Tourismus. Fotos für Gespräche. Mülheim an der Ruhr 1995, 24 Seiten und 40 Fotos, A4, ISBN 3-86072-193-3, DM 30.-/Fr. 25.-; Bezug: Verlag an der Ruhr, Postfach 102251, D-45422 Mülheim an der Ruhr; oder: Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung, Missionsstraße 21, CH- 4003 Basel

„Im Jahrhundert der Flüchtlinge"



Die vom Caritas-Verband herausgegebene Broschüre „Im Jahrhundert der Flüchtlinge", die als Zusammenstellung von Unterrichtsmaterialien für die Sek.I und Sek.II konzipiert ist, bietet didaktisch aufbereitetes Text-, Zahlen- und (Schau-)Bild-Material für Unterricht und Bildungsarbeit zu den Themenbereichen Fluchtbewegungen / Fluchtursachen und Umgang mit Flüchtlingen in der Bundesrepublik. Die vorgeschlagenen Spiele thematisieren u.a. Phantasien und Vorurteile zum Thema Flucht und Asyl. Der dritte Teil des Heftes behandelt vor allem die Frage der Verantwortung von Christen für Flüchtlinge. Insbesondere die Grafiken und methodischen Ideen machen die Broschüre zu einer nützlichen Materialsammlung für Seminar und Unterricht.

Deutscher Caritas-Verband, Dritte Welt-Haus Bielefeld, Misereor, Pax Christi (Hrg.), Im Jahrhundert der Flüchtlinge, Unterrichtsmaterialien für Sek.I und Sek.II, Bielefeld 1994; Bezug über: Dritte Welt-Haus Bielefeld, August-Bebel-Straße 62, 33602 Bielefeld (DM 10,- +Versandkosten)

Betr.: Artikel zum Re-Integrationsprogramm für Roma
'blätter des iz3w', Nr.203

In einem Artikel in unserem vorletzten Heft kritisierte Günther Glocksin (Rom e.V.) das Re-Integrationsprojekt der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für 1400 bereits seit langem dort lebende Roma als eine Massenabschiebung. Das ausgegebene Projektziel der Beseitigung von Fluchtursachen bezeichnet er als vorgeschoben. Dagegen verteidigen an der Durchführung beteiligte Organisationen das Projekt.

Bei allem Verständnis für tiefgreifende Skepsis und dem Wunsch nach kritischer Einschätzung des Roma-Re-Integrationsprojektes bleibt die Frage, warum sich manche Kritiker bei ihrer Ablehnung falscher und zum Teil diffamierender Argumente bedienen müssen.

Es hat wenig Sinn, sich aus der Rechtfertigungsposition heraus mit Anschuldigungen dieser Art auseinanderzusetzen. Abgesehen von den vielen Versuchen unsererseits, mit Roma-Unterstützer-Gruppen in einen Dialog zu treten, haben wir inzwischen fast jede Hoffnung aufgegeben, mit Leuten vom Rom e.V. diskutieren zu können; die Gegensätze sind scheinbar unüberwindbar. Wenn eine Unterstützerinitiative das einzige Ziel hat, für ein generelles Bleiberecht einer Minderheit zu kämpfen und daraus ihre Existenzberechtigung ableitet, ist sie kein ernstzunehmender Gesprächspartner für neue Wege in der Flüchtlingspolitik. Diese Motivation alleine läßt schon auf eine derart verengte Sichtweise schließen, daß Alternativen nicht einmal ernsthaft diskutiert werden können.

Mit Ausnahme von Roma-Unterstützer-Gruppen, zu denen sich Günther Glocksin zählt, gibt es keine Institution, die die Roma in Makedonien als politisch verfolgt einstuft. Die Roma befinden sich dort in ihrer Mehrzahl am Ende der wirtschaftlichen und sozialen Skala. In der realen multikulturellen Gesellschaft dieses Landes führen die aus der wirtschaftlichen Situation resultierenden Lebensbedingungen zu gesellschaftlichen Diskriminierungen.

Gerade an diesem Problem aber setzt das Re-Integrationsprojekt an. Aus der Binsenweisheit heraus, daß Armut auf Dauer nicht durch Almosen bekämpft werden kann - sie kann nur durch Arbeit bekämpft werden -, resultiert die zentrale Aufgabe der Projektarbeit. Es ist völlig unverständlich, wenn latent suggeriert wird, daß Arbeitsbeschaffung in einem armen Land überhaupt nicht funktionieren kann. Wäre diese These richtig, wäre jeder entwicklungspolitische Ansatz, der nicht auf eine generelle Wirtschaftsföderung zielt, sondern sich auf das ökonomische und soziale Alltagsleben bezieht, also „unten" ansetzt, sinnlos.

Das wirtschaftliche Umfeldprogramm hat das Ziel, der eigentlichen Migrationsursache, nämlich der mangelnden wirtschaftlichen Pespektive, zu begegnen. Re-Integration kann nur gelingen, wenn die Menschen in die Lage versetzt werden, ihr Leben auch wirtschaftlich selbst zu gestalten. Die soziale Komponenete von Arbeit hat dabei eine große Bedeutung. Menschen davon zu befreien, als pure Bittsteller aufzutreten, den Tagesablauf zu gestalten, die Versorgung der Familie selbst zu organisieren, dies waren und sind die Ziele des wirtschaftlichen Umfeldprogrammes.

Richtig ist, daß mit dieser Zielsetzung ein ausschließlich wirtschaftlich orientiertes Vorgehen nicht erfolgen konnte. Unsere erste Aufgabe war weniger beriebswirtschaftlicher sondern vielmehr arbeitspädagogischer Art. Es kam zudem darauf an, schnell allen zurückgekehrten Familien zumindest einen Arbeitsplatz anzubieten, damit ein Einkommen und - genauso wichtig - die Integration in das Sozialversicherungssystem gewährleistet war.

Gleichwohl nehmen die Marktchancen durch die vermittelte Ausbildung und durch ein sinnvolles Investitionsvorgehen, das das Scheitern einkalkuliert und Risiko minimieren will, unstreitig zu. Ebenso nimmt auch das Selbstbewußtsein der Menschen zu, die sich sehr bewußt in diese Arbeitsprozesse integriert haben. Wer die makedonische Situation beklagt, der weiß doch zugleich ganz genau, daß gerade diese Bedingungen unsere Hilfe notwendig machen. Es wird niemals möglich sein, den Zustand dieser Länder und die Lebensbedingungen der Menschen dadurch zu verbessern, daß wir einer Gruppe in Deutschland Sozialhilfe auszahlen.

Wenn man manche Berichte über das Projekt aufmerksam zur Kenntnis nimmt, hat man den Eindruck, es gäbe nur zwei Möglichkeiten: Entweder wird allen Menschen der Aufenthalt in Deutschland eingeräumt und finanziert oder, wenn man schon vor Ort geht, muß allen geholfen werden, sonst ist die Hilfe gescheitert. Vielleicht gibt es aber noch eine dritte Möglichkeit: Kritik soll nicht unterbleiben, aber vielleicht kann die gleiche Energie auch dafür verwendet werden, Lobbyismus zu betreiben, damit aus einem Modellprojekt viele Projekte entstehen.

Hans Jürgen Möller, Büro für Sozial- und Entwicklungsmanagement, Essen
Christoph Grätz / Rudi Löffelsend, Caritasverband für das Bistum Essen

Betr.: Streit um die GfbV
'blätter des iz3w' Nr.204

Zu der Kontroverse um die 'Gesellschaft für bedrohte Völker' möchte ich euch gratulieren. Eine - leider - nicht selbstverständliche Qualität im linken Blätterwald war es dabei auch, die Original-Stellungnahme der Angegriffenen abzudrucken, anstatt lediglich aus dem Zusammenhang herausgerissen und folglich sinnentstellend aus ihr zu zitieren. So kann mensch sich wenigstens ein eigenes Bild über die Denke der GfbV-AktivistInnen machen. Diese Kontroverse kann einen guten Auftakt bilden, um sich auch mit einigen ethnopluralistischen revolutionären Irrwegen der *linken* Szene auseinanderzusetzen - Stichworte Baskenland, Nord-Irland, oder die ethnopluralistische Akzentsetzung in der Kurdistan-Solidarität. Viel Erfolg.

Jens Dörschel

'Ver-Wüstung'

Um den Kampf gegen Verwüstung besser koordinieren zu können, gründeten über 50 Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) aus allen Kontinenten das internationale Netzwerk RIOD (Réseau International d'ONG sur la Désertification).

Die Desertifikation betrifft etwa eine Milliarde Menschen und 25% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Sie bedroht nicht nur Trockengebiete in Afrika, Asien und Lateinamerika sondern auch intensiv bearbeitete Nutzflächen in Südeuropa und Nordamerika. In einer UN-Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation hatten sich die Unterzeichnerstaaten 1994 verpflichtet, die 'lokale Basis', d.h. die Bevölkerungen und NGOs, an den Maßnahmen zu beteiligen.

Das neu gegründete Netzwerk will dazu beitragen, daß dies keine Leerformel bleibt und der 'Artikulationsraum' effektiv genutzt werden kann. Es will die Bevölkerung informieren und den Informationsaustausch zwischen Geber- und Empfängerländern sowie zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen ermöglichen. Außerdem sollen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Desertifikation im jeweiligen Land miteinander koordiniert werden, um den bestmöglichen Einsatz der verfügbaren Mittel zu erreichen.

Die Konvention hat nämlich einen Haken: Ein Finanzierungsinstrumentarium für ihre Umsetzung wurde nicht geschaffen. Gelder müssen aus den 'üblichen bi- und multilateralen Finanzierungsschienen' oder dem Global Environment Fund der Weltbank entnommen werden. Es ist also Umverteilung angesagt.

Weitere Informationen zu RIOD, der UN-Konvention und dem deutschen RIOD-Mitglied (Arbeitsgruppe Desertifikation) gibt es bei:

Arbeitsgruppe Desertifikation
Jürgen Gliese
AT-Verband
c/o Naturgerechte Technologien, Bau- und Wirtschaftsberatung GmbH
Baumweg 16
60316 Frankfurt/M.
Tel.:069/490195(-6)
Fax :069/440049

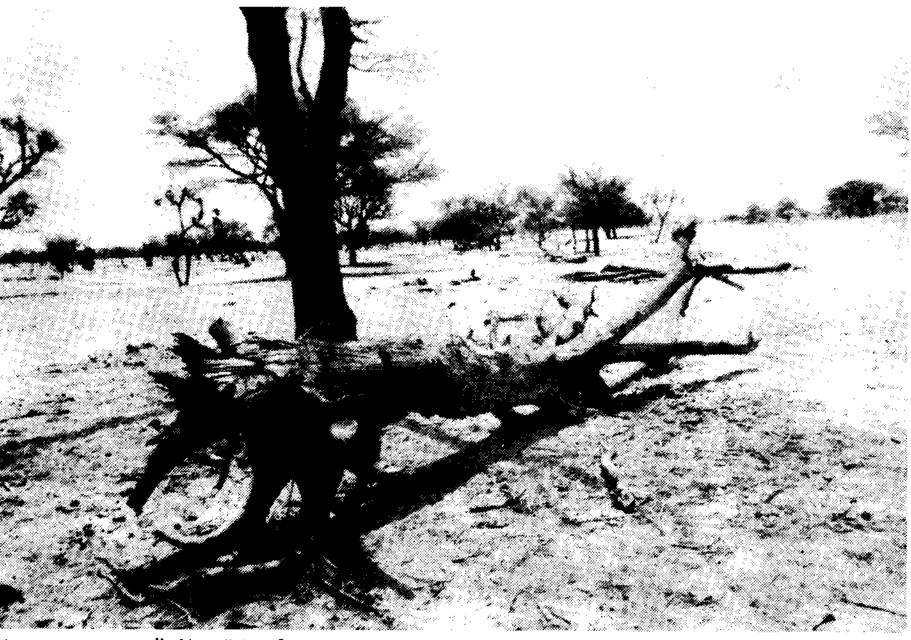
NGOs in der EU

In einer Broschüre ihres Brüsseler Verbindungsbüros versuchen europäische entwicklungspolitische NGOs „die Konsensus-Positionen zusammenzubringen, die in den letzten Jahren von den NGOs auf europäischer Ebene erreicht worden sind". Die Broschüre gliedert sich in vier Abschnitte: Bekämpfung der Armut, nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, Migration.

Der rote Faden ist das kritische Aufzeigen von Widersprüchen zwischen den Zielen der EU und dem erheblichen Mangel an „Kohärenz, Effizienz und Koordination". Kritisch reflektiert wird auch die eigene Rolle, beispielsweise die Unsicherheit der NGOs darüber, wie sie sich zu den sozialen Folgen von Strukturanpassungsprogrammen verhalten können, ohne eine zutiefst ungerechte Politik legitimieren zu helfen.

Der Text ist als Bezugspunkt für die NGOs und ihre Mitglieder gedacht aber auch als Richtschnur für die Zusammenarbeit der NGOs untereinander und in ihrem Brüsseler Verbindungsbüro.

Die Broschüre ist erhältlich bei:
Liaison Comité
10, Sq. Ambiorix
B-1040 Brüssel



Vernetzung gegen die Verwüstung?

Alternative Strukturanpassung

Trotz der massiven Kritik an Strukturanpassungsprogrammen (SAPs) fehlten bisher konkret ausgearbeitete Alternativen. Diese will die Bretton Woods Reform Organisation (BWRO International) erarbeiten, die 1991 vom IWF-Aussteiger Davison Budhoo gegründet wurde.

Die kleine Organisation mit Sitz im karibischen Grenada will Regierungen und Nicht-Regierungsorganisationen im Umgang mit den Bretton Woods-Institutionen den Rücken stärken. Die beiden Finanzinstitutionen sollen gegenüber der Bevölkerung rechenschaftspflichtig gemacht werden und die Programme stärker auf die Bedürfnisse der Bevölkerungen zugeschnitten werden. BWRO will armen Bevölkerungsschichten, Gewerkschaften aber auch Regierungen technisches Fachwissen zur Verfügung stellen. Die Vorstellungen der Bevölkerung sollen in konkrete Alternativprogramme umgesetzt werden, um so die Verhandlungsposition gegenüber den Finanzinstitutionen zu stärken.

Bei der Entwicklung Alternativer Strukturanpassungsprogramme (ASAPs) greift BWRO auf Vorarbeiten von Wirtschaftswissenschaftlern und UN-Organisationen zurück. BWRO ist mit Organisationen in Guayana, Indien, den Philippinen, Trinidad & Tobago sowie Antgua & Babuda im Gespräch, um dort ASAPs zu entwerfen.

BWRO wird in einem Land erst aktiv, wenn sich dort aus gesellschaftlich relevanten Organisationen ein Bündnis gegründet hat, das ein solches Alternativprogramm tragen und gesellschaftlich durchsetzen will. Beispielsweise gründeten im August 1993 Vertreter von 43 NGOs ein nationales BWRO-Komitee für Guayana, dessen Vorsitzender der Generalsekretär des guayanischen Gewerkschaftsverbandes wurde. Mit Unterstützung der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet seit 1994 ein von Davison Badhoo geleitetes vierköpfiges BWRO-Expertenteam in Guayana, das in Zusammenarbeit mit dem nationalen Komitee den ersten ASAP-Entwurf entwickelt. In dessen Zentrum stehen wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen, Transparenz demokratischer Strukturen sowie Vorschläge für Schuldenerleichterungen.

In der ersten Maihälfte wird der ASAP-Initiator Davison Badhoo Deutschland besuchen. Vorgesehen sind Veranstaltungen mit ihm im Raum Heidelberg, in Bonn und Berlin (dort am Samstag dem 6.Mai um 17Uhr im Haus der Kulturen der Welt).

Sven Hansen

Nähere Informationen gibt:
Martin Glück
Kairos Europa
Hegenichstr.22
69124 Heidelberg
Tel.: 06221/720296
Fax : 06221/781183

Angola-Aktionen

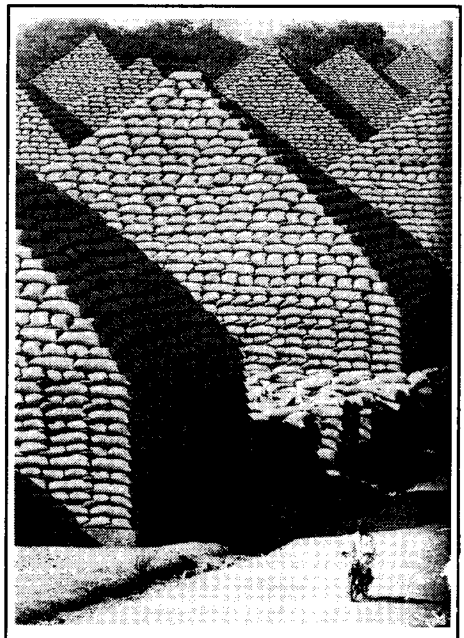
In Angola haben die früheren Bürgerkriegsparteien (die Regierungspartei MPLA und die Rebellenorganisation Unita) vor wenigen Monaten einen Friedensvertrag abgeschlossen. Im „Land der Beinamputierten" gilt seitdem Waffenruhe, die Unita soll in die staatliche Armee integriert werden und „ihre" Gebiete verlassen.

Diese Entwicklungen zu verfolgen, das Informationsdefizit über Angola zu verringern und das Land wieder in die Solidaritätsbewegung zum südlichen Afrika einzubeziehen, sind Ziele des im Mai 1994 in Bonn gegründeten Angola-Netzwerks.

Für 1995 sind folgende Aktionen in Vorbereitung: eine Rundreise mit angolanischen JournalistInnen durch die Bundesrepublik Deutschland, die Teilnahme an der Landminen-Kampagne und die Veranstaltung von Angola-Tagen im Herbst.

Wer an Informationen über Angola interessiert ist oder mitarbeiten möchte, kann sich wenden an:

Angola-Netzwerk
Königswinterer Str.116
53227 Bonn
T.: 0228/464369 (bei der 'informationsstelle südliches afrika')



Kein Ende der Schuldenkrise!

Die Verschuldung ist nach wie vor das zentrale Entwicklungshemmnis der Länder des Südens und verhindert eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Entwicklung in diesen Ländern. Zu diesem Schluß kommen die Autoren einer Studie des Vereins Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED) in Bonn. Die Verschuldung steigt bis heute kontinuierlich und lag 1994 bei 1542 Mrd. US-Dollar. Der Schuldendienst erreichte dabei fast das Siebenfache der Summe, die die Länder als Entwicklungshilfe von den Industrieländern erhalten. Der Anteil des Schuldendienstes der verschiedenen Länder an den Exporterlösen liegt mit durchschnittlich 17% niedriger als Ende der achtziger Jahre. Dieser Rückgang ist auf eine erhebliche Steigerung der Exporte zurückzuführen. Er wird allerdings auch aus Sicht der Weltbank noch immer als zu hoch eingeschätzt. Zudem haben einige Länder deutlich höhere Belastungen (für 1993 z.B. Tansania 55,5%, Mosambik 111,9% und Guinea Bissau 273,3% der Exporterlöse).

Das Krisenmanagement der Gläubiger hat diese Entwicklung nicht entschärft. Schuldenerlasse der multilateralen Geber IWF und Weltbank stehen ebensowenig zur Debatte wie die case-by-case-Verhandlungen von Land zu Land. Einheit auf der Gläubigerseite steht Heterogenität auf der Schuldnerseite gegenüber. Sowohl die kommerziellen Gläubiger (Brady-Plan und Swap-Geschäfte) als auch die bilateralen öffentlichen Schuldner (Naples Terms) zeigen mit ihren Schuldenstrategien, daß sie an einer grundlegenden Lösung der Schuldenkrise kein Interesse haben. Immer noch hat die Aufrechterhaltung von Schuldforderungen (via Umschuldungen) Priorität und wird nur in besonders krassen Fällen, wie beispielsweise Guinea, dem Land mit dem weltweit niedrigsten Lebensstandard, durchbrochen. Guinea braucht 1995 nur die Hälfte des Schuldendienstes an die öffentlichen Gläubiger zurückzuzahlen.

Die Studie dokumentiert auch die Rolle der deutschen Banken und der Bundesregierung in der Schuldenkrise und fordert neben einem langfristigen Entschuldungsprogramm ein „Sofortprogramm 1995", das den Erlaß der deutschen Schuldforderungen bei den dreißig ärmsten Ländern vorsieht. Bewußt wird von den Autoren eine Vorreiterrolle der Bundesregierung gefordert. Diese würde die Einheit der Gläubigerseite unterlaufen. Der Einnahmeausfall von lächerlichen 190 Mio. US-Dollar im Jahr dürfte also weniger im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen.

uju

Weitere Informationen:
WEED/Berliner Platz 1
53111 Bonn
Tel. 0228/ 69 64 79
Fax. 0228/ 69 64 70

Literarischer Dialog

Literatur kann Menschen verbinden und interkulturelle Verständigung fördern. In anderen Ländern geführte Auseinandersetzungen haben oftmals Bezug zu Europa (und umgekehrt) oder finden hier gleichfalls statt, beispielsweise bei so zentralen Themen wie dem Verhältnis von Religion und Politik oder von Individuum und Gesellschaft, sozialen Folgen wirtschaftlicher Krisen, Erfahrungen mit Gewaltherrschaft oder verschiedenen Fundamentalismen.

'Kitab, der Buchklub der Freunde orientalischer Literaturen', will deutschsprachigen Lesern einen Einblick in die moderne Geistesgeschichte des Vorderen Orient und Nordafrikas verschaffen und dabei dem europäischen Hang zur Mystifizierung dieser Region entgegenwirken.

Konkret soll die Übersetzung und Herausgabe wichtiger Werke der klassischen und modernen Literatur des Vorderen Orient und Nordafrikas gefördert, die Arbeit kleinerer Verlage auf diesem Gebiet unterstützt und für gute Übersetzungsqualität gesorgt werden.

Mitglieder von Kitab erhalten jährlich vier Neuerscheinungen in deutscher Übersetzung, davon ist mindestens eine ein Sachbuch. Halbjährlich wird in einer Broschüre auf Neuerscheinungen, literarische und kulturelle Ereignisse hingewiesen, werden Bücher besprochen und Hintergründe zu AutorInnen, Werken und Themen des Kitab-Angebots beleuchtet.

Kitab ist eine nicht auf Gewinn ausgerichtete Initiative des Vereins 'Dialog Orient Okzident e.V.'. Genauere Informationen gibt es bei:

Kitab
c/o Dialog Orient Okzident e.V.
Ratiborstr. 11
10999 Berlin
Tel.: 030/6182302
Fax: 030/6113338

Zeitschriftenschau

ila 183/März '95
Schwerpunkt der neuen ila ist die Gentechnologie und zwar vor allem aus ethisch-moralischer Sicht. Der Anspruch ist, einen Überblick über „bisher Gemachtes" und in Zukunft Machbares zu geben, außerdem die hinter dieser Technologie stehenden Kapitalinteressen aufzudecken und Bespiele aus einzelnen lateinamerikanischen Ländern zu geben. Außerdem im Heft: Die Situation in Chiapas * Ecuador im Grenzkonflikt mit Peru * Reiseeindrücke aus Haiti * Eine Besetzungsaktion ehemaliger Militärs in El Salvador * Umbruchstimmung in der Linken Kolumbiens * Brasilien, ewiges „Land der Zukunft". Die Reihe „Lebenswege" diesmal zu der argentinischen Journalistin und Schriftstellerin Esther Andradi. 7,- DM. **Bezug: Informationsbüro Lateinamerika, Heerstr. 205, 53111 Bonn.**

FORUM 191
Alle sprechen von Osteruopa, keiner kennt es. Die „Linke", so es sie überhaupt noch gibt, überläßt eine ganze Region den etablierten Medien. Dankenswerterweise hat nun das neue „Forum" sich der Länder angenommen. Im einzelnen geht es um Nationalismus als staatliche Modernisierungsstrategie, Frauen im ehemaligen Jugoslawien, um Estland, den endlosen Konflikt auf dem Kaukasus, Migration und Rassismus in Osteuropa, die Umweltbewegung und die Situation russischer Frauen. Als Service bietet das Heft eine umfangreiche Adressenliste osteuropäischer NROs. Weitere Themen: Rassismus/ Antirassismus in Deutschland * Frauen gegen Fötaltransplantation * „Nachhaltige Entwicklung" * Berichte aus Mexiko, Paraguay, Indien, USA. **Bezug: FORUM Bachstr. 14/15, 28195 Bremen**.

Lateinamerika Nachrichten 249/März '95
Ein kleiner Themenblock in der neuen Ausgabe der Lateinamerika-Nachrichten widmet sich Mexiko. Dabei stehen die wirtschaftliche Situation nach dem Börsencrash und die Folgen für die dortige Entwicklungspolitik im Vordergrund. Vor allem die Rolle der USA wird herausgestellt. Ein weiterer kleiner Schwerpunkt ist den Vorgängen in Chiapas vorbehalten. Dazu gehört eine „(unvollständige) Chronik" ebenso wie ein Besuch bei einer besetzten Kaffeefinca. Von den übrigen Themen macht besonders ein Beitrag neugierig. Er trägt den Titel „Die Drogenhändler müssen sich totlachen - Wohlverhalten auf dem US-Prüfstand". In dieser Nummer werden Filme zu Chile, Kuba, Mexiko und dem bolivianischen Tagebuch des Che Guevara besprochen. Weitere Themen: Der Krieg zwischen den „Brudervölkern" Perus und Ecuadors * Zur Lage in Ecuador. 6,- DM. **Bezug: Lateinamerika-Nachrichten, Gneisenaustr. 29, 10961 Berlin.**

Die Brücke 82/März/April '95
Mit dem provokanten Titel „Geburtenkontrolle für den Norden" will die Redaktion der „Brücke" auf die weltweite Bevölkerungsdiskussion und die damit einhergehende Entwicklungspolitik aufmerksam machen. Mit verschiedenen Theorien dazu setzt sich der Beitrag „Thomas Robert Malthus damals und heute" auseinander. Die ethische Dimension der Entwicklungsstrategien analysiert ein Artikel, der die Frage nach den Müttern „unwerten Lebens" stellt. Eine Kritik der Zeitschrift „Das Parlament" mit ihrem Schwerpunkt „Nordafrika" rundet den Themenblock ab. Weitere Themen: 'Humanitäre Intervention' * Kopftuchkrieg in Frankreich * „Multikultur und Feminismus" in der interkulturellen Bildung. 10,- DM. **Bezug: Die Brücke, Riottestr. 16, 66123 Saarbrücken, Fax: 0681/817229.**

Tagungshinweise

Laut Statistik wird gegen Ende des Jahrhunderts die Hälfte aller Erdenbewohner in Städten leben. Heute schon sind es 1 Milliarde Menschen. Um **„Verstädterung und Verelendung in den Ländern des Südens"** geht es in einem Wochenendseminar vom 12.-14.5. Das Thema wird hauptsächlich unter dem Blickwinkel des Städtebaus angegangen. Informationen: STUBE, Kniebisstr. 29, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711/625853; Anmeldung bis 3.5.95.

Eine Werkstatt zur Bedeutung von Arbeit und Vollbeschäftigung für Entwicklung und Demokratie wird unter dem Titel **„Arbeit für alle?"** vom 24.-26.5. vom Institut für Theologie und Politik angeboten. Der Zusammenhang zwischen Ausgrenzung ganzer Regionen aus dem Weltarbeitsmarkt und dem Verlust der Perspektiven gesellschaftlicher Partizipation und Demokratisierung soll herausgearbeitet werden. Die ReferentInnen kommen aus der Bundesrepublik, Chile und Brasilien. Daran anschließend findet am 27.5. ein Studientag zu „Arbeit, Demokratie und Theologie der Befreiung" statt. Informationen: Institut für Theologie und Politik, Graelstr. 9, 48153 Münster, Tel/Fax: 0251/524738. Anmeldung bis 10.5.

Zur Kritik an der **Politik von Weltbank und Internationalem Währungsfonds** (IWF) lädt am 27.5. ein Tagesseminar ein. In Referaten und Arbeitsgruppen sollen die Kontrollmöglichkeiten der Vereinten Nationen und der Ansatz der Menschenrechtsorganisation FIAN (Food First Informations- & Aktions-Netzwerk) zur Sprache kommen, die das Seminar organisiert. Informationen und Anmeldung: Projekt Ökologisches Handeln und Lernen (PÖHL), Wulfsdorfer Weg 33, 22949 Ammersbek, Tel.: 040/6051014.

Vom 10.-12.6. organisiert der Arbeitskreis „Bangladeshi in Niedersachsen" eine Fachtagung zum Thema **„Bangladesh zwischen Demokratisierung und Fundamentalismus"**. Neben allgemeinen Problemen des Demokratisierungsprozesses geht es um die Frauenbewegung Bangladeshs, die Schriftstellerin Taslima Nasreen, kulturelle Identität und 'kommunale Harmonie' in dem südasiatischen Land. Auf dem Kulturprogramm steht die Film-Premiere „Jesus of 1971". Informationen und Anmeldung: Arbeitskreis „Bangladeshi in Niedersachsen", Scheidestr. 24,30265 Hannover.

Neue Bücher

Peter Strack (Hg.), **Kein Papst, Kein Che.** Jugendliche in Lateinamerika, Lamuv- Verlag, Göttingen 1995, 200 S., DM 17.80

3.-Welt-AG Hannover (Hg.), **In die Herzen ein Feuer**. Widerstand in den USA. Texte zur Veranstaltungsrundreise durch die BRD mit NAPO, MLN-Puerto Rico, AIM und MLN-Mexico. 72 S. Din A4, DM 8.00 Bezug: 3.Welt-AG im Stadtteilforum Linden e.V., Stärkestr. 15, 30451 Hannover Überweisung auf: S. Schöneich, Stadtsparkasse Hannover, BLZ 250 501 80, Kto. Nr. 37394118

Die Aktion, **Viva Zapata!** Gespräche mit Subcommandante Marcos, geführt von Marta Duran de Huerta Patino. Sondernummer der Aktion, Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst. Edition Nautilus, Hamburg 1995, 82 S., DM 12.00

Antirassismusbüro Bremen, **Polizisten, die zum Brechen reizen.** Verabreichung von Emetika am Beispiel Bremen. Bremen 1995, Broschüre, 40 S. Din A4, Einzelpreis DM 5.00. Bezug/Kontakt: Antirassismusbüro Bremen, Sielwall 38, 28203 Bremen, Tel.: 0421-706444, Fax: 0421-706445

Evangelisches Missionswerk (EMW), **Sudan**. Weltmission heute Länderheft Nr. 16. Hamburg 1995, Bezug (kostenlos): EMW, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg

Martina Zellmer, **Die „Enterprise for the Americas-Initiative"**: Eine neue Entwicklungspolitik der USA gegenüber Lateinamerika? Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik Nr. 15, Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg 1994, 145 S., DM 18.00

Klaus Zapotoczky/Hildegard Griebl (Hg.), **Kulturverständnis und Entwicklungschance**, Brandes & Apsel/Südwind, Frankfurt 1995, 200 S., ca. DM 29.80

amnesty international, **Sudan - Keine Zukunft ohne Menschenrechte**, Bonn 1995, 200 S.